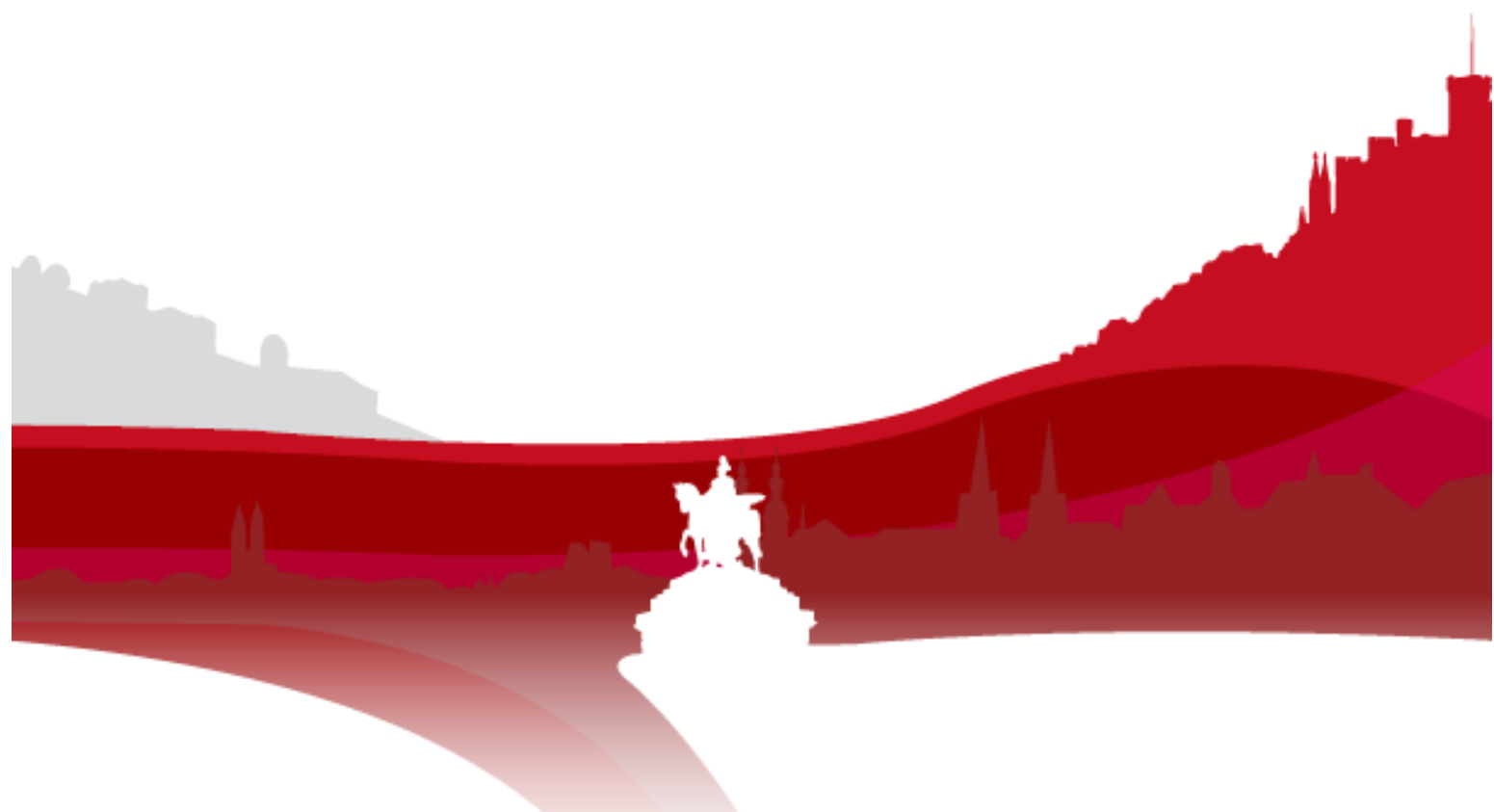


SCHLUSSBERICHT

PRÜFUNGSHANDLUNGEN & -ERGEBNISSE IM HAUSHALTSJAHR 2017.



■ ■ Inhaltsverzeichnis

	Seite
Kapitel 1 Prüfauftrag und Prüfungsgegenstand	3
1.1 Prüfungsauftrag und -durchführung	5
1.2 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungen	5
Kapitel 2 Prüfung der Haushaltsführung	7
2.1 Produktergebnisse nach Dezernate	9
2.2 Produktergebnisse nach Ämtern	13
Kapitel 3 Prüfung der Zahlungsabwicklung	81
Kapitel 4 Prüfung von Vergaben	89
Kapitel 5 Sonder-, Auftrags- und sonstigen Prüfungen	117
Kapitel 6 Prüfungsergebnis	131

■ ■ Anlage zum Prüfbericht

	Seite
Anlage Produktübersicht nach Dezernate	137





Kapitel 1

Prüfungsauftrag und Prüfungsgegenstand





1.1 Prüfungsauftrag und -durchführung

Nach § 112 GemO obliegen der Rechnungsprüfung neben der Prüfung des Jahresabschlusses weitere pflichtmäßige sowie fakultative Prüfungsaufgaben im Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 der

Stadt Koblenz.

Zu diesem Prüfungsauftrag zählen insbesondere

- die Prüfung, ob die Haushaltswirtschaft vorschriftsmäßig geführt worden ist,
- die dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung einschließlich der Vornahme von regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen sowie
- die Übertragung von Prüfungsaufgaben des Oberbürgermeisters und
- die Prüfung von Vergaben.

Diese Prüfungen wurden im Berichtszeitraum vom 01. Januar bis 31. Dezember 2017 durchgeführt. Sie erfolgten in Anlehnung an die Internationalen Standards für die berufliche Praxis der Internen Revision des Institute of Internal Auditors (IIA) und des Deutschen Institutes für Interne Revision (DIIR). Ebenso wurden die einschlägigen Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer e. V. (IDW) herangezogen.

Die Rechnungsprüfung hat über Art und Umfang sowie über das Ergebnis ihrer Prüfungshandlungen jeweils einen Prüfbericht zu erstellen. Die Ergebnisse dieser Prüfberichte der Rechnungsprüfung werden im vorliegenden Schlussbericht zusammengefasst, in dem insbesondere Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungen beschrieben werden. Ferner wird eine abschließende Bewertung der Ergebnisse aus den Prüfungen vorgenommen.

Die Berichterstattung dieses Schlussberichtes orientiert sich an den Grundsätzen des IDW PS 450.

1.2 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungen

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurden die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen sowie die Beachtung der Grundsätze der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung geprüft. Die Prüfungshandlungen im Berichtsjahr richteten sich auf **vier Prüfungsobjekte**, und zwar

- die **Prüfung der Haushaltsführung** beinhaltet die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns.
- die **Prüfung der Zahlungsabwicklung** richtet sich § 26 GemHVO RLP auf die dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung der Gemeinde und Eigenbetriebe sowie die Vornahme regelmäßiger und unvermuteter Kassenprüfungen.
- die gemäß der Organisationsverfügung übertragenen **Prüfung der Vergaben** basiert auf der Vergabedienstanweisung.



- die **Sonder-, Auftrags- und sonstigen Prüfungen** ergeben sich insbesondere aufgrund der auf die Rechnungsprüfung übertragenen weiteren Prüfungsaufgaben durch den Oberbürgermeister sowie durch die eigenständige Vornahme von besonderen Prüfungshandlungen der Rechnungsprüfung.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfungen ein Urteil über diese Prüfungsobjekte unter Einbeziehung der Buchführung, der Informationen aus der Auswertung von Daten und Unterlagen sowie aus der Befragung von Personen abzugeben. Im Rahmen der Prüfungen wurden interne, in der Verwaltung vorzufindende Informationen, sowie ursprüngliche, durch eigene Feststellungen entstehen Informationsquellen, als auch abgeleitete Informationen, die aus dem Verarbeitungsprozessen gewonnenen werden, herangezogen.

Der Ausgangspunkt der Prüfungen besteht in der Betrachtung der bestehenden rd. 100 Produkte innerhalb der Dezernate der Stadt Koblenz im Berichtsjahr. Aus dieser produktbezogenen Perspektive erfolgt eine Auswahl relevanter Produkte als Prüfungsobjekte anhand eines risikoorientierten Prüfungsansatzes.

Dem **risikoorientierten Prüfungsansatz** gemäß hat die Rechnungsprüfung eine Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage von Auskünften der Verwaltungsleitung und erster analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des internen Kontrollsystems erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes **Prüfungsprogramm** entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt. Die Prüfungen umfassen aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes führte zu einer **Produktauswahl** im Rahmen des Prüfungsprogramms. Diese Produkte wurden nach ihrer finanzwirtschaftlichen Relevanz in Form einer **produktbezogenen Einzelbetrachtung** oder in Form **produktübergreifender Handlungen** auf der Basis der produktverantwortlichen Ämter geprüft.

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der MitarbeiterInnen wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt. Alle erbetenen **Nachweise und Auskünfte** wurden durch die verantwortlichen Fachämter der Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt bzw. bereitwillig erteilt.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfungen eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bilden.

Kapitel 2

Prüfung der Haushaltsführung





2.1 Produktergebnisse nach Dezernate

■ ■ Produkte des Dezernates 1

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	Differenz	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Teilhaushalt 01 – Innere Verwaltung					
Produkte					
1111 Verwaltungssteuerung	-1.768	-1.635	-133	-1.822	54
1113 Öffentlichkeitsarbeit	-363	-353	-10	-365	2
1114 Gremien	-1.241	-1.334	93	-1.528	287
1116 Gleichstellung	-188	-182	-6	-186	-2
1117 Personalvertretung	-280	-252	-28	-268	-12
1121 Personal	-2.894	-918	-1.976	-1.372	-1.522
1122 Personalentwicklung/BGM	-2.463	-1.880	-583	-3.337	874
1131 Organisation	-796	-519	-277	-1.052	256
1145 Zentrale Dienste	-1.764	-1.617	-147	-1.605	-159
1146 Versicherungen	-289	-120	-169	-271	-18
1149 Zentrale Vergabestelle	-247	-216	-31	-259	12
1161 Finanzverwaltung	-2.673	-2.506	-167	-2.763	90
1162 Zahlungsabwicklung/Vollstreckung	-1.359	-1.271	-88	-1.620	261
1181 Rechnungsprüfung	-714	-623	-91	-647	-67
1191 Recht	-1.087	-912	-175	-1.023	-64
1211 Statistik	-336	-281	-55	-357	21
1226 Schiedsamt	-6	-5	-1	-6	0
2313 Kommunales Studieninstitut	0	0	0	0	0
3516 Sozialversicherungsangelegenheiten	-80	-65	-15	-72	-8
5222 Mietspiegel	-22	-25	3	-26	4
Teilhaushalt 01 – gesamt	-18.570	-14.714	-3.856	-18.579	9

Teilhaushalt 02 – Bürgerservice

Produkt					
1223 Bürgerservice	-966	-907	-59	-1.020	54
Teilhaushalt 02 – gesamt	-966	-907	-59	-1.020	54

Teilhaushalt 03 – Umwelt

Produkte					
1115 Lokale Agenda 21	-115	-108	-7	-113	-2
5374 Abfallrecht	-168	-135	-33	-156	-12
5522 Gewässeraufsicht/Bodenschutz	-346	-314	-32	-301	-45
5541 Naturschutz/Landschaftspflege	-324	-310	-14	-326	2
5611 Umweltschutzmaßnahmen	-432	-397	-35	-532	100
Teilhaushalt 03 – gesamt	-1.385	-1.264	-121	-1.428	43



Teilhaushalt 04 – Wirtschaft**Produkte**

5117 Stadtentwicklung - BUGA 2011	99	-16	115	0	99
5711 Kommunale Wirtschaftsförderung	250	190	60	1.232	-982
Teilhaushalt 04 – gesamt	349	174	175	1.232	-883

Teilhaushalt 11 – Zentr. Finanzdienstleist.**Produkte**

6111 Steuern, Allg. Zuweisung, Umlagen	229.325	229.102	223	230.519	-1.194
6121 Sonstige allgem. Finanzwirtschaft	-11.821	-11.658	-163	-12.254	433
6129 Hh.-weite Sonderbuchungssachverh.	1	-593	594	0	1
6221 Nichtrechtsfähige Stiftungen	0	0	0	0	0
6231 Wirtsch. Untern. o. rechtsfähige EB's	2.109	1.185	924	0	2.109
6261 Beteiligung, Anteile, Wertpapiere	17.029	16.487	542	14.995	2.034
Teilhaushalt 11 – gesamt	236.643	234.523	2.120	233.260	3.383

■ ■

Produkte des Dezernates 2

Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
2017	2016	Differenz	Plan	Differenz
in T€	in T€	in T€	in T€	in T€

Teilhaushalt 05 – Sicherheit u. Ordnung**Produkte**

1118 Integrationsbeauftragter, Beirat Migrat.	-615	-456	-159	-636	21
1212 Wahlen	-316	-223	-93	-306	-10
1221 Sicherheit und Ordnung	-4.694	-3.950	-744	-4.563	-131
1227 Personenstandswesen, Beurkund.	-433	-390	-43	-428	-5
1231 Verkehrsüberwachung	-377	-351	-26	-453	76
1232 Erlaubnisse Verkehr/Kfz-Zulassung.	-759	-290	-469	-507	-252
1241 Lebensmittelüberwachung	-611	-504	-107	-597	-14
1261 Brandschutz	-9.000	-7.399	-1.601	-8.232	-768
1262 Leitstelle	-384	-436	52	-433	49
1281 Zivil- u. Katastrophenschutz	-637	-540	-97	-594	-43
5732 Märkte, Kirmesse	-115	-74	-41	-90	-25
Teilhaushalt 05 – gesamt	-17.941	-14.613	-3.328	-16.839	-1.102

Teilhaushalt 06 – Soziales u. Jugend

Produkte

3111 Grundversorgung u. Hilfen SGB XII	-27.114	-27.292	178	-29.114	2.000
3121 Grundsicherung Arbeitssuch. SGB II	-14.035	-13.831	-204	-12.878	-1.157
3122 Sicherung d. Lebensunterhalts SGB II	223	88	135	124	99
3131 Hilfen für Asylbewerber	-1.576	-5.679	4.103	-2.714	1.138
3141 Soziale Einrichtungen	-176	-164	-12	-148	-28
3311 Förderung v. Trägern d. Wohlfahrtspf.	-654	-668	14	-615	-39
3411 Unterhaltsvorschussleistungen	-855	-803	-52	-1.079	224
3431 Betreuungsleistungen	-408	-400	-8	-419	11
3511 Sonst. Soziale Hilfen u. Leistungen	-1.294	-1.562	268	-1.390	96
3521 Bildung und Teilhabe	-276	-275	-1	-252	-24
3611 Förd. v. Kindern in Tageseinricht./-pfl.	-15.973	-15.647	-326	-16.581	608
3621 Jugendarbeit	-592	-585	-7	-639	47
3631 Sonst. Leist. Kinder-, Jug.-, Fam.hilfe	-16.968	-16.995	27	-17.849	881
3641 Jugendhilfeplanung	-79	-68	-11	-74	-5
3651 Tageseinrichtungen für Kinder	-3.422	-3.258	-164	-3.657	235
3661 Einrichtungen der Jugendarbeit	-2.515	-2.530	15	-2.493	-22
Teilhaushalt 06 – gesamt	-85.714	-89.669	3.955	-89.778	4.064

Teilhaushalt 07 – Sport

Produkte

4211 Förderung des Sports	-800	-736	-64	-792	-8
4241 Sportstätten und Bäder	-5.402	-4.455	-947	-4.467	-935
Teilhaushalt 07 – gesamt	-6.202	-5.191	-1.011	-5.259	-943

■ ■ Produkte des Dezernates 3

Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
2017	2016	Differenz	Plan	Differenz
in T€	in T€	in T€	in T€	in T€

Teilhaushalt 08 – Schulen

Produkte

2012 Allgemeine Schulverwaltung	6.295	-10.507	16.802	-1.049	7.344
2111 Grundschulen	-6.044	-5.321	-723	-7.139	1.095
2151 Realschule plus	-2.645	-1.701	-944	-2.776	131
2171 Gymnasien	-6.442	-4.338	-2.104	-7.098	656
2181 Integrierte Gesamtschule	-746	-335	-411	-723	-23
2211 Förderschulen	-1.124	-1.078	-46	-1.213	89
2311 Berufsbildende Schulen	-3.239	-4.531	1.292	-4.275	1.036
2411 Schülerbeförderung	-621	-760	139	-1.086	465
2431 Schulartübergreifende Maßnahmen	-858	-1.096	238	-1.135	277
3515 Lastenausgleich	0	28	-28	0	0
Teilhaushalt 08 – gesamt	-15.424	-29.639	14.215	-26.494	11.070



Teilhaushalt 09 – Kultur

Produkte

2511 Mittelrhein-Museum	-1.693	-1.621	-72	-1.482	-211
2512 Ludwig-Museum	-944	-938	-6	-858	-86
2522 Stadtarchiv	-485	-396	-89	-402	-83
2611 Stadttheater	-9.541	-8.539	-1.002	-9.543	2
2621 Musikpflege	-36	-39	3	-36	0
2631 Musikschule	-1.106	-1.061	-45	-1.062	-44
2711 Volkshochschule	-309	-211	-98	-360	51
2721 Stadtbibliothek	-3.514	-3.447	-67	-3.357	-157
2811 Heimat- und Kulturpflege	-377	-355	-22	-405	28
2911 Förderung Kirchen-, sonst. Religionsg.	-11	-11	0	-11	0
Teilhaushalt 09 – gesamt	-18.016	-16.618	-1.398	-17.516	-500

■ ■ Produkte des Dezernates 4

Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
2017	2016	Differenz	Plan	Differenz
in T€	in T€	in T€	in T€	in T€

Teilhaushalt 10 – Bauen, Wohnen u. Verkehr

Produkte

1142 Liegenschaften	671	1.184	-513	3.541	-2.870
1143 Ausgleichsflächen	-167	-46	-121	-396	229
1144 Zentrales Gebäudemanagement	-561	-872	311	-687	126
1233 Straßenverkehrsbehörde	-199	-37	-162	-232	33
5111 Räuml. Planungs- u. Entwicklung.	-2.462	-2.923	461	-2.645	183
5112 Geoinformation	-1.983	-1.818	-165	-2.036	53
5113 Grundstückswertermittlung	-467	-414	-53	-439	-28
5211 Bau- und Grundstücksordnung	-551	-104	-447	-559	8
5221 Wohnungsbauförderung	-148	-136	-12	-141	-7
5231 Denkmalschutz- und pflege	-369	-328	-41	-403	34
5411 Gemeindestraßen	-13.173	-12.511	-662	-15.876	2.703
5421 Kreisstraßen	-1.644	-1.820	176	-2.456	812
5431 Landesstraßen	-2.022	-1.981	-41	-2.560	538
5441 Bundesstraßen	-8.946	-5.364	-3.582	-8.259	-687
5461 Parkeinrichtungen	2.794	2.947	-153	3.034	-240
5471 ÖPNV	-268	-234	-34	-270	2
5481 Fahren	0	-2	2	-93	93
5511 Öffentliches Grün	-2.832	-5.905	3.073	-7.207	4.375
5521 Gewässerunterhaltung	-957	-633	-324	-940	-17
5551 Kommunalen Forstbetrieb	-621	-533	-88	-762	141
Teilhaushalt 10 – gesamt	-33.905	-31.530	-2.375	-39.386	5.481

Hinweis:

Die zahlenmäßige Darstellung in den nachfolgenden Produkten können **Rundungsdifferenzen** aufweisen. Die Planansätze im Soll-Ist-Vergleich berücksichtigen die tatsächlich **verfügbaren Mittel**.



2.2 Produktergebnisse nach Ämtern

Die Prüfung der Haushaltsführung beinhaltet die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns. Die zusammenfassende Darstellung der Prüfungshandlungen und -ergebnisse im Berichtsjahr wird nachfolgend anhand der **Produktgliederung** geordnet. Nach der finanzwirtschaftlichen Relevanz bzw. der Relevanz der Prüfungserkenntnisse orientiert sich die Darstellung entweder in einer **produktbezogenen Einzeldarstellung** oder in einer **produktübergreifenden Darstellung** auf der Basis der produktverantwortlichen Ämter.

Verwiesen wird darüber hinaus auf die Gesamtübersicht aller Produkte, gegliedert nach Dezernate, in der **Anlage**.

■ ■ Produkt des Amtes 10: Haupt- und Personalamt

Produkt 1122	Personalentwicklung/BGM
---------------------	--------------------------------

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	In T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	393	461	467	512	-119
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-2.798	2.265	2.294	3.760	-962
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-2.405	1.804	1.827	-3.248	-843
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-2.405	1.804	1.827	-3.248	-843
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-2.405	1.804	1.827	-3.248	-843
Jahresergebnis (nach ILV)	-2.463	1.879	1.930	-3.337	-874

Der **Eigendeckungsgrad** des Produktes beträgt in den Jahren 2012 - 2017

(vor ILV, in T€)	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Erträge	425	443	420	467	461	393
Aufwendungen	1.729	1.904	2.035	2.294	2.265	2.798
Ergebnis/Verlust	1.304	1.461	1.615	1.827	1.804	2.405
Eigendeckungsgrad	24,58 %	23,23 %	20,64 %	20,36 %	20,33 %	14,05 %

Seit dem Berichtsjahr 2012 steigen die **Aufwendungen** bis in das Jahr 2015 kontinuierlich an und verzeichnen lediglich im Berichtsjahr 2016 einen marginalen Rückgang, bevor ein weiterer, deutlicher Anstieg im Berichtsjahr 2017 von 533 T€ auf nunmehr rd. 2,8 Mio. € festgestellt werden muss.



Die **Erträge** stagnieren abermals und fallen mit 393 T€ sogar 44 T€ unter den Mittelwert der letzten 5 Jahre von 437 T€. Der Spitzenwert des Jahres 2011 von 606 T€ wird in den Folgejahren nicht mehr erreicht.

Der **Eigendeckungsgrad** des Produktes Personalentwicklung/Betriebliches Gesundheitsmanagement (ehemals Allgemeine Personalwirtschaft) zeigt sich im Berichtsjahr deutlich angespannt und fällt mit 14,05 % deutlich unter Durchschnittswert von rd. 20% seit dem Jahr 2014.

Unter Einbeziehung der Jahre 2012 – 2017 ergeben sich folgende **Durchschnittswerte** für die Erträge, Aufwendungen und Ergebnisse:

(vor ILV)	Durchschnitt (in T€)	2017 (in T€)	Trend 2016
Erträge	437	393	↘
Aufwendungen	-2.259	-2.798	↗
Ergebnis/Verlust	-2.178	-2.405	↗

Die **Erträge** des Berichtsjahres liegen erstmals deutlich unter dem Durchschnittswert der vergangenen Jahre. Die **Aufwendungen** hingegen wachsen seit dem Jahr 2012 stetig an, besonders deutlich gegenüber dem Jahr 2016.

Im **Ergebnis** bestätigt sich erneut der negative Ausblick. Die Aufwendungen werden nicht in dem Maße reduziert bzw. die Erträge nicht in dem Maße gesteigert, dass eine positive Tendenz ableitbar wäre.

Die **Haushaltsansätze** für Personalaufwendungen weisen auch im Berichtsjahr eine **deutliche Schwankungsbreite** auf:

HH-Ansatz inkl. Nachtrag, in €	2013	2014	2015	2016	2017
Personalaufwendungen	3.006.565	2.683.400	3.276.365	3.087.698	3.760.024
Veränderung zum VJ	+1.267.535	-323.165	+592.965	-188.667	+672.326

Im Jahr 2017 wurde erneut die im Jahr 2013 geschaffene **Kostenstelle K100108E11** bebucht, die die Bezeichnung „Personalreserve“ trägt. Hier werden sämtliche Personalaufwendungen für folgende Mitarbeiter veranschlagt:

- Mitarbeiter, deren Verwendung zur Zeit der Haushaltsplanaufstellung nicht hinreichend bestimmbar ist,
- Mitarbeiter von Projektbüros (Beispiel in der Vergangenheit: BuGa, Zentralplatz),
- Rückkehrer/-innen aus der Elternzeit oder einer Beurlaubung, sowie
- Beamte im Vorbereitungsdienst, die im Haushaltsjahr erst ihre Prüfung ablegen.

Im Jahr 2014 beruhten bereits mehr als 50 % (mehr als 1.341.700 €) der auf der **Kostenstelle K100108E11** geplanten Personalkosten auf dieser o.g. „**Personalreserve**“. Im Berichtsjahr hat sich der HH-Ansatz inkl. Nachtrag gegenüber dem Vorjahr erneut um rd. 200 T€ erhöht und es besteht damit weiter eine **erhebliche Diskrepanz** zwischen dem Haushaltsansatz und den tatsächlichen Personalaufwendungen.

Im Ergebnis erfolgt die Buchung der Personalaufwendungen nach wie vor bei dem Produkt, für das die Mitarbeiter tatsächlich eingesetzt sind, so dass eine deutliche Diskrepanz zwischen den Haushaltsansätzen inkl. Nachtrag sowie den tatsächlichen Personalaufwendungen in diesem Produkt verbleibt. Eine Anpassung der Verrechnungsschlüssel, verbunden mit Personalveränderungen im Amt für Personal und Organisation sowie eine Zentralisierung der Fortbildungskosten in diesem Produkt, sind für die Schwankungsbreite in den Erträgen, Aufwendungen und letztendlich auch im Ergebnis ursächlich.

Eine deutliche Beachtung ist im Berichtsjahr auf die **interne Leistungsverrechnung (ILV)** zu legen, deren Aufwendungen seit dem Jahr 2009 auch die Kosten für Fortbildungen und die Führungskräfteentwicklung nachwuchsentwicklung beinhalten, die durch das Amt für Personal und Organisation an die Volkshochschule als Bedarf gemeldet und von dort letztendlich beauftragt werden.

Im Rahmen einer **Einzelfallprüfung** konnte die Rechnungsprüfung feststellen, dass in den Jahren 2009 – 2017 der gesamte **Auftragswert mit rd. 327 T€** an einen **einzigsten Fortbildungsanbieter** die Grenze der freihändigen Vergabe ohne Wettbewerb um ein Vielfaches überschreitet. Da zwischenzeitlich auch der Schwellenwert für die Durchführung eines europaweiten Vergabeverfahrens signifikant überschritten wurde, wurde ein Verstoß gegen nationale als auch europäische Vergaberichtlinien festgestellt.

Zur Führungskräfteentwicklung teilt das Amt für Personal und Organisation mit, dass in den Jahren **2019 – 2022 rd. 300 Führungskräfte** der Stadtverwaltung flächendeckend qualifiziert werden sollen. Das Ziel der Führungskräfteentwicklung bestehe in der Weiterentwicklung der Führungskultur und der Stärkung der Führungskompetenzen auf allen Ebenen. Die Feedbackkultur und die Selbstreflexion der Führungskräfte solle gesteigert werden. Diese Führungskräfteentwicklung soll aus praxisorientierten Seminarmodulen, systematischem Feedback und Einzelberatung, einem Mentoringprogramm sowie ebenenübergreifenden Netzwerkveranstaltungen bestehen.

Aktuell werde eine europaweite Ausschreibung der Führungskräfteentwicklung vorbereitet. Der **Start der Qualifizierungsmaßnahme** sei nach erfolgten Ausschreibungsverfahren und einer entsprechenden Vergabe für das **2. Halbjahr 2019** geplant.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Das Produkt 1122 „Personalentwicklung / Betriebliches Gesundheitsmanagement“ unterliegt im Betrachtungszeitraum 2012 – 2017 deutlichen Schwankungen. Die **Erträge**, die sich seit dem Jahr 2012 in einem sehr engen Rahmen von +/- 40 T€ bewegen verlassen diesen Bereich im Berichtsjahr deutlich um 68 T€ auf nunmehr 393 T€. Hervorgerufen werden die Schwankungen im Bereich der Personalaufwendungen vor allem durch die **Diskrepanzen zwischen dem Planansatz inkl. Nachtrag und dem Ergebnis**. Gewisse Unwägbarkeiten wie z.B. das Bestehen einer Laufbahnprüfung können auch durch sorgfältige Personalkostenplanung nicht gänzlich ausgeschlossen werden und sind somit immer Begleiterscheinungen der Personalaufwendungen.

Anders verhält es sich hingegen mit Rückkehrer/-innen aus Elternzeit oder Beurlaubung sowie Mitarbeitern von Projektbüros und anderen Mitarbeitern, deren Verwendung zur Zeit der Haushaltsplanaufstellung nicht hinreichend bestimmbar ist.

Kritisch beurteilt die Rechnungsprüfung die Vergabep Praxis des Amtes für Personal und Organisation im Produkt 1122. Wie dargestellt, musste ein deutlicher **Vergabeverstoß** bei der Beauftragung von Fortbildungsleistungen und der Führungskräfteentwicklung festgestellt werden.

Die Absicht, die Führungskräfteentwicklung für die kommenden Jahre auszuschreiben beurteilt die Rechnungsprüfung positiv, obwohl diese Absicht bereits seit dem Jahr 2017 kommuniziert wird, bislang aber wegen Personalengpässen des Amtes für Personal und Organisation keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen sind.

Die Rechnungsprüfung hat aufgrund der bereits festgestellten Vergabeverstöße mit dem Amt für Personal und Organisation vereinbart, dass bis zum Abschluss des notwendigen Ausschreibungsverfahrens **keine weiteren Aufträge** in dieser Angelegenheit vergeben werden.



■ ■ Produkt des Amtes 12: Bürgeramt

Produkt 1223 Bürgerservice

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	803	713	690	687	+116
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-1.691	-1.544	-1.572	-1.619	-72
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-888	-831	-882	-933	+45
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-888	-831	-882	-933	+45
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-888	-831	-882	-933	+45
Jahresergebnis (nach ILV)	-966	-907	-961	-1.021	+54

Der **Eigendeckungsgrad** des Produktes verzeichnet im Berichtsjahr einen Anstieg um 1 % (Vorjahr: 2 %) auf nunmehr 47 % und bewegt sich damit weiterhin stabil über dem durchschnittlichen Eigendeckungsgrad der vergangenen Jahre.

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eigendeckungsgrad	35 %	39 %	45 %	47 %	41 %	44 %	44 %	46 %	47%

Gestiegene Erträge bei gleichzeitig gestiegenen Aufwendungen führten im Endergebnis zu einer marginalen Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr von rd. 59 T€ nach ILV.

Der Zuschussbedarf bewegt sich zwar leicht vom Niveau des Jahres 2013 weg, aber er zeigt sich nach einem moderaten Anstieg im Jahr 2015 immerhin noch deutlich positiv. Damit liegt das beste Ergebnis der vergangenen 7 Jahre aus dem Jahr 2012 zwar nicht mehr in unmittelbarer Reichweite, aber dennoch in erreichbarer Distanz.

(vor ILV)	2012 (in €)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Erträge	713.461	588.440	668.630	690.367	712.650	802.535
Aufwendungen	1.516.754	1.419.092	1.523.535	1.572.304	1.543.934	1.690.679
Ergebnis/Verlust	803.293	830.652	854.905	881.937	831.284	888.144

Unter Einbeziehung der Jahre 2012 – 2017 ergeben sich folgende Durchschnittswerte:

(vor ILV)	Durchschnitt (in €)	2017 (in €)	Trend 2016
Erträge	696.013	802.535	↗
Aufwendungen	1.544.383	1.690.679	↗
Ergebnis/Verlust	848.369	888.144	↗

■ Gebührenpflichtige Verwaltungshandlungen des Bürgeramtes:

Fallart	Jahr						Veränderung in %
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	
Meldebescheinigung	1830	1686	1734	1770	1571	1999	10,41
Führungszeugnis	4570	4206	4435	5415	5723	6068	12,9
Gewerbezentralregisteranfrage	174	189	149	173	199	161	0
BPA (nur gebührenpflichtige)	11986	8480	5882	6590	6711	6600	22,08
BPA unter 24 Jahren		2481	1594	2438	2842	2888	-10,63
Vorläufiger BPA	1156	1112	952	1075	1239	1176	-5,27
Reisepass	3465	3044	2929	3071	3144	3336	10,91
Reisepass unter 24 Jahren	923	993	874	1006	1098	1122	19,7
vorl. RP	113	122	88	87	92	91	35,16
Kinderreisepass	965	1260	988	1008	1140	1128	9,49
Bewohnerparkausweis	4558	4748	5642	5959	6126	5703	-0,32
Kfz-Schein Änderung	1460	1450	1462	1351	1393	1294	13,45
Gesamt	31.200	29.771	26.729	29.943	31.278	31.566	9,37

*Ab dem Jahr 2012 erfolgt (wie auch schon bei den Reisepässen vorher) eine Differenzierung zwischen Ausweisen die an Personen unter 24 und über 24 Jahren ausgegeben wurden. Zur besseren Vergleichbarkeit wurde die prozentuale Abweichung nach der bisherigen Vorgehensweise berechnet. (Quelle: Amt 12 / Bürgeramt)

■ Amtshandlungen des Bürgeramtes (inkl. gebührenfreier Vorgänge)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Fallzahlen insgesamt	89.140	84.560	88.411	103.046	104.453	113.586

(Quelle: Zahlenbasis: Amt 12 / Bürgeramt, Tabelle: eigene Erstellung)

Sowohl die gebührenpflichtigen Amtshandlungen als auch die Vorgänge insgesamt unterliegen seit 2013 einem stetigen Anstieg. Ohne Differenzierung des Arbeitsaufwandes im Einzelfall hat sich die Zahl der gebührenpflichtigen Amtshandlungen um 7.796 (29,2 %) und bei den Vorgängen insgesamt um 29.026 (34,3 %) erhöht.

Die **Erträge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit** steigen nach dem massiven Einbruch im Jahr 2013 kontinuierlich weiter an und können im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um deutliche 11,2% ansteigen.

Maßgeblich dazu beigetragen haben erneut die Erträge aus öffentlich rechtl. Leistungsentgelten für kostenpflichtige Dienstleistungen des Bürgeramtes. So, wie fast sämtliche Leistungen des Bürgeramtes, unterliegen auch diese Gebühren deutlichen Schwankungen, bedingt durch das Kundenaufkommen. Dieses hat sich im Zuge der stetig wachsenden Einwohnerzahl ebenfalls deutlich gesteigert.

Gleichzeitig haben sich jedoch auch die Fallbearbeitungszeiten mit dem Inkrafttreten des Bundesmeldegesetzes zum 01.11.2015 zum Teil drastisch erhöht. Damit einhergehend konnten auch die Bestrebungen, die Anzahl der Besucher, die kürzer als 15 Minuten warten zu steigern, nicht eingehalten werden.

Die Fallzahlen bewegen sich über alle kostenpflichtigen Dienstleistungen des Bürgeramtes hinweg auf einem hohen Niveau und sind gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich angestiegen (+ 9,37 %). Inklusive der kostenfreien Amtshandlungen des Bürgeramtes liegt eine Steigerung von 8,7 % gegenüber dem Vorjahr vor. Lediglich der Bundespersonalausweis (BPA) für unter 24-jährige sowie die Ausstellung vorläufiger BPA sind im Berichtsjahr leicht rückläufig. Dies ist u.a. auf das Anschreiben des Bürgeramtes kurz vor Ablauf der entsprechenden Ausweisdokumente zurückzuführen, durch die eine bessere Planbarkeit der Antragstellungen einerseits und ein unbemerktes Ablaufen des Dokumentes andererseits vermieden werden.



Die **Aufwendungen** insgesamt haben sich gegenüber dem Vorjahr um 9,5 % erhöht (Vorjahr - 1,8 %), was im Wesentlichen auf gestiegene Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zurückzuführen ist (+ 52 T€ oder 11,3 %), die analog zu den Fallzahlen gestiegen sind.

Die nochmals angestiegene Gesamtnachfrage nach kostenpflichtigen **und** kostenfreien Dienstleistungen des Bürgeramtes hat die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ebenfalls analog beeinflusst. Diese Aufwendungen verzeichnen im Berichtsjahr erneut nachfragegesteuerte Zuwächse.

Mit 34.525 Fällen liegen erneut lediglich 30,4 % (Vorjahr: 30,2 %) der Amtshandlungen im gebührenpflichtigen Bereich. Mit 69,6 % oder 79.061 Fällen verzeichnenden die kostenfreien Amtshandlungen einen weiteren Anstieg und unterstreichen abermals den Servicegedanken des Bürgeramtes.

Die **Personalaufwendungen** bewegen sich nach leichten Rückgängen im Vorjahr im Berichtsjahr wieder auf einem höheren Niveau, was auf Stellennachbesetzungen bzw. Stellenwechsel zurückzuführen ist. Die Personalaufwendungen liegen rd. 8,8 % bzw. 83 T€ über dem Vorjahreswert. Die **Versorgungsaufwendungen** hingegen notieren rd. 9,5 % bzw. 9 T€ unter dem Vorjahreswert und deuten eine leichte Stagnation an.

Die vorausschauende Wirtschaftsführung des Bürgeramtes zeigt sich erneut im Bereich der sonst. laufenden Aufwendungen sowie den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bei weitestgehend konstanten Personal- und Versorgungsaufwendungen.

Um die steigenden Einwohnerzahlen und die damit einhergehenden höheren Besucherzahlen im Bürgeramt kompensieren zu können, wurden einige organisatorische Änderungen durchgeführt:

- Offensives E-Government-Angebot, dadurch weniger Fälle im Frontoffice
- Die Bürger werden kurz vor/nach Ablauf ihres Personalausweises angeschrieben und zur Neubeantragung aufgefordert. Dies steuert die Kundenströme in die tendenziell weniger frequentierte Zeit beim Bürgeramt und entlastet somit die stark frequentierten Zeiten vor und in den Ferien.
- Im Februar 2017 wurde ein kostenneutrales Self-Service-Terminal im Großraumbüro des Bürgeramtes aufgestellt. Hier können die Bürger vorab ein Lichtbild anfertigen, die Fingerabdrücke und die Unterschrift abgeben. Die Daten können direkt in den Antrag übernommen werden. Dadurch verkürzen sich die Bearbeitungszeiten bei den Dokumenten.
- In den Sommermonaten weist das Amt für Personal und Organisation dem Bürgeramt verstärkt Nachwuchskräfte zu, die die Mitarbeiter des Bürgeramtes unterstützen können.
- Es wurde ein neuer Arbeitsplatz geschaffen, an dem in Spitzenzeiten durch Auszubildende fertige Dokumente ausgegeben werden und vorläufige Dokumente final bearbeitet werden (Ausdruck, Ausgabe). Dies führt zur Entlastung der Mitarbeiter des Bürgeramtes und einer schnelleren Vorgangsabwicklung.

Andere **Konsolidierungsbemühung** hat die Teamleitung des Bürgeramtes bereits zum 01.10.2015 ergriffen, indem die Öffnungszeiten durch Schließung an einem Wochentag (Dienstag) angepasst worden sind. Die telefonische Erreichbarkeit sowie eine „Notfallsachbearbeitung“ werden jedoch weiterhin sichergestellt.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Die Wirtschaftsführung des Bürgeramtes im Haushaltsjahr entspricht den ursprünglich anvisierten Haushaltsplanungen. Die Rechnungsprüfung stellt fest, dass im Berichtsjahr abermals eine Steigerung von 12,6% (Vorjahr: 3,2 %) auf der Ertragsseite zu verzeichnen ist bei gleichzeitigem Anstieg der Aufwendungen um rd. 9,5 % (Vorjahr: Rückgang um 2 %), so dass insgesamt eine Ergebnisverschlechterung von 6,8 % (Vorjahr: Verbesserung von 5,7 %) gegenüber dem Vorjahr festzustellen ist.

Der **Eigendeckungsgrad** des Produktes konnte sich im Berichtsjahr mit einer erneuten Steigerung weiter absetzen und beträgt aktuell 47 %. Insb. vor dem Hintergrund nochmals angestiegener Fallzahlen ist diese Entwicklung deutlich positiv hervorzuheben.

Die **Ertragsseite** wird ausschließlich durch die Nachfrageintensität gesteuert, so dass auf diesen Prozess seitens der Teamleitung kaum Einfluss besteht.

Mit einem Absinken der **Fallzahlen** unter die Durchschnittswerte der Vorjahre und speziell unter den Hochpunkt des Jahres 2012 mit rd. 89 Tsd. Fällen ist, aufgrund größerer Nachfrage und deutlich gestiegener Einwohnerzahl, **nicht mehr dauerhaft** zu rechnen. Die Rechnungsprüfung geht derzeit davon aus, dass sich die Amtshandlungen des Bürgeramtes zukünftig auf einem Niveau von mehr als einhunderttausend Fällen konstant bewegen werden, sofern sich keine gravierenden Rahmenbedingungen verändern.

Um diesem Nachfragevolumen gerecht zu werden, bleibt eine entsprechende Personalausstattung unerlässlich, die analog die Personalkosten nachteilig beeinflusst. Da es sich beim Produkt Bürgerdienste ausschließlich um personalintensive Dienstleistungen handelt, würden **weitergehende Konsolidierungsversuche** erneut den Bereich der Personalaufwendungen betreffen.

■ ■ Produkte des Amtes 20: Kämmerei und Steueramt

Produkt 6111 Steuern, Allgem. Zuweisungen u. Umlagen

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	258.464	256.508	208.289	257.522	+ 942
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-29.139	-27.406	-20.537	27.003	-2.136
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	229.325	229.102	187.752	230.519	-1.194
Finanzergebnis	0	0	0	0	±0
Ordentliches Ergebnis	229.325	229.102	187.752	230.519	-1.194
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	±0
Jahresergebnis (vor ILV)	229.325	229.102	187.752	230.519	-1.194
Jahresergebnis (nach ILV)	229.325	229.102	187.752	230.519	-1.194



Das Produkt erfasst auf der Ertragsseite die Steuern und Abgaben sowie die allg. Zuweisungen (insb. die Schlüsselzuweisungen B1 und B2 sowie die Investitions-Schlüsselzuweisung). Die Aufwandseite enthält im Wesentlichen die an das Land zu zahlenden Umlagen sowie Einzelwertberichtigungen auf Forderungen.

	Ergebnis			
	2017	2016	2015	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€
Steuern und Abgaben				
Gewerbesteuer	130.581	133.811	98.326	-3.230
Grundsteuer A	77	77	95	±0
Grundsteuer B	20.060	20.213	20.044	-153
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	48.974	44.904	45.378	+4.070
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	13.244	10.497	10.301	+2.747
Sonstige Steuern (Vergnügungssteuern)	5.414	4.933	3.453	+481
Hundesteuer	447	437	437	+10
Jagdsteuer	8	9	10	-1
Zweitwohnsteuer	229	221	190	+8
Familienausgleichsleistungen	5.844	4.537	4.752	+1.307
Gesamterträge Steuern u. Abgaben	224.878	219.639	182.986	+5.239

Während die Erträge aus der Grundsteuer A gegenüber dem Vorjahresergebnis unverändert blieben und sich gegenüber dem Haushaltsansatz leicht erhöhten, reduzierten sich die Erträge aus der Grundsteuer B um 0,8 % auf nunmehr 20,06 Mio. € und erreichten somit das Niveau des Jahres 2015. Der Hebesatz betrug - nach der Anhebung zum 01.01.2013 - unverändert 420 %.

Die weiterhin insgesamt guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führten dazu, dass sich die Gewerbesteuererträge auf einem guten Niveau etablierten und sich zum Vorjahr nur geringfügig um 3,2 Mio. € reduzierten.

Die insgesamt positive Entwicklung bzw. das hohe Niveau bei den Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wurde durch die gute Konjunkturlage und den damit verbunden höheren Einkommenssteuerzahlungen fortgesetzt. Die nach der Gewerbesteuer fiskalisch gesehen zweitbedeutsamste Steuereinnahme der Stadt hat sich zum Vorjahr um rd. 4.070 T€ oder 9,1 % erhöht.

Auch der Gemeindeanteil aus der Umsatzsteuer, bei der - nach einem geringfügigen Plus im Vorjahr - ein deutlicher Zuwachs verzeichnet werden konnte. Die Steigerung betrug rd. 2.747 T€ (26,2 %).

Die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer begann zum 01.06.2012 und brachte im Berichtsjahr Einnahmen von 229 T€. Hier ist gegenüber dem Vorjahr ein geringfügiger Anstieg zu verzeichnen (+ 8 T€).

	Ergebnis			
	2017	2016	2015	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€
Zuwendungen u. sonst. Transfererträge				
Schlüsselzuweisung B1 (§ 9 (2) Ziffer 1 LFAG)	6.885	6.763	6.712	+122
Schlüsselzuweisung B2 (§ 9 (2) Ziffer 2 LFAG)	10.297	13.168	5.379	-2.871
Schlüsselzuweisung C1 (§ 9a (2) Ziffer 1 LFAG)	4.098	4.127	3.378	-29
Schlüsselzuweisung C2 (§ 9a (2) Ziffer 2 LFAG)	6.853	7.178	5.443	-325
Investitionsschlüsselzuweisung (§ 10 LFAG)	1.402	1.451	1.441	-49
Zuweisung Kommunalen Entschuldungsfond	2.627	2.627	2.627	±0
Integrationspauschale	881	881	0	±0
Härteausgleich § 34d LFAG	0	0	185	±0
Gesamterträge Zuwendungen, allg. Umlagen u. sonstige Transfererträge	33.043	36.195	25.165	-3.152



Im Berichtsjahr erzielte die Stadt Koblenz aus der Schlüsselzuweisung (B1) nach § 9 (2) Ziffer 1 LFAG Erträge von 6,88 Mio. €. Die geringfügige Steigerung beruht auf der um 1.995 Einwohner höheren Bevölkerungsmesszahl. Der Berechnungsmaßstab betrug im Berichtsjahr unverändert 61 € je Einwohner.

Da die Bedarfsmesszahl die Finanzkraftmesszahl überschritt, war die Voraussetzung für die Gewährung von Schlüsselzuweisungen durch das Land nach § 9 (2) Ziffer 2 LFAG erfüllt. Die Erträge beliefen sich im Berichtsjahr auf 10.297 Mio. €, gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Rückgang in Höhe von 2.871 Mio. €.

Die seit 2014 erstmalig gezahlte Schlüsselzuweisung C wird in zwei Zuweisungen aufgeteilt. Aus der **Schlüsselzuweisung C1**, die 50 v.H. der Belastung aus der Gewährung von Leistungen und aus Kostenbeteiligungen oder Kostenerstattungen als örtliche Träger der Sozialhilfe nach dem SGB XII abdecken soll, erhielt die Stadt Koblenz im Berichtsjahr 4,1 Mio. €.

Weitere Erträge in Höhe von 6,85 Mio. € ergaben sich aus der **Schlüsselzuweisung C2**, die als Ausgleich für die Belastung der Gewährung von Leistungen und aus Kostenbeiträgen, -beteiligungen oder -erstattungen nach dem SGB II, aus der Gewährung von Hilfen zur Erziehung nach dem SGB VIII sowie aus der Beteiligung des örtlichen Trägers der Sozialhilfe an den Aufwendungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe gem. § 6 des Landesgesetzes zur Ausführung des SGB XII gezahlt wurden.

Zudem wurden Investitionsschlüsselzuweisungen nach § 10 LFAG bewilligt, die im Finanzhaushalt zur Verminderung des negativen Saldos der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit verwendet werden sollen. Die Zahlung ist zudem abhängig von der Differenz zwischen Finanzbedarf und Finanzkraft der Kommune.

Die Teilnahme am kommunalen Entschuldungsfond Rheinland-Pfalz ergab für 2017 eine Zuweisung von 2.627 T€, während die Weiterleitung der „Integrationspauschale“ des Bundes durch das Land Rheinland-Pfalz 881 T€ einbrachte.

Allgemeine Umlagen, sonstige laufende Aufwendungen	Ergebnis			
	2017 in T€	2016 in T€	2015 in T€	Differenz in T€
Gewerbesteuerumlage	20.989	22.197	14.821	-1.208
Allgemeine Umlage an das Land	531	638	505	-107
Finanzausgleichsumlage	5.070	4.072	4.853	+998
Einzelwertberichtigungen	1.983	499	358	+1.484
Pauschalwertberichtigung	566	0	0	+566
Gesamtaufwand für allgemeine Umlagen und sonstige laufende Aufwendungen	29.139	27.406	20.537	+1.733

Die im Berichtsjahr gesunkenen Gewerbesteuereinnahmen führten zwangsläufig zu einem Rückgang der an das Land abzuführenden Gewerbesteuerumlage. Die gegenüber dem Vorjahr leicht stärkere Finanzkraft der Stadt Koblenz ist der Grund für die in 2017 gestiegene, an das Land zu zahlende Finanzausgleichsumlage.

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	124	203	78	81	+43
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-319	-49	-39	-67	-252
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-195	154	39	14	-209
Finanzergebnis	-11.626	-11.812	-14.000	-12.095	+469
Ordentliches Ergebnis	-11.821	-11.658	-13.961	-12.081	+260
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	±0
Jahresergebnis (vor ILV)	-11.821	-11.658	-13.961	-12.081	+260
Jahresergebnis (nach ILV)	-11.821	-11.658	-13.961	-12.081	+260

Das Produkt umfasst den Nachweis der Finanzmittel, die im Zusammenhang aller Finanzierungsvorgänge bei der Stadt Koblenz stehen. Hierzu zählen insb. die Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitions- und Liquiditätskrediten, die Zinserträge und -einzahlungen sowie die Tilgung von Investitions- und Liquiditätskrediten.

Das Produkt schließt mit einem Fehlbetrag von 11.821 T€ ab und verschlechterte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 163 T€. Im Vergleich zum Haushaltsansatz hat sich das Ergebnis geringfügig, und zwar um 260 T€, verbessert.

Der Rückgang der **laufenden Erträge** ist durch eine geringere Teilauflösung der Einzelwertberichtigung begründet. Im Berichtsjahr wurden hier im Wesentlichen Mahngebühren und Säumniszuschläge sowie die Anpassung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte verbucht.

Der **Aufwand aus der Verwaltungstätigkeit** erhöhte sich zum Vorjahr um 270 T€.

Das Finanzergebnis stellt sich mit einem saldierten Fehlbetrag von 11.626 T€ positiver als im Vorjahr (Fehlbetrag 11.812 T€) dar. Vergleicht man das Ergebnis des Berichtsjahres mit dem des Jahres 2009 von 4.058 T€, so hat sich der Negativsaldo aus Zinserträgen und Zinsaufwand in vier Jahren um das 2,9-fache erhöht.

Im Einzelnen entwickelten sich Zinserträge und Zinsaufwand wie folgt:

	Ergebnis			
	2017	2016	2015	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€
Zinserträge und Zinsaufwand				
Zinserträge und sonstige Finanzerträge	1.686	1.790	793	-104
Zinsaufwand und sonstiger Finanzaufwand	13.312	13.602	14.793	+290
Saldo = Finanzergebnis	11.626	11.812	14.000	+186

Bei **Zinserträgen und sonstigen Finanzerträgen** handelt es sich um Erträge aus dem Kontokorrentverkehr, Bürgschaftsgebühren, Erträgen aus derivativen Zinsgeschäften, aus Stundungszinsen und aus der Verzinsung von Gewerbesteuren nach § 233a AO. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen durch gesunkene Einnahmen aus der Verzinsung von Gewerbesteuer nach § 233a AO zurückzuführen (- 79 T€).

Ebenfalls reduzierte sich der Aufwand für **Zinsen und sonstigen Finanzaufwand** um 290 T€. Während sich die Zinsen für langfristige Darlehen infolge zinsgünstiger Umschuldungen und Prolongationen sowie dem anhaltend niedrigen Zinsniveau um 640 T€ verminderten, erhöhten sich die Zinsen im kurzfristigen Segment für Darlehen zur Liquiditätssicherung um rd. 350 T€. Grund hierfür ist die Inanspruchnahme von langfristig abgeschlossenen Liquiditätskrediten.

Gemessen am Ergebnis des Jahres 2009 von 10.332 T€ beträgt die Steigerung für Zinsaufwendungen nunmehr 2.980 T€ oder 28,8 %.

■ ■ Produkte des Amtes 31: Ordnungsamt

□ Produktübergreifende Prüfung

Das Ordnungsamt bewirtschaftet 8 Produkte. Deren zusammengefasste Abschlussergebnisse weisen den folgenden **Gesamtabschluss** auf:

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	5.442	5.261	5.288	5.002	440
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-12.558	-10.719	-9.869	-12.009	-549
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-7.116	-5.458	-4.581	-7.007	-109
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-7.116	-5.458	-4.581	-7.007	-109
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-7.116	-5.458	-4.581	-7.007	-109
Jahresergebnis (nach ILV)	-7.486	-5.848	-4.851	-7.282	-204

Der **Eigendeckungsgrad** aller vom Ordnungsamt bewirtschafteten Produkte beträgt 43,3 % (2016: 49,1 %, 2015: 53,6 %); im Vergleich zu den Vorjahren hat sich hier nochmals eine Verschlechterung eingestellt.

Der **Zuschussbedarf** vor ILV ist von geplant 7.007 T€ auf 7.116 T€ im Ergebnis gestiegen. Der Grund für diese Entwicklung waren deutlich höhere Aufwendungen (+ 549 T€), denen in geringerem Umfang gestiegene Erträge (+ 440 T€) gegenüberstehen. Nach ILV betrug der Jahresfehlbetrag 7.486 T€ bei einem Ansatz von 7.282 T€.

■ Entwicklung der Jahresabschlussergebnisse

(vor ILV)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Erträge	5.126.599	5.205.504	5.286.660	5.261.627	5.443.166
Aufwendungen	9.940.376	10.383.123	9.868.095	10.719.386	12.558.459
Ergebnis/Verlust	4.813.777	5.177.619	4.581.435	5.457.759	7.115.293

Die Ursache für das verschlechterte Ergebnis liegt in den gestiegenen Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit, die um 1.839 T€ (davon 1.487 T€ Personalkosten) gegenüber dem Vorjahr zugenommen haben, sowie weniger deutlich gestiegene Erträge (+ 181 T€).



■ Entwicklung der Personalkosten

(vor ILV)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Personalaufwand	7.704.759*	7.841.379*	7.840.527*	8.347.880*	9.835.495 *

*Zeilen 11 und 12 der Ergebnisrechnung

Nachfolgend werden für ausgewählte Produkte die wesentlichen Entwicklungen bei den Jahresergebnissen erläutert.

Produkt 1118 Migration und Integration

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	11	3	2	6	5
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-619	-454	-297	-637	18
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-608	-451	-295	-631	23
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-608	-451	-295	-631	23
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-608	-451	-295	-631	23
Jahresergebnis (nach ILV)	-615	-456	-298	-631	23

Der **Jahresfehlbetrag** vor interner Leistungsverrechnung beläuft sich auf 608 T€ bei einem geplanten Verlust gemäß dem Haushaltsansatz von 762 T€. Dies bedeutet eine Ergebnisverbesserung um 154 T€. Gegenüber dem Vorjahr, das mit einem Fehlbetrag i. H. v. 451 T€ abschloss, ergab sich eine Verschlechterung um 157 T€.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** beliefen sich auf 244.510 € bei einem Haushaltsansatz von 301.600 € und lagen damit deutlich höher als in den Vorjahren. Zusätzlich wurde der Ansatz durch Übertragungen sogar auf 432.000 € erhöht. Es handelt sich hier um Maßnahmen im Bereich der Sprachförderung für Menschen mit Migrationshintergrund. Da die Mittel in 2016 nicht in voller Höhe ausgeschöpft werden konnten, erfolgte die Übertragung ins Jahr 2017. In 2017 fanden zwar deutlich mehr Sprachfördermaßnahmen als im Vorjahr statt, jedoch waren es erheblich weniger als ursprünglich geplant.

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	1.316	986	1.109	1.083	233
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-5.884	-4.759	-4.312	-5.556	-328
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-4.568	-3.773	-3.203	-4.473	-95
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-4.568	-3.773	-3.203	-4.473	-95
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-4.568	-3.773	-3.203	-4.473	-95
Jahresergebnis (nach ILV)	-4.694	-3.950	-3.319	-4.563	-131

Der **Jahresfehlbetrag** vor interner Leistungsverrechnung beläuft sich auf 4.568 T€ bei einem geplanten Verlust gemäß dem Haushaltsansatz von 4.473 T€. Dies bedeutet eine Ergebnisverschlechterung um 95 T€. Gegenüber dem Vorjahr, das mit einem Fehlbetrag i. H. v. 3.773 T€ abschloss, ergab sich eine Verschlechterung um 795 T€.

Die **Sonstigen laufenden Erträge** beliefen sich auf 154.884 € und lagen damit deutlich höher als der Haushaltsansatz (46.285 €) und das Vorjahresergebnis (69.026 €). Auch in den Jahren davor lagen die Erträge meist im Bereich des Jahresergebnisses 2016. Bei diesen Mehrerträgen handelt es sich um Einzelwertberichtigungen, und zwar vor allem um die Ausbuchung unbefristeter Niederschlagungen, durch die ein Ertrag als Gegenbuchung zur ursprünglichen Buchung entsteht.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die **Personalaufwendungen** um insgesamt um rd. 990.000 € angestiegen. Erläuternd ist hierzu zu sagen, dass mit dem Haushalt 2017 eine Veränderung der Organisationsstruktur des Ordnungsamtes in Kraft getreten ist, so dass eine unmittelbare Vergleichbarkeit mit dem Vorjahresergebnis schwierig ist. Zu einer Steigerung des Personalaufwandes hat aber zum einen die Einführung der neuen Entgeltordnung im Bereich des TVöD beigetragen, die zur Folge hatte, dass im Produkt 1221 insgesamt 26 Stellen neu zu bewerten waren. Zum anderen gab es Erhöhungen bei den Zuführungen zu den Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Überstunden sowie zu den Pensionsrückstellungen.

Die Aufwendungen für **Sach- und Dienstleistungen** sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 106.000 € angestiegen. Ursächlich hierfür waren vor allem die Kosten im Zusammenhang mit der Entschärfung einer Fliegerbombe sowie ein deutlicher Anstieg der vom Ordnungsamt durchzuführenden Bestattungen.

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	2.552	2.731	2.681	2.440	112
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-2.887	-3.009	-2.974	-2.860	-27
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-335	-278	-293	-420	85
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-335	-278	-293	-420	85
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-335	-278	-293	-420	85
Jahresergebnis (nach ILV)	-377	-351	-341	-453	76

Der **Jahresfehlbetrag** vor ILV beläuft sich auf 335 T€ bei einem geplanten Verlust gemäß dem Haushaltsansatz von 420 T€. Dies bedeutet eine Ergebnisverbesserung um 85 T€. Gegenüber dem Vorjahr, das mit einem Fehlbetrag in Höhe von 278 T€ abschloss, ergab sich eine Verschlechterung um 57 T€.

Das Produkt wird vor allem geprägt durch die Einnahmen aus **Verwarnungsgeldern**. Hier wurden in 2017 insgesamt 2.296 T€ (Vorjahr: 2.528 T€) zum Soll gestellt. Hiervon entfielen auf die Überwachung des ruhenden Verkehrs Einnahmen von 1.609 T€ und auf die Überwachung des fließenden Verkehrs Einnahmen von 687 T€.

Anzahl der Verwarnungsfälle

Jahr	Ruhender Verkehr	Fließender Verkehr		
		Mobile Anlagen	Stationäre Anlagen	Gesamt
2006	118.387	18.261	20.948	39.209
2007	122.782	22.412	20.933	43.345
2008	100.123	16.639	14.233	30.872
2009	99.255	15.519	21.579	37.098
2010	108.361	13.483	22.576	36.059
2011	143.784	13.813	7.526	21.339
2012	150.038	13.009	9.574	22.583
2013	143.358	14.844	9.252	24.096
2014	131.315	15.052	7.334	22.386
2015	123.000	14.862	8.372	23.234
2016	116.403	15.386	14.789	30.175
2017	96.298	10.582	22.317	32.899

Die Einnahmen aus Verwarnungsgeldern sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 233.000 € zurückgegangen. Dies liegt zum einen an zahlreichen Langzeiterkrankungen im Bereich der Verkehrsüberwachung und zum anderen daran, dass die Priorität mittlerweile verstärkt im Bereich der Gefahrenabwehr liegt, was eine verstärkte Präsenz an bestimmten Örtlichkeiten erfordert.

Zum 31.12.2017 beliefen sich die noch offenen Forderungen im Bereich der Verkehrsüberwachung, die sowohl aus dem Berichtsjahr als auch aus Vorjahren stammen, auf 649 T€. Gegenüber dem Vorjahr (Kasseneinnahmereste von 658 T€) ist somit erstmals seit Jahren ein leichter Rückgang festzustellen.

Die weitere Entwicklung der Kasseneinnahmereste ist nicht prognostizierbar. Festzuhalten ist, dass diese durch den natürlichen Ablauf der Ordnungswidrigkeitsverfahren sowohl im ruhenden als auch im fließenden Verkehr entstehen. Um Kassenreste möglichst zu vermeiden bemühen sich Ordnungsamt und Stadtkasse, eingeleitete Verfahren durch Erlass eines Bußgeld- bzw. Kostenbescheides abzuschließen und nach dessen Rechtskraft die Einnahmen beizutreiben, notfalls auch im Wege der Zwangsvollstreckung. Ist dies unter Ausschöpfung aller tatsächlich und rechtlich zulässigen Wege nicht möglich, so erfolgt eine Ausbuchung nach Ablauf der Verjährungsfrist.

Die **sonstigen laufenden Aufwendungen** erreichten ein tatsächliches Ergebnis von 268.227 € und blieben damit deutlich hinter dem Ansatz von 396.160 € zurück. Auch die Ergebnisse der Vorjahre lagen immer in einer Größenordnung von mehr als 300.000 oder sogar 400 000 €. Ursächlich hierfür war die Neugliederung der Kostenstellen des Ordnungsamtes für das Haushaltsjahr 2017. Die Portokosten wurden nun nach dem Personalschlüssel auf die Kostenstellen verteilt. Weil innerhalb des Ordnungsamtes die KfZ-Zulassungsstelle das meiste Personal aufweist, wurde der höchste Anteil der Portokosten dem entsprechenden Produkt (1232) zugewiesen. Im Bereich der Verkehrsüberwachung führte diese Neugliederung zu Minderausgaben von 120.000 €. Da es sich hierbei allerdings nicht um eine verursachungsgerechte Abbildung handelt, wurde die Zuteilung für das Haushaltsjahr 2018 richtigerweise wieder geändert.

Produkt 1232	Erlaubnisse Verkehr/KfZ-Zulassungswesen
---------------------	--

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	1.419	1.423	1.355	1.338	81
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-2.023	-1.612	-1.619	-1.725	-298
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-604	-189	-264	-387	-217
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-604	-189	-264	-387	-217
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-604	-189	-264	-387	-217
Jahresergebnis (nach ILV)	-758	-290	-345	-506	-252

Der **Jahresfehlbetrag** vor ILV beläuft sich auf 604 T€ bei einem geplanten Verlust gemäß dem Haushaltsansatz von 387 T€. Dies bedeutet eine erhebliche Ergebnisverschlechterung um 217 T€. Gegenüber dem Vorjahr, das mit einem Fehlbetrag in Höhe von 189 T€ abschloss, ergab sich eine Verschlechterung um sogar 415 T€ vor ILV und 468 T€ nach ILV.

Das Jahresergebnis bei den **sonstigen laufenden Aufwendungen** in Höhe von 342.994 € liegt deutlich höher als in den Vorjahren mit Jahresergebnissen zwischen 177.000 € und 233.000 €. Ursächlich hierfür ist vor allem die zuvor bei Produkt 1231 erläuterte Neugliederung der Kostenstellen des Ordnungsamtes.



Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg bei den **Personalaufwendungen** um rd. 240.000 € festzustellen. Wie bereits beim Produkt 1221 erläutert, ist mit dem Haushalt 2017 eine Veränderung der Organisationsstruktur des Ordnungsamtes in Kraft getreten, so dass eine unmittelbare Vergleichbarkeit mit dem Vorjahresergebnis schwierig ist. Auch hier ist festzuhalten, dass die erhöhten Personalaufwendungen vor allem auf die Einführung der neuen Entgeltordnung im Bereich des TvöD sowie auf erhöhte Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen zurückzuführen sind.

■ ■ Produkte des Amtes 37: Amt für Brand- und Katastrophenschutz

Produkt 1261 Brandschutz

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	602	578	536	426	176
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-9.183	-7.598	-7.854	-8.240	-943
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-8.581	-7.020	-7.318	-7.814	-767
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-8.581	-7.020	-7.318	-7.814	-767
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-8.581	-7.020	-7.318	-7.814	-767
Jahresergebnis (nach ILV)	-9.000	-7.399	-7.698	-8.232	-768

Das **Jahresergebnis** vor ILV beläuft sich auf einen Verlust von 8.581 T€ bei einem Fehlbetrag gemäß Haushaltsansatz von 7.814 T€. Dies bedeutet eine Verschlechterung gegenüber dem Sollbetrag um 767 T€. Gegenüber dem Vorjahresfehlbetrag (7.020 T€) ist ebenfalls eine Verschlechterung und zwar um 1.561 T€ eingetreten. Unter Einberechnung der ILV von 419 T€ (Vorjahr 379 T€) beträgt der Jahresfehlbetrag 9.000 T€.

Bei den **Sonstigen laufenden Erträgen** fiel auf, dass es, wie bereits im Vorjahr, keinen Ansatz gab, tatsächlich aber Erträge in Höhe von 148.704 € erzielt wurden. Das Fachamt begründet dies damit, dass es sich hierbei im Wesentlichen um die Wertberichtigung durch die Erhöhung des Buchwertanteils an der Kommunalen Versorgungsrücklage handelt (rd. 103 T€), die vom Hauptamt und der Kämmerei in eigener Regie bearbeitet und verbucht wird, so dass das Amt für Brand- und Katastrophenschutz hierauf keinen Einfluss hat.

Die restlichen Erlöse stammten vor allem aus der Veräußerung von Altfahrzeugen, die im Voraus nur schwer einzuplanen sind. Da es sich um regelmäßig wiederkehrende Erträge handelt, ist bei Erstellung des Haushaltsplans eine Veranschlagung geboten.

Auffällig waren außerdem die gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegenen Personalaufwendungen, die mit einem Jahresergebnis von 6.016.317 € um rd. 1,3 Mio. € höher lagen als in 2016. Dies liegt zum größten Teil an erheblich höheren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen (2016: rd. 100 T€, 2017: rd. 900 T€).

Anzumerken ist weiter, dass für bereits erfolgte Anschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen Einnahmen aus bereits bewilligten Landeszuwendungen i. H. v. insgesamt 632 T€ zum 31.12.2017 ausstanden. Hinzu kommt außerdem noch eine Zuwendung für den Neubau der Atemschutzübungsstrecke in Höhe von 180.000 €. Diese Zuwendungen wurden vor der jeweiligen Beschaffung beantragt und durch das Land vorab genehmigt, die endgültig Bewilligung erfolgte jedoch jeweils erst später bzw. steht sogar teilweise noch aus.

Produkt 1262 Leitstelle

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	963	828	1.030	863	100
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-1.324	-1.242	-1.498	-1.272	-52
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-361	-414	-468	-409	48
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-361	-414	-468	-409	48
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-361	-414	-468	-409	48
Jahresergebnis (nach ILV)	-384	-436	-497	-433	49

Das **Jahresergebnis** vor ILV beläuft sich auf einen Verlust von 361 T€ bei einem Fehlbetrag gemäß Haushaltsansatz von 409 T€. Dies bedeutet eine Verbesserung gegenüber dem Sollbetrag um 48 T€. Gegenüber dem Vorjahresfehlbetrag (414 T€) ist eine Verbesserung um 53 T€ eingetreten.

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** beliefen sich auf insgesamt 916.580 € und lagen damit deutlich höher als in den Vorjahren (2016: 760.972 €, in den Jahren davor noch niedriger). Dies lag zum einen an höheren Erstattungen für die Sach- und Betriebskosten der Integrierten Leitstelle, die vom jeweiligen Aufwand abhängen und im Voraus schwer abzuschätzen sind. Weiterhin erfolgte in 2017 eine höhere Personalkostenerstattung durch die Clearingstelle des DRK.

Die Erhöhung der **laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit** um rd. 82 T€ zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus einem höheren Personal- und Versorgungsaufwand (+ 70 T€).

■ ■ Produkte des Amtes 40: Kultur- und Schulverwaltungsamt

□ Produktübergreifende Prüfung

Das Schulverwaltungsamt bewirtschaftet 12 Produkte, deren zusammengefassten Ergebnisse folgenden Gesamtabschluss aufweisen:

Ergebniskennzahlen	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	14.396	5.561	5.404	5.923	+8.473
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-13.806	-23.605	-21.200	-14.051	+245
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	+590	-18.044	-15.796	-8.128	+8.718
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	+590	-18.044	-15.796	-8.128	+8.718
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	+590	-18.044	-15.796	-8.128	+8.718
Jahresergebnis (nach ILV)	-15.851	-30.017	-28.682	-26.949	+11.098

Der Zuschussbedarf nach ILV hat sich von geplant rd. 27 Mio. € auf rd. 16 Mio. € und vor ILV von 8.1 Mio. € auf + 590 T€ im Ergebnis verbessert. Im Vergleich zum Plan resultiert die Verbesserung aus Mehrerträgen (8.473 T€) sowie Minderaufwendungen (245 T€).

Gegenüber dem Vorjahr sind die Erträge um 9 Mio. € gestiegen, während die Aufwendungen um 10 Mio. € gesunken sind. Im Einzelnen handelt es sich dabei um Mehrerträge und Minderaufwendungen im Produkt 2012 „Allgemeinen Schulverwaltung“, nähere Erläuterungen hierzu sind beim jeweiligen Produkt enthalten.

Entwicklung der Jahresabschlussergebnisse

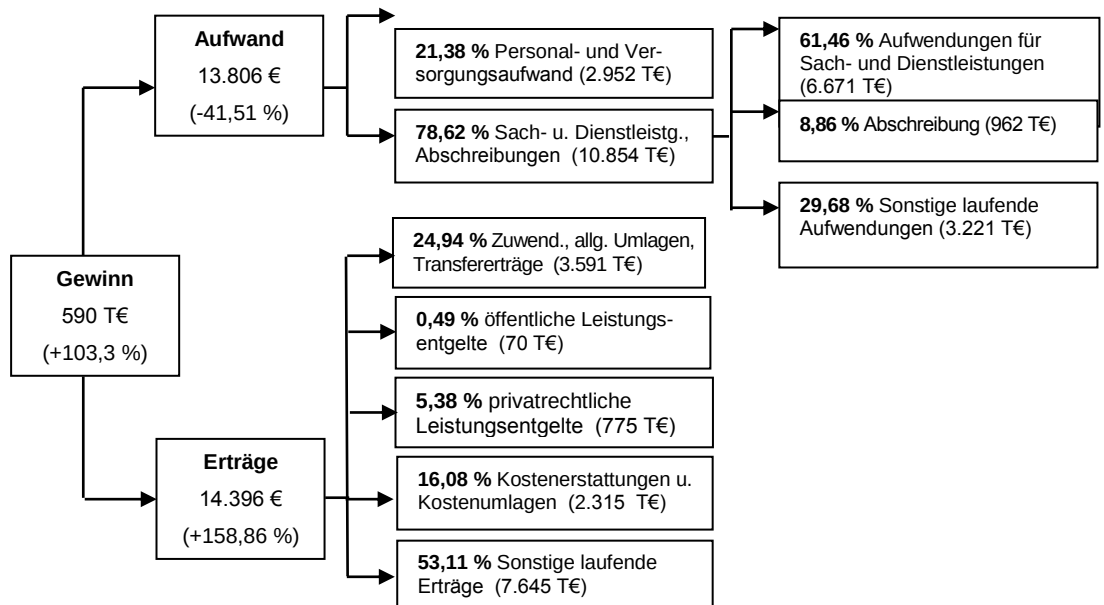
(vor ILV)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016(in €)	2017(in €)
Erträge	6.892.334	9.647.546	5.403.984	5.561.290	14.396.324
Aufwendungen	38.623.397	32.862.453	21.200.130	23.605.012	13.805.997
Ergebnis/Verlust	31.731.063	23.214.907	15.796.146	18.043.722	+590.327

Das Jahresergebnis vor ILV weist gegenüber dem Vorjahresergebnis durch gestiegene Erträge und verminderte Aufwendungen eine Verbesserung von 18.634 T€ aus.

Der zusammengefasste Eigendeckungsgrad aller vom Schulverwaltungsamt bewirtschafteten Produkte beträgt 104,3 % (2016: 23,6%, 2015: 25,5%, 2014: 29,4 %, 2013: 17,8 %, 2012: 16,2 %, 2011: 27,2 %). Die Höhe des Eigendeckungsgrades vor ILV erreichte im Berichtsjahr eine Überdeckung. Es handelt sich hierbei jedoch um eine absolute Ausnahme, die sich in den künftigen Jahren nicht wiederholen wird.

Einnahmen und Ausgabenstruktur

Wesentliche Faktoren für die Entwicklung des Zuschusses aller Produkte vor ILV:



■ Schulreinigung

Bei den jeweiligen Produkten werden die Kosten des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft für die erbrachten Reinigungsleistungen an den Schulen zum Ausgleich gebracht. Der verrechnete Personalaufwand entspricht der Eigenreinigung, während der Sachaufwand vor allem die Fremdreinigung durch beauftragte Unternehmen beinhaltet.

	2015			2016			2017		
	Eigen	Fremd	Σ	Eigen	Fremd	Σ	Eigen	Fremd	Σ
Grundschulen	80	506	586	74	551	625	21	588	609
Hauptschulen	1	35	36	1	38	39	0	37	37
Realschulen	7	344	351	7	362	369	0	353	353
Gymnasien	126	351	477	117	369	486	128	411	539
BBS T,G,H,S	5	312	317	5	319	324	0	319	319
				115	48	163			
BBS Wirtschaft	123	39	162				68	49	117
Sonderschulen	2	117	119	2	114	116	0	122	122
IGS	2	85	87	2	80	82	0	90	90
DOS									
SUMMEN	346	1.789	2.135	323	1.881	2.204	217	1969	2.186
△ zu Vorjahr (△%)	-40 (-10 %)	+40 (+2 %)	+/-0 (+/-0 %)	-23 (-7 %)	+92 (+5 %)	+69 (+3 %)	-106 (-33 %)	+88 (+5 %)	-18 (-1 %)
Eigen- / Fremdreinigung (in %)	16:84			15:85			10:90		

Das Verhältnis von Eigenleistung zu Fremdleistung hat sich zum Vorjahr zu Gunsten der Fremdreinigung deutlich verschoben. Die Reinigungskosten sind gegenüber 2016 leicht gesunken.

■ Energie (Heizung, Strom und Wasser)

Im Berichtsjahr belief sich der Energieaufwand auf insgesamt rd. 1,734 Mio. €. Dies bedeutet einen Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr um 172 T€ (11 %).

in T€	2015				2016				2017			
	Heizung	Strom	Wasser	Σ	Heizung	Strom	Wasser	Σ	Heizung	Strom	Wasser	Σ
Schulen												
Grund	324	156	16	496	298	156	15	469	321	186	15	522
Haupt-	17	20	1	38								
Real-	179	101	8	288	189	100	7	296	220	123	7	350
DOS												
Gymn.	304	128	16	448	219	132	19	370	209	132	18	359
BBS T,G, BBS Wirt.	220	156	10	386	137	125	7	269	160	151	11	322
Sonder-												
IGS	150	32	2	99	36	28	2	66	38	37	3	78
Summe	1.163	634	56	1.853	923	586	53	1.562	999	677	58	1.734
Δ in T€ zu Vorj. (Δ %)	-62 (-5)	+37 (+6)	-1 (-2)	-26 (-1)	-240 (-21)	-48 (-8)	-3 (-5)	-291 (-16)	+76 (+8)	+91 (+16)	+5 (+9)	+172 (+11)

Dieser Mehraufwand beruht zum einen auf die vorgenommene Neuausschreibung, sowie darauf, dass im Zuge der Neuausschreibung der Anteil des Öko-Stromes erhöht wurde.

■ IT-Infrastruktur und Betreuung

Die Mittel des Mehrjahresprogramms zur Installation einer EDV-Verkabelung in den Schulen beeinflusst die Aufwandsentwicklung der einzelnen Schulen gemäß ihrer jeweiligen Realisationsstufe. Daher werden an dieser Stelle die Rechnungsergebnisse zusammenfassend dargestellt.

EDV-Verkabelung pp.				
Unterabschnitt	2014(in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017(in €)
Grundschulen	8.284,60	59.941,96	2.474,86	325,50
Realschulen Plus	34.354,39	0,00	0,00	0,00
Gymnasien	59.660,77	0,00	2.458,97	14.897,03
BBS T,G,H,S	0,00	11.168,50	0,00	0,00
BBS Wirtschaft	69.944,66	0,00		
Förderschulen	15.412,62	0,00	0,00	0,00
IGS	28.706,76	0,00	0,00	0,00
SUMMEN	216.363,80	71.110,46	4.933,83	15.222,53
Δ € zu Vj. (%)		-145.253,34 (-67 %)	-66.176,63 (-93 %)	+10.288,70 (+68 %)

Im Berichtsjahr als auch im Vorjahr kamen die Arbeiten zur Installation der EDV-Verkabelung ins Stocken. Das Fachamt hat wie folgt Stellung dazu genommen:

Die EDV-Verkabelungsarbeiten werden durch Amt 65, Zentrales Gebäudemanagement, (ZGM) durchgeführt. Die Beauftragungen aus den Jahren 2015 und 2016 an das ZGM wurden jedoch aus personellen Kapazitätsgründen oder Verzögerungen anderer baulicher Maßnahmen an den betroffenen Schulen (hier sollten durch gemeinsame Maßnahmendurchführung Synergieeffekte genutzt werden) nicht bzw. nicht vollständig ausgeführt. Daher kam auch im Berichtsjahr nur zu marginalen Aufwendungen.

Für das Berichtsjahr standen Mittel i. H. v. 89.700 € zur Verfügung. Jedoch wurden lediglich am Max-von-Laue Gymnasium Verkabelungen durchgeführt. Bei dem Betrag für die Grundschule handelt es sich um aktivierte Eigenleistungen.

Begründet wird dies damit, dass infolge der Personalengpässe keine dezidierte Planung für das Jahr 2017 erfolgte, sodass ein „Soll-Ist-Vergleich“ nicht möglich sei. Aufgrund der Vielzahl der anstehenden EDV-Verkabelungsarbeiten war eine gemeinsame Planung der Maßnahmen unter Einbeziehung eines Fachplaners vorgesehen. Die Verkabelungsplanung verzögerte sich jedoch aus o. g. Gründen.

■ Schulbudgetierung

Seit 2012 bestehen eine Rahmenvereinbarung zur Schulbudgetierung sowie eine Dienstanweisung über das Verfahren von Auftragsvergaben bei der Stadt Koblenz. Für den Prüfungszeitraum 01.01. bis 31.12.2017 erfolgte eine Prüfung der freihändigen Vergaben der Ausgabepositionen, die dieser Rahmenvereinbarung unterliegen.

Bei Durchsicht der Belege wurde festgestellt, dass die vergaberechtlichen Vorschriften in den überwiegenden Fällen beachtet wurden. Bei Bestellungen von Möbeln ist nicht immer ersichtlich, ob zuerst die bestehenden Rahmenverträge auf passende Möbel hin überprüft wurden. Zudem wäre es grundsätzlich wünschenswert, wenn alle Schulen das Formblatt zum Angebotsvergleich nutzen würden. Auf die gleichlautende Prüfungsempfehlung der Vorjahre wird verwiesen.

■ Schülerbeförderung

Der **Jahresfehlbetrag** der Schülerbeförderung in Produkt 2411 beträgt vor ILV 604 T€, sodass der geplante Verlust um 465 T€ reduziert wurde.

Die Höhe der Zuwendungen wird anhand der Ausgaben für die Schülerbeförderung abzüglich des Eigenanteils des jeweils vorletzten Kalenderjahres aller Schulträger und der vom Land zur Verfügung gestellten Mittel ermittelt. Dabei wurde jedoch die Gesamthöhe der Zuweisung in den letzten Jahren nicht verändert.

2017 gab es zwei einschneidende und zu Minderausgaben führende Ereignisse. Zum 01.01.2017 trat der Westerwaldkreis in den Verkehrsverbund Rhein-Mosel bei. Bis dahin hatten alle berechtigten Schüler aus dem WW-Kreis, die eine Schule in Neuendorf, Metternich, Moselweiß, Karthause oder Asterstein besuchten, eine WW-Fahrkarte und zusätzlich eine EVM-Fahrkarte zum jeweiligen Schulstandort.

Mit dem Beitritt sind die Schülerfahrkarten aus dem WW-Kreis auch insgesamt günstiger geworden.

Aufgrund der Urteile Nr. 4 K 51/16.KO und 4 K 52/16.KO des Verwaltungsgerichts Koblenz und der daraus resultierenden Satzungsänderung zum Schuljahr 2017/2018 bzgl. der Auslegung des Begriffes „nächstgelegene Schule“ sind zur St. Franziskus-Schule und dem Bischöflichen Cusanus-Gymnasium niedrigere Fahrtkosten entstanden, da die betroffenen Schüler nur noch eine Fahrkarte bis zur nächstgelegenen Schule erhalten.

Der Deckungsgrad konnte im Vergleich zum Vorjahr auf 83 % leicht gesteigert werden.

Nachfolgend werden für ausgewählte Produkte die wesentlichen Entwicklungen bei den Jahresabschlussergebnissen erläutert.

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	7.639	189	87	252	7.387
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-1.295	-10.627	-9.257	-1.208	-87
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	6.344	-10.438	-9.170	-956	7.300
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	6.344	-10.438	-9.170	-956	7.300
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	6.344	-10.438	-9.170	-956	7.300
Jahresergebnis (nach ILV)	6.295	-10.507	-9.269	-1.049	7.344

Der **Jahresgewinn** nach ILV von 6,3 Mio. € hat sich um gut 7 Mio. € gegenüber dem Haushaltsansatz aufgrund von Mehrerträgen verbessert.

Dieses Produkt ist durch die Abrechnung des bestehenden Schulsanierungsvertrages mit der Koblenzer Wohnbau geprägt.

Der enorme Jahresgewinn beruht auf einer Umbuchung eines negativen Aufwandes. Ab dem Berichtsjahr läuft die Tilgungsphase aus dem Schulsanierungsvertrag. Bei dem Abgleich der eingestellten Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften wurde festgestellt, dass diese zu hoch bilanziert wurden. Dabei handelt es sich sowohl um zu hohe Leistungen als auch um zu hohe Fremdfinanzierungskosten. Es handelt sich hierbei jedoch um einen einmaligen Ertrag.

Des Weiteren konnte noch ein einmaliger Ertrag aus der Veräußerung einer Hausmeisterwohnung i.H.v. 183 T€ erzielt werden.

Die Minderaufwendungen beruhen ebenfalls auf den nunmehr nicht mehr in der Ausführung, sondern in der Tilgungsphase befindlichen Schulsanierungsvertrag.

Die Personalaufwendungen sind im Berichtsjahr durch die Neueinrichtung einer Stelle sowie durch Verlagerung einer Planstelle und diverser Neubewertungen um rund 100 T€ gegenüber dem Ansatz erhöht.

Die nachstehende Entwicklung zeigt die Zuschüsse/Überschüsse im konsumtiven Haushalt des Produktes für die Jahre 2013 bis 2017.

(vor ILV)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015(in €)	2016(in €)	2017 (in €)
Erträge	72.266	1.078.154	87.099	189.169	7.638.885
Aufwendungen	12.449.188	6.099.860	9.257.346	10.627.205	1.294.927
Ergebnis/Verlust	12.376.922	5.021.707	9.170.247	10.438.036	+6.343.958

Ein Vergleich zum Vorjahr ist aufgrund der einmaligen Umbuchung des negativen Aufwandes nicht opportun.

Durch die Umbruchphase des Schulsanierungsvertrages von der Ausführungs- hin zur Tilgungsphase, sollte das nächste Jahr für eine genauere Beurteilung abgewartet werden.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Zur Haushaltsführung ist festzustellen, dass im Berichtsjahr erstmalig ein Jahresüberschuss erzielt werden konnte. Dies relativiert sich jedoch, da es sich um einen einmaligen Ertrag handelt. Zu erwarten ist, dass durch die Verbuchung der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften in diesem Produkt in den Folgejahren bis zur vollständigen Abwicklung des Sanierungsvertrages die Aufwendungen wieder deutlich höher sein werden.

Produkt 2311

Berufsbildende Schulen

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	1.265	345	401	1.017	248
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-1.807	-2.011	-1.872	-1.938	131
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-542	-1.666	-1.471	-921	379
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-542	-1.666	-1.471	-921	379
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-542	-1.666	-1.471	-921	379
Jahresergebnis (nach ILV)	-3.239	-4.531	-4.220	-4.276	1.037

Der Jahresfehlbetrag vor ILV beträgt 542 T€ und hat sich gegenüber dem geplanten Verlust um 379 T€ verbessert. Ursächlich hierfür sind Mehreinnahmen von 248 T€, sowie Minderausgaben von 131 T€. Gegenüber dem Vorjahr sind die Erträge um 921 T€ gestiegen und der Aufwand um 204 T€ gesunken.

Die in den Vorjahren verbuchten niedrigen Erträgen beruhen im Wesentlichen auf noch nicht erfolgter Abrechnungen der Kostenbeteiligung des Landkreises Mayen-Koblenz. Ursächlich dafür war eine Anpassung der Zweckvereinbarung, die jedoch noch nicht abschließend von der ADD genehmigt war.

Nachdem nunmehr die neue Zweckvereinbarung in Kraft getreten ist, konnten die bis zu diesem Zeitpunkt noch ausstehenden Abrechnungen erfolgen. Zukünftig können nunmehr die Abrechnungen zeitnah erfolgen.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Aus der Sicht der Rechnungsprüfung ist damit die Grundlage für eine zeitnahe Abrechnung geschaffen worden, so dass in den zukünftigen Haushaltsjahren mit kontinuierlichen Erträgen zu rechnen ist.

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	1.544	1.165	905	905	639
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-2.365	-2.254	-1.905	-2.032	-333
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-821	-1.089	-1.000	-1.127	306
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-821	-1.089	-1.000	-1.127	306
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-821	-1.089	-1.000	-1.127	306
Jahresergebnis (nach ILV)	-858	-1.096	-1.008	-1.135	277

Der **Jahresfehlbetrag** nach ILV beträgt rd. 860 T€ im Ergebnis und verbessert sich damit gegenüber dem Ansatz um 277 T€.

Bei der Betrachtung des Rechnungsergebnisses vor ILV sind im Vergleich zum Vorjahr die Erträge (+ 379 T€) deutlich gestiegen. Demgegenüber sind allerdings auch die Aufwendungen um 111 T€ weiter angestiegen.

Auf der Ertragsseite gab es eine erhebliche Verschiebung von den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten hin zu den privatrechtlichen Leistungsentgelten. Ursächlich für diese Verschiebung war die Umstellung der Mittagsverpflegung an Ganztagschulen auf privatrechtlich gestaltete Verträge.

Aufgrund der Neuausschreibung der Mittagsverpflegung für das Schuljahr 2017/2018 sind die Aufwendungen in diesem Bereich gestiegen. Der höhere Aufwand beruht auf dem Ergebnis der Ausschreibung (alter Preis pro Essen: 3,99 €, neuer Preis pro Essen: 4,29 € bzw. GS Schenkendorf: 5,22 €). Des Weiteren wurden mehr Essen ausgegeben und berechnet. Dies wirkt sich sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite aus.

Nachdem in den Vorjahren geringere Erträge zu verzeichnen waren, die u. a. auf nicht abgerechnete Aufwendungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket stammten, konnten im Berichtsjahr Mehrerträge erzielt werden.

Die in den vergangenen Jahren nicht zeitnah abgerechneten Aufwendungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket werden sukzessive aufgearbeitet. Die Abrechnung der Bildungs- und Teilhabeleistungen für das Schuljahr 2016/17 erfolgte im Dezember 2018. Sobald die Abrechnung mit dem Jobcenter/Amt 50 geklärt ist, erfolgt die Abrechnung des Schuljahres 2017/18.

Zum Schuljahr 2018/19 wurde die Abrechnung der Bildungs- und Teilhabeleistungen umgestellt. Die Zahlungen von Jobcenter/Amt 50 erfolgen ab diesem Schuljahr monatlich. Eine gesonderte, rückwirkende Jahresabrechnung ist damit nicht mehr erforderlich.

Die Schulbuchausleihe wurde im Jahr 2010 erstmalig durchgeführt. Die Tabelle veranschaulicht die Kostendeckung der Jahre 2014 bis 2017.

	2017 in €	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Sachkosten (Lehrmittel, Dienstleist.)	784.104	741.413	481.606	481.136
Erstattungen des Landes	937.437	742.397	552.083	551.549*
Zwischensaldo	153.333	984	70.477	70.412
Personalkosten	**200.000	**147.000	147.000	147.000
Gesamtergebnis	-46.667	-146.016	- 76.523	-76.587

* Nachzahlung bzgl. der Anpassung/Erhöhung der Schülerpauschale 8 € pro Schüler auf 12 € und 14 €

**Es handelt sich um eine Schätzung

Im Jahr 2017 endete für viele Bücher der Ausleihzyklus, sodass diese getauscht werden mussten. Die Schulbuchausleihe begann für die SEK I im Schuljahr 2010/11, für die BBS'en und die GS'en im Schuljahr 2011/12. Für Einjahresbände/ Mehrjahresbände gilt der dreimalige Ausleihzyklus. Daher mussten aus dem Bereich BBS/GS im Jahr 2017 viele Bücher getauscht werden.

Die Buchpreise und die Teilnehmerzahlen sind gestiegen.

Im Jahr 2018 erfolgte eine Nachzahlung der Schülerpauschale, da diese rückwirkend zum Schuljahr 2017/2018 auf 14,00 bzw. 20,00 € erhöht wurde.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Aus der Sicht der Rechnungsprüfung ist die Erstattung im Rahmen des Teilhabepaketes für das Schuljahr 2017/18 möglichst zeitnah durchzuführen.

■ ■ Produkt des Amtes 42: Stadtbibliothek

Produkt 2721 Stadtbibliothek

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	364	356	360	271	93
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-2.810	-2.747	-2.671	-2.802	-8
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-2.446	-2.391	-2.311	-2.531	85
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-2.446	-2.391	-2.311	-2.531	85
Außerordentliches Ergebnis	0	0	231	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-2.446	-2.391	-2.080	-2.531	85
Jahresergebnis (nach ILV)	-3.514	-3.447	-2.770	-3.357	-157

Das Produkt umfasst die Stadtbibliothek, die als eine kommunale Bildungs- und Kultureinrichtung aus der Zentralbibliothek, dem Bücherbus, dem Schüler-Bücherbus, den Stadtteilbüchereien sowie dem Mobilen Seniorendienst besteht.



Die Stadtbibliothek erreicht 2017 einen **Eigendeckungsgrad** von 13,0 % (2016: 13,0 %, 2015: 22,1 %, 2014: 12,3 %) vor ILV. Nach ILV beläuft sich der Eigendeckungsgrad in 2017 auf 9,4 % (2016: 9,8 %, 2015: 18,1 %). Bei den internen Leistungsverrechnungen (ILV) handelt es sich vor allem um die Kosten, die zunächst durch das ZGM beglichen und später den betroffenen Ämtern in Rechnung gestellt werden; sie erhöhten sich zum Vorjahr geringfügig um 8 T€.

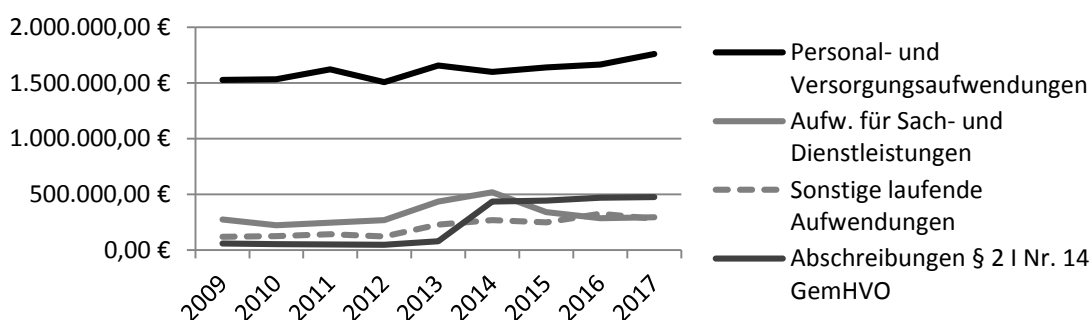
Die Abweichung des **Jahresfehlbetrages** vor ILV zum Ansatz beträgt 85 T€ und resultiert aus Mehrerträgen von 93 T€ und Minderaufwendungen von 8 T€.

Die nachstehende Entwicklung zeigt die Jahresergebnisse der Jahre 2013 bis 2017.

(vor ILV)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Erträge	267.906	346.019	591.125	356.055	364.184
Aufwendungen	2.398.541	2.819.132	2.670.742	2.746.598	2.809.528
Verlust	2.130.635	2.473.113	2.079.617	2.390.543	2.445.344
Verlust (nach ILV)	2.158.560	2.527.678	2.769.815	3.446.655	3.513.856

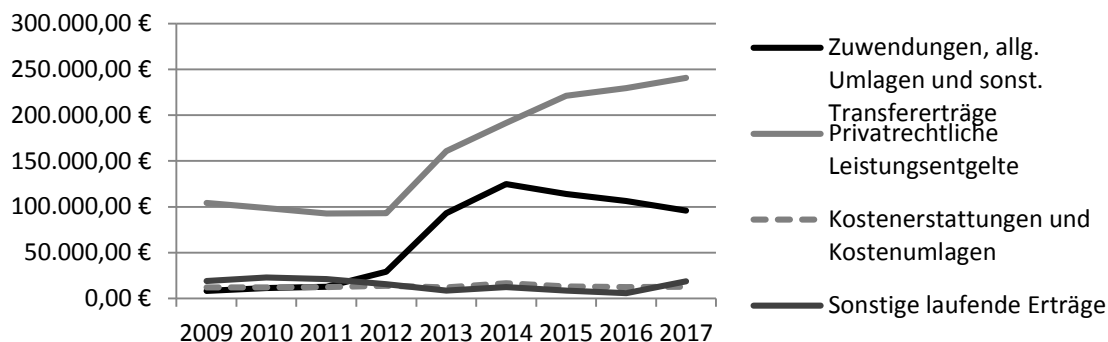
Der Jahresfehlbetrag 2017 vor ILV liegt 55 T€ über dem Vorjahreswert, das höheren Erträgen von 8 T€ und gleichzeitig gestiegenen Aufwendungen von 63 T€ geschuldet ist. Im Jahresvergleich zeigt sich, dass sich der Jahresfehlbetrag (vor ILV) auf dem Niveau des einstigen Höchststandes von 2014 bewegt.

Das nachstehende Diagramm verdeutlicht die Entwicklung der einschlägigen Aufwandspositionen des Produktes in den Jahren 2009-2017:



Die Darstellung verdeutlicht, dass die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** mit 1.760 T€ erneut deutlich (+ 95 T€) gestiegen sind. Bei den **sonstigen laufenden Aufwendungen** in Höhe von 279 T€ ist ein merklicher Rückgang festzustellen, bedingt durch den Wegfall des Einmaleffektes aus dem Vorjahr aufgrund der Entsäuerung eines Teiles des Buchbestandes. Demgegenüber haben die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** von 294 T€ leicht zugenommen. Betrachtet man die Struktur der Aufwendungen im Zeitverlauf, kann daraus abgeleitet werden, dass insb. bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen und bei den Abschreibungen kurzfristig keine dauerhaften Reduzierungen zu erwarten sind.

Den Aufwendungen stehen leicht gestiegene **Erträge** gegenüber. Das nachstehende Diagramm verdeutlicht die Entwicklung der einschlägigen Ertragspositionen des Produktes in den Jahren 2009-2017:



Es wird ersichtlich, dass vor allem die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** seit 2012 kontinuierlich steigen, im Berichtsjahr auf 241 T€. Im Übrigen enthalten die Gesamterträge auch die anteiligen Zahlungen der Stadt Mülheim für den Bücherbus. Diese werden jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst (derzeit ca. 11.800 €).

■ Übersicht über die Kennzahl der Entleihungen

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Jahresfehlbetrag (in T€)	1.794	2.131	2.473	2.080	2.391	2.445
Zahl der Entleihungen	468.587	569.979	772.562	881.427	903.356	879.749
...davon E-Medien	-	-	3.134	16.366	25.466	30.903
Zuschuss je Entleiher (in €)	3,83	3,74	3,20	2,36	2,65	2,78
Zuschuss je Einwohner* (in €)	16,48	19,38	22,34	18,59	21,12	21,53

*Einwohnerzahl 2016: 113.586 (Stichtag 31.12.2017)

Die Zahl der Entleihungen im Haushaltsjahr ist, trotz gestiegener Entleihungen von E-Medien, deutlich gesunken, während der Jahresfehlbetrag erneut gestiegen ist. Legt man die Kennzahl des Zuschusses je Entleiher zugrunde, fällt auf, dass dieser Betrag mit 2,78 € gegenüber dem Vorjahr höher, hingegen im Vergleich zu den Jahren 2012 bis 2014 deutlich niedriger ausgefallen ist.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Der Jahresfehlbetrag der Stadtbibliothek vor ILV hat sich im Vergleich zu 2016 erhöht und erreicht annähernd das Niveau des Höchstwertes aus dem Jahr 2014. Der Popularitätswert seit dem Umzug in das Forum Confluentes ist nach wie vor groß, das sich an der weiterhin hohen Zahl der Entleihungen erkennen lässt. Unübersehbar ist aber auch ein Rückgang bei den Gesamtentleihungen um rd. 24.000 Medien (2,6 %).

Wie bereits im vorherigen Berichtsjahr zu vermuten war, ist die Zahl der Ausleihen an E-Medien enorm gestiegen. Diesbezüglich bleibt es zu verfolgen, ob bzw. in welchem Ausmaß in kommenden Jahren eine weitere Verlagerung des überwiegenden Bedarfs hin zu elektronischen Medien stattfindet. So sollte der Entwicklung hin zu digitalen Medien Rechnung getragen werden und der Bestand an elektronischen Medien weiter ausgebaut werden, da zwar die Anzahl an Ausleihungen von E-Medien gestiegen, die Anzahl an Entleihungen der konservativen Medien jedoch gesunken ist.

Dass dem Umstand steigender Migration seitens der Stadtbibliothek durch vermehrte mehrsprachige Literatur begegnet wird, ist von Seiten der Rechnungsprüfung positiv hervorzuheben, da dies letztlich der Förderung der deutschen Sprache und somit der Integration dient.

Die generelle Entwicklung der Stadtbibliothek als ein wesentliches Fundament der Kulturstadt Koblenz und als Publikumsmagnet für das Forum Confluentes wird positiv gesehen, wenngleich der Entwicklung weiter steigender Fehlbeträge zu begegnen ist.



Produkt 2711 Volkshochschule

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	1.116	1.203	1.134	1.054	62
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-1.311	-1.301	-1.420	-1.311	0
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-195	-98	-286	-257	62
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-195	-98	-286	-257	62
Außerordentliches Ergebnis	0	0	22	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-195	-98	-264	-257	63
Jahresergebnis (nach ILV)	-309	-211	-349	-360	51

Das Produkt umfasst die Volkshochschule, die als kommunales Weiterbildungszentrum der Verwirklichung des Rechts auf Bildung dient und durch bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote gesellschaftliche Funktionen erfüllt.

Die nachstehende Entwicklung zeigt die Jahresergebnisse der Jahre 2013 bis 2017.

	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Erträge	1.190.659	1.117.226	1.155.293	1.202.516	1.116.667
Aufwendungen	1.560.381	1.586.630	1.419.941	1.300.606	1.311.359
Verlust vor ILV	369.722	469.404	264.648	98.090	194.692
Verlust nach ILV	303.037	391.844	349.277	211.308	309.017
Eigendeckung					
...vor ILV	76,31 %	70,42 %	81,36 %	92,46 %	85,15 %
...nach ILV	80,95 %	75,30 %	77,82 %	85,41 %	78,32 %

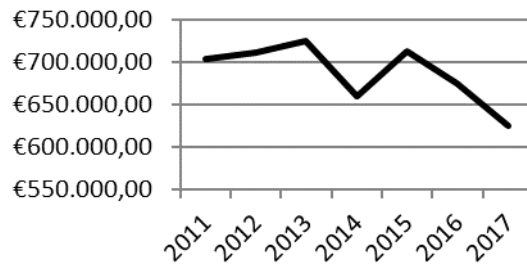
Der **Eigendeckungsgrad** hatte sich von 81,4 % in 2015 auf 92,5 % in 2016 erhöht, er ist jedoch nunmehr im Jahr 2017 auf 85,2 % gesunken. Der Grund hierfür liegt einerseits an Erträgen, die um 86 T€ niedriger und andererseits an Aufwendungen, die 11 T€ höher ausgefallen sind als der jeweilige Vorjahreswert.

Auch bei Betrachtung nach Einbezug der internen Leistungsverrechnung (ILV) fällt auf, dass der Jahresfehlbetrag zwar rd. 83 T€ unter dem Jahresergebnis von 2014, dem Höchstwert der letzten fünf Jahre, liegt, sich aber zum Vorjahr eine Verschlechterung um 98 T€ ergeben hat.

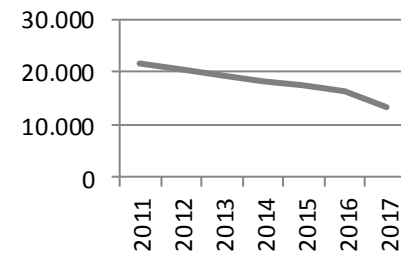
Die größte Ertragsquelle der VHS stellen die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** mit 616 T€ in 2017 dar. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich diese um 50 T€ verringert und befinden sich damit auf der niedrigsten Höhe seit 2011.

Die nachfolgenden Diagramme verdeutlichen den Zusammenhang zwischen den Teilnehmerzahlen und den Erträgen in Form der privatrechtlichen Leistungsentgelte.

Privatrechtliche Leistungsentgelte

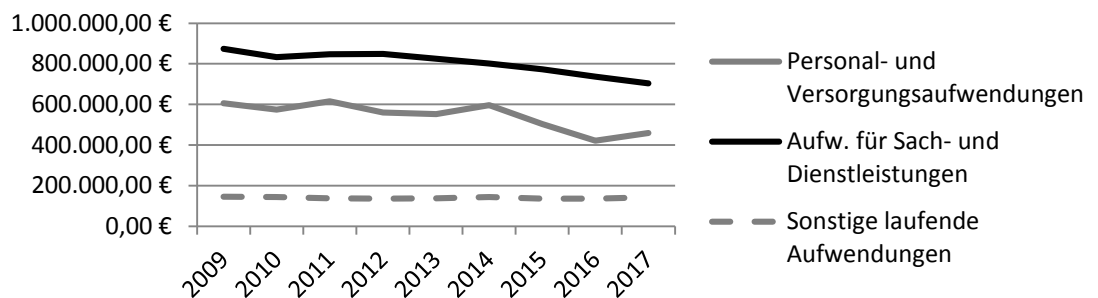


Teilnehmerzahl



Waren es 2016 insgesamt noch 1.271 gehaltene Kurse (2015: 1.337), so fanden in 2017 nur noch 1.147 Kurse statt.

Das nachfolgende Diagramm zeigt den Verlauf der einschlägigen Aufwandspositionen der Jahre 2009-2017 auf.



Die Aufwendungen vor ILV in Höhe von 1.311 T€ fielen in 2017 um 11 T€ geringfügig höher aus als im Vorjahr.

Die **Entwicklung der Zuschüsse** im Zeitablauf zeigt folgende Tabelle:

	2014	2015	2016	2017
Städtischer Zuschuss (vor ILV, in €)	469.404	264.648	98.090	194.692
Anzahl der Kurse	1.154	1.217	1.167	1.057
Einzelveranstalt./Exkurs./Reisen/Ausstell.	178	120	104	90
Anzahl der Teilnehmer insgesamt	18.194	17.480	16.390	13.228
Förderfähige US/Personalkosten- Zuschuss	21.054	20.307	20.106	17.019
Städt. Zuschuss je Teilnehmer (in € vor ILV)	25,80	15,14	5,98	14,72

Auffallend ist der enorme Rückgang an Kursen und Teilnehmern im Vergleich zu den Jahren 2016 und 2017. Die Anzahl der Kurse hat sich um 110 verringert, die Anzahl an Teilnehmern um beachtliche 3.162 Personen. Dies ist nach Angaben der Volkshochschule überwiegend auf den Wegfall der langjährigen Kooperation mit der Hochschule Koblenz, auf die Umstrukturierung der Sprachkurse durch das BAMF sowie einen leichten allgemeinen Trend des Teilnehmerrückgangs zurückzuführen.

Auch die Anzahl der förderfähigen Unterrichtsstunden ist im Haushaltsjahr erstmals unter die Grenze von 20.001 gesunken. Dies hat zur Folge, dass der Stadt Koblenz ab dem Haushaltsjahr 2019 ein jährlicher Zuschuss von rd. 40 T€ sowie ein Zuschuss für eine zusätzliche pädagogische Fachkraft entfallen.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Die Rechnungsprüfung sieht die Entwicklung bedenklich, dass die Anzahl der förderfähigen Unterrichtsstunden seit langer Zeit nun unter 20.001 gefallen ist. Das damit einhergehende Ausbleiben finanzieller Zuschüsse ist zu kritisieren. Auch der kontinuierliche Rückgang der Teilnehmerzahlen wird als äußerst kritisch angesehen.



Es wird angeregt, geeignete Maßnahmen zu treffen, um diesem Negativtrend entgegenzuwirken. Dabei sollte dem Umstand fortschreitender Digitalisierung Rechnung getragen werden.

■ ■ Produkt des Amtes 44: Musikschule

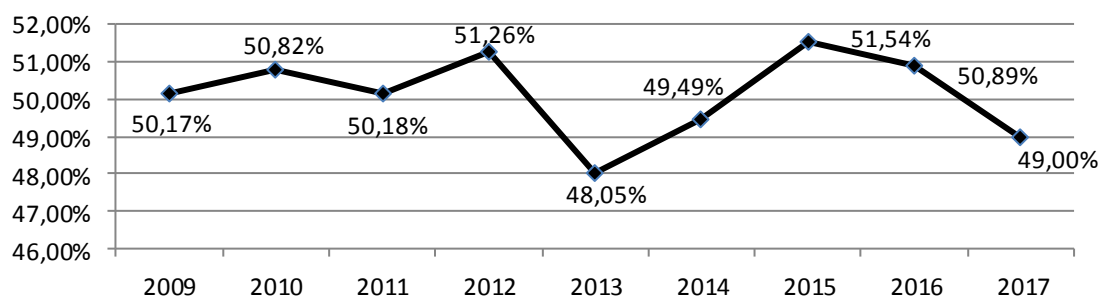
Produkt 2631 Musikschule

Ergebniskennzahlen	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	974	990	935	986	-12
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-1.988	-1.946	-1.950	-1.934	-54
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-1.014	-956	-1.015	-948	-66
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-1.014	-956	-1.015	-948	-66
Außerordentliches Ergebnis	0	0	70	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-1.014	-956	-945	-948	-66
Jahresergebnis (nach ILV)	-1.107	-1.061	-1.053	-1.062	-45

Das Produkt umfasst die Musikschule, die eine musikalische Grundversorgung bis hin zur Breiten- und Spitzenförderung bietet.

Der **Jahresfehlbetrag** vor ILV des Produktes von 1.014 T€ liegt 66 T€ über dem Haushaltsansatz und damit 58 T€ über dem Ergebnis des Jahres 2016.

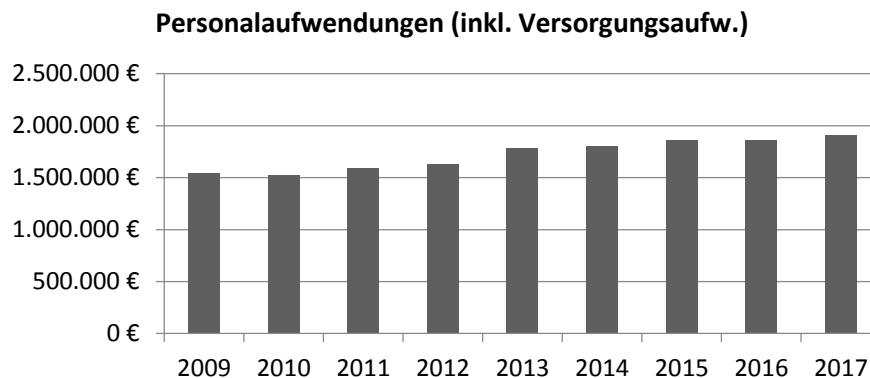
Der **Grad der Eigendeckung** der Musikschule ist dem nachfolgenden Diagramm zu entnehmen und verdeutlicht eine erneute Verschlechterung zum Vorjahr.



Die nachstehende Entwicklung zeigt die Jahresergebnisse der Jahre 2012 bis 2017.

	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Erträge	935.544	969.859	1.005.214	990.097	974.196
Aufwendungen	1.946.973	1.959.869	1.950.200	1.945.689	1.988.101
Fehlbetrag (vor ILV)	1.011.429	990.010	944.986	955.592	1.013.905
Fehlbetrag (nach ILV)	1.046.217	995.530	1.053.373	1.061.194	1.106.508

Die Erträge liegen 16 T€ unter, die Aufwendungen 42 T€ über dem Vorjahreswert. Betrachtet man die **Personalaufwendungen**, zeigt sich ein stetiger Anstieg seit 2011.



■ Verteilung der Schülerbelegungen

	2010	2011	2012	2013	2014*	2015	2016	2017
Gesamtanzahl Schüler (Pers.)	2.591	2.501	2.475	2.914	3.082	3.111	2.993	2.989
Grundfächer	411	357	355	608	610	583	604	550
Instrumental- und Vokalfächer	1.035	1.028	1.035	1.212	1.222	1.145	1.186	1.257
Ensemblefächer	470	461	423	386	370	395	366	264
Ergänzungsfächer	85	56	101	47	73	93	57	73
Sonstige	590	599	561	661	807	895	780	845

(Quelle: VdM Berichtsbögen)

* Seit 2013 werden die Daten in den VdM Berichtsbögen durchschnittsmäßig erhoben.

Die Entwicklung der Schülerbelegungen im Zeitablauf zeigt, dass Gesamtzahl der Schülerbelegungen nach einem deutlichen Anstieg in den Jahren 2013 und 2014 nunmehr seit 2015 tendenziell sinkt.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Der Jahresfehlbetrag der Musikschule vor ILV ist im Berichtsjahr erneut gestiegen. Auch der Fehlbetrag nach ILV liegt über dem Vorjahreswert und damit auf dem bisherigen Höchstwert.

Die Rechnungsprüfung bedauert, dass die Gesamtzahl der Schülerbelegungen abermals gesunken ist, wenn auch nur in marginalem Ausmaß. Um die kulturellen Aspekte der Gemeinschaft, wozu die musikalische Förderung zählt, zu erhalten bzw. zu stärken, sind weitere, wirtschaftlich tragfähige Unterrichtsmöglichkeiten im Stadtgebiet zu prüfen.

■ ■ Produkte des Amtes 45: Städtische Museen

Produkt 2511 Mittelrhein-Museum

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	89	96	108	92	-3
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-991	-965	-944	-976	15
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-902	-869	-836	-884	18
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-902	-869	-836	-884	18
Außerordentliches Ergebnis	0	0	117	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-902	-869	-719	-884	18
Jahresergebnis (nach ILV)	-1.694	-1.621	-1.240	-1.482	212

Das Produkt umfasst das Mittelrhein-Museum mit seinen umfangreichen Sammlungen (Kunstwerke und kulturhistorische Objekte).

Das Berichtsjahr stellt das vierte vollumfängliche Jahr nach der Eröffnung im Forum Confluentes dar. Während die Erträge seit 2014 am Sinken sind, ist bei den Aufwendungen im Berichtsjahr, gegenüber den beiden Vorjahren, weiterhin ein Anstieg zu verzeichnen. Ebenso unterliegt der Jahresfehlbetrag einer kontinuierlichen Steigerung.

Die nachstehende Tabelle zeigt die **Zuschussentwicklung** im konsumtiven Haushalt für dieses Produkt für die Jahre 2013 bis 2017.

(vor ILV)	2013(in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016(in €)	2017 (in €)
Erträge	79.207	143.523	225.137	96.137	89.099
Aufwendungen	1.111.940	1.358.214	944.256	964.807	991.547
Ergebnis/Verlust	1.032.733	1.214.691	719.119	868.670	902.448

Das Produkt erreicht einen **Eigenfinanzierungsanteil** von 8,99 % (2016: 10 %, 2015: 23,8 %), und ist damit weiterhin rückläufig. Die drastische Verschlechterung der Eigenfinanzierungsquote relativiert sich durch die Tatsache, dass in 2015 dem Produkt 2511 ein außerordentlicher Ertrag von rd. 117 T€ aus der Liquidierung der BUGA-GmbH zufloss. Gegenüber dem Vorjahr sind die Erträge jedoch abermals rückläufig. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die weiterhin gesunkenen Eintrittsgelder sowie der Tatsache, dass weniger Spenden akquiriert werden konnten.

Unter Zugrundelegung des Rechnungsergebnisses vor ILV beträgt die **Subvention jeder verkauften Eintrittskarte** im Berichtsjahr bei 12.635 Besuchern (inkl. freien Eintritts) **71,42 €** pro Gast (2016: bei 15.183 Besuchern 57,21 € 2015: bei 15.159 Besuchern 47,44 € 2014: bei 17.070 Besuchern 71,16 €). Bei Hinzuziehung der Einwohnerzahl der Stadt Koblenz beträgt der Subventionsbetrag **7,95 €** pro Einwohner (2016: 7,67 €, 2015: 6,43 €, 2014: 10,98 €).

Das **Jahresergebnis** verschlechtert sich um 18 T€ zum Ansatz, liegt damit aber fast in der Planung.

Im Haushaltsjahr 2016 wurden die geplanten Eintrittsgelder angepasst und der Ansatz auf 70.000 € gemindert. Dies resultierte aus den in den Vorjahren gemachten Erfahrungen.

Konnten in 2016 noch rund 62.700 € Eintrittsgelder gebucht werden, so ist im Berichtsjahr jedoch ein weiterer Abwärtstrend zu verzeichnen. In 2017 konnten lediglich ca. 47.000 € an Eintrittsgelder verbucht werden.

Auf Nachfrage, wie beabsichtigt sei, diesem Trend entgegenzuwirken, teilte das zuständige Fachamt mit, dass der Stadtrat einer Erhöhung des Eintrittsgeldes für die Sonderausstellungen ab dem 01.01.2018 beschlossen hat.

Weiterhin sei das Hauptproblem, dass durch die fehlende Bewerbung vielen Bürgern bis heute nicht bewusst sei, dass sich das Mittelrhein-Museum im Forum Confluentes befindet. Seit Jahren sei eine großflächige Werbetafel vor dem Gebäude geplant, die an der Fassade nicht angebracht werden darf. Diese soll nun in 2019 umgesetzt werden. Von einer großflächigen Bewerbung der aktuellen Ausstellungen erwartet sich das Fachamt eine Verbesserung der Besucherzahlen, daher soll die Entwicklung in 2019 noch abgewartet werden.

Die Ertragsveränderung gegenüber dem Vorjahr beläuft sich vornehmlich bei der Position der Spenden. Gegenüber dem Vorjahr musste ein Rückgang um rd. 21 T€ hingenommen werden.

Das Fachamt begründet dies damit, dass die Spendeneinnahmen von Jahr zu Jahr differieren; sie seien abhängig davon, zu welchen Projekten Spenden eingeworben werden. Im Berichtsjahr wurden verstärkt Ausstellungen in Zusammenarbeit mit Stiftungen und Sammlungen durchgeführt, die teilweise auch an anderen Orten gezeigt wurden. Diese Ausstellungen seien einerseits kostengünstiger, andererseits lassen sich schwieriger Spendengelder akquirieren.

Die Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um rund 27 T€ gestiegen. Ursächlich hierfür sind die **Personalkosten**. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um 47 T€ gestiegen. Dabei handelt es sich um Stellenanteile die unbesetzt waren und wiederbesetzt wurden, sowie um Pensionsrückstellungen.

Dagegen sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen als auch die sonstigen Aufwendungen um rund 23 T€ gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Während die Erträge seit dem Eröffnungsjahr kontinuierlich sinken, sind die Aufwendungen in 2017 nochmals leicht angestiegen. Die Tendenz für 2018 zeigt wieder eine Reduzierung der Aufwendungen.

Das Museum erhofft sich durch Bewerbung sowie durch eine Zusammenarbeit mit Unternehmen für Schiffstouren in den kommenden Jahren die Ertragslage steigern zu können.

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	172	86	164	79	93
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-931	-835	-804	-763	168
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-759	-749	-640	-684	75
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-759	-749	-640	-684	75
Außerordentliches Ergebnis	0	0	54	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-759	-749	-586	-684	75
Jahresergebnis (nach ILV)	-944	-938	-777	-859	85

Das Produkt umfasst das Ludwig-Museum, das insb. die Aufgabe der Erhaltung und des Ausbaus seiner Sammlung (Ludwig Stiftung) beinhaltet und internationale Ausstellungsprojekte und -kooperationen betreibt.

Die nachstehende Entwicklung zeigt die Zuschüsse im konsumtiven Haushalt für dieses Produkt für die Jahre 2013 bis 2017.

(vor ILV)	2013(in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016(in €)	2017(in €)
Erträge	214.927	180.957	217.703	86.085	172.029
Aufwendungen	1.040.584	1.020.025	804.286	835.386	931.100
Ergebnis/Verlust	825.657	839.068	586.583	749.301	759.041

Die **Eigenfinanzierungsquote** beträgt 18,5 % vor ILV und 16,9 % nach ILV und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 8 % vor und 7,6 % nach ILV gestiegen (2016: 10,3 %, 2015: 27,1 %; 2014: 18 %; 2013: 21 %).

Die **Subvention jeder verkauften Eintrittskarte** beträgt bei einem Jahresergebnis von 759 T€ und 15.879 Besuchern **47,50 €** (nach ILV: 59,45 €). Bezogen auf die Gesamtbesucherzahl (inkl. freien Eintritts) von 19.908 Besuchern liegt der Subventionsbetrag pro Gast bei 38,13 € und liegt damit etwas unter dem Vorjahresergebnis (2016: 43,38 €, 17.274 Besucher; 2015: 30,85 €, 19.014 Besucher). Bei Bemessung des Subventionsbetrages pro Einwohner der Stadt Koblenz ergibt sich für 2017 ein Betrag von 6,68 € (Vorjahr: 6,62 €).

Die Abweichung des **Jahresergebnisses** nach ILV zum Ansatz beträgt 86 T€; hinsichtlich des Vorjahres stellt es eine Verschlechterung um 6 T€ dar.

Die Erträge sind im Berichtsjahr gegenüber 2016 um das Doppelte gestiegen. Diese erfreuliche Entwicklung ist der Tatsache geschuldet, dass im Berichtsjahr wieder vermehrt Spenden akquiriert werden konnten. Die Eintrittsgelder hingegen sind gegenüber dem Vorjahr nahezu identisch geblieben.

Bei der Betrachtung der Ertragsentwicklung der letzten acht Jahre ist festzustellen, dass die Erträge seit dem Jahr 2010 von 291.351,45 € kontinuierlich, mit Ausnahme des BuGa-Jahres 2011, gesunken sind. Zwar konnten im Berichtsjahr die Erträge insofern gesteigert werden, so dass die Werte von 2014 (rd. 181.000 €) bzw. 2015 (rd. 164.000 €) wieder erreicht werden konnten, jedoch nicht annähernd die Erträge der Jahre 2010 bis 2013 (durchschnittlich: 270.000 €) Betrachtet man die einzelnen

Positionen etwas differenzierter, so sind die Mindererträge vor allem auf gesunkene Zuwendungen zurück zu führen. In den Jahren 2012 bis 2014 konnten noch Zuwendungen von durchschnittlich 135.221 € verbucht werden. Nach dem diese in den Jahren 2015 (86.005,00 €) und 2016 (59.500,00 €) erheblich zurückgegangen sind, konnten in 2017 erfreulicherweise wieder Zuwendungen in Höhe von rund 119.000 € verbucht werden. Trotzdem kann auch damit nicht mehr an die Jahre 2012 bis 2014 angeknüpft werden.

Die im Vorjahr erzielten privatrechtlichen **Erträge aus den Eintrittspreisen** sind im Berichtsjahr nahezu identisch; so wurden 40 T€ in 2017 eingenommen (**2016:** 39 T€, **2015:** 45 T€, **2014:** 38 T€, **2013:** 53 T€, **2012:** 34 T€, **2010:** 24 T€). Der Durchschnitt der Besucherzahl (aus Gründen der Vergleichbarkeit ohne die Besucher im BuGa-Jahr) beträgt seit Jahren zwischen 15.000 und 15.500. Im Berichtsjahr lag die Besucherzahl um ca. 4.000 Besucher über dem Durchschnitt.

Die **Erträge aus dem Verkauf von Katalogen** konnten erstmals in 2015 gesteigert werden. Laut Fachamt wurden in 2017 insgesamt 1.130 Kataloge verkauft. Der Gesamtbestand blieb, trotz Katalogneuerstellung, bei insgesamt 11.540 Katalogen.

Das Museum erhoffte sich durch den Ausbau der Dachterrasse, die im Mai 2017 von der Kulturdezernentin eingeweiht wurde, eine neue Möglichkeit der Generierung von Einnahmen. Tatsächlich konnte gegenüber den Vorjahren rund 2 T€ an Mieten und Pachten Mehreinnahmen verbucht werden.

Gegenüber dem Vorjahr sind Mehraufwendungen von 96 T€ zu verzeichnen. Diese beruhen im Wesentlichen auf Steigerungen bei den Personalaufwendungen (+ 33 T€) sowie bei den sonstigen laufenden Aufwendungen (+ 49 T€). Die Erhöhung bei den Personalaufwendungen beruhen auf einer Beförderung, der allgemeinen Tarifierhöhung sowie aus der Auszahlung angeordneter Überstunden aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle. Weitere Mehraufwendungen sind im Bereich der Transportkosten sowie den Annoncen festzustellen. Das Fachamt teilt hierzu mit, dass die teilweise immens hohen Kosten für Kunsttransporte oftmals durch Spenden oder Stiftungsgelder gegenfinanziert seien. Betrachtet man jedoch die Höhe der Zuwendungen und demgegenüber die Höhe der Aufwendungen, kann es sich hierbei nur um einen Bruchteil handeln.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Während die Aufwendungen des Berichtsjahres gegenüber dem Vorjahr um rund 100 T€ gestiegen sind, konnte durch, die ebenfalls gestiegen Erträge um rund 90 T€, dass Vorjahresergebnis nahezu gehalten werden.

Das Museum erhofft sich durch die Generierung von Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, die Erträge in den nächsten Jahren stabil halten zu können.

■ ■ Produkt des Amtes 46: Stadttheater

Produkt 2611 Stadttheater

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	7.330	7.242	7.046	7.378	-48
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-16.763	-15.661	-15.413	-16.812	49
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-9.433	-8.419	-8.367	-9.434	1
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-9.433	-8.419	-8.367	-9.434	1
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-9.433	-8.419	-8.367	-9.434	1
Jahresergebnis (nach ILV)	-9.541	-8.539	-8.491	-9.544	3

Das Produkt umfasst das Stadttheater, ein Mehrspartentheater mit Produktionen in den Bereichen Schauspiel, Oper, Operette, Musical, Ballett, Kinder- u. Jugendtheater.

Der Jahresfehlbetrag vor ILV des Stadttheaters liegt 1.014 T€ (Vorjahr: 52 T€) über dem Vorjahreswert, was einerseits durch gestiegene Erträge von 88 T€ und andererseits durch gestiegene Aufwendungen von 1.102 T€ zu begründen ist.

Bei den Erträgen sind es insbesondere die **Zuwendungen, allg. Umlagen und sonst. Transfererträge**, die rd. 192 T€ über dem Ertrag aus 2016 liegen. Dies begründet sich durch die gestiegene Landeszuwendung. Hingegen reduzierten sich die privatrechtlichen Entgelte, hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die Eintrittsgelder, um rd. 100 T€.

Bei den Aufwendungen sind auch in 2017 neben den **Sach- und Dienstleistungen** (Steigerung um rd. 576 T€) die **Personalaufwendungen** hervorzuheben, die rd. 494 T€ über den Aufwendungen des Vorjahres liegen. Gründe für die Steigerung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind u.a. Ausbaubeiträge, Aufwendungen für Sanierungen, Krankheitsfälle, externe Personaldienstleister sowie Steigerungen der Kosten des Staatsorchesters Rheinische Philharmonie. Die Steigerung der Personalaufwendungen begründet sich vorwiegend durch eine in 2017 erfolgte Tarifierhöhung sowie der Umsetzung tariflicher Ansprüche. Darüber hinaus kam es zu zahlreichen Einzeleffekten im künstlerischen Bereich.

■ Besucherentwicklung nach Kalenderjahren

Jahr	Besucher	Jahr	Besucher	Jahr	Besucher
2003	120.966	2008	75.070	2013	101.948
2004	106.551	2009	80.824	2014	89.844
2005	108.066	2010	81.917	2015	95.134
2006	94.255	2011	90.270	2016	98.241
2007	101.486	2012	86.365	2017	95.943

Quelle: Verwaltungsbericht 2017 des Stadttheaters Koblenz

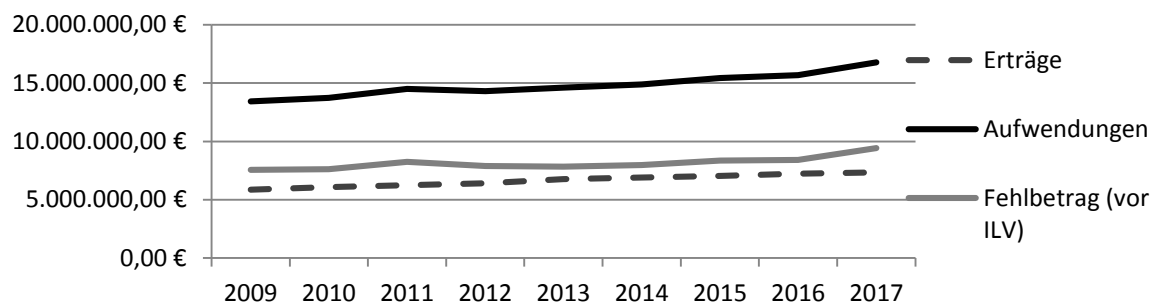
Bei einer Besucherzahl von 95.943 in 2017 ist das Stadttheater zu 77,4 % (77,0% im Vorjahr) ausgelastet. Das Einspielergebnis beträgt 9,3 % (10,5 % im Vorjahr). (Quelle: Verwaltungsbericht 2017 des Stadttheaters)



Die Betriebsausgabe je Besucher beträgt vor ILV 174,72 € (159,41 € im Vorjahr) und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht.

Die nachstehende Tabelle sowie das Diagramm zeigen die Jahresergebnisse des Stadttheaters im Zeitverlauf. Dabei wird ersichtlich, dass sich der Jahresfehlbetrag auf dem bisher höchsten Stand seit 2009 befindet, was hauptsächlich den steigenden Aufwendungen geschuldet ist, da sich die Erträge im Verlauf der Jahre stetig erhöht haben.

	2012 (in €)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Erträge	6.413.182	6.765.932	6.908.628	7.045.657	7.241.833	7.330.565
Aufwendungen	14.309.221	14.605.514	14.873.042	15.412.454	15.660.754	16.762.782
Verlust vor ILV	7.896.039	7.839.582	7.964.414	8.366.797	8.418.921	9.432.217
Verlust nach ILV	8.011.934	7.940.636	8.082.495	8.491.194	8.539.123	9.541.255



Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht den Stand des Koblenzer Stadttheaters im innerdeutschen Bereich für die Spielzeiten 2015/16 und 2016/17.

Stadt	Einwohner Stichtag: 01.01.2016	Besucher gesamt Theaterstatistik 2015/2016	Einspielergebnisse Theaterstatistik 2015/2016	Einwohner Stichtag: 01.01.2017	Besucher gesamt Theaterstatistik 2016/2017	Einspielergebnisse Theaterstatistik 2016/2017
Ingolstadt	132.438	150.956	13,6 %	133.639	135.227	15,8 %
Stadttheater, Regiebetrieb						
Heilbronn	122.567	166.667	17,9 %	123.771	157.555	19,6 %
Stadttheater, Eigenbetrieb						
Ulm	122.636	175.899	18,2 %	123.953	181.014	18,8 %
Stadttheater, Regiebetrieb						
Göttingen	118.914	100.982	14,7 %	119.177	94.060	15,7 %
Stadttheater, GmbH						
Pforzheim	122.247	124.768	16,0 %	123.493	114.920	16,8 %
Stadttheater, Regiebetrieb						
Fürth	124.171	90.777	36,9 %	125.403	89.036	38,0 %
Stadttheater, Regiebetrieb						
Bremerhaven	114.025	119.322	14,0 %	113.034	128.952	14,1 %
Stadttheater, Regiebetrieb						
Koblenz	112.586	90.574	10,6 %	113.605	81.072	10,7 %
Stadttheater, Regiebetrieb						
Erlangen	108.336	63.252	14,0 %	110.238	46.560	13,2 %
Stadttheater, Regiebetrieb						
Trier	114.914	87.252	7,7 %	110.111	85.748	10,5 %
Stadttheater, Regiebetrieb						
Moers	104.529	12.417	11,3 %	103.881	10.524	10,2 %
Schlosstheater, Träger: Stadt Moers und Kreis Wesel, gGmbH						
Kaiserslautern	98.520	123.632	12,1 %	99.302	127.672	11,5 %
Pfalztheater, Träger: Bezirksverband Pfalz, Regiebetrieb						
Schwerin	96.800	172.805	21,6 %	95.668	191.236	20,7 %
Staatstheater, Träger Stadt Schwerin zu 75%, gGmbH						
Neuwied	64.340	71.785	60,8 %	64.689	85.116	64,3 %
Landesbühne RLP, Träger: Stiftung Schlosstheater, gGmbH						

Quelle: Theaterstatistik Deutscher Bühnenverein, Auswahl deutsch. Städte zw. 95-127 T Einwohnern zum Stichtag 01.01.2012

Aufgrund regionaler sowie organisatorischer Ungleichheiten sind die Theaterstätten jedoch nur eingeschränkt zu vergleichen.

Aus der nachstehenden Übersicht wird der sich fortsetzende Rückgang an Abonnenten ersichtlich.



Spielzeit	Abonnenten	Spielzeit	Abonnenten
2004/2005	3.895	2011/2012	2.385
2005/2006	3.529	2012/2013	2.638
2006/2007	3.423	2013/2014	2.609
2007/2008	3.503	2014/2015	2.465
2008/2009	3.377	2015/2016	2.451
2009/2010	3.022	2016/2017	2.387
2010/2011	2.500	2017/2018	2.175

Quelle: Verwaltungsbericht 2017 des Stadttheaters Koblenz

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Der Jahresfehlbetrag des Stadttheaters ist in 2017 sehr deutlich gestiegen und liegt vor ILV 1.013 T€ über dem Vorjahreswert. Aus Sicht der Rechnungsprüfung ist der Rückgang an Besuchern insgesamt, aber vor allem der andauernde Rückgang der Abonnenten, verbunden mit einem Anstieg des Jahresfehlbetrages um 12,04 % als äußerst kritisch zu beurteilen.

Durch die anstehenden umfangreichen Sanierungsmaßnahmen am Theatergebäude, die zu einem nicht unerheblichen Teil über den konsumtiven Haushalt abgewickelt werden, ist auch für die kommenden Jahresabschlüsse mit einem deutlich steigenden Fehlbetrag zu rechnen.

■ ■ Produkte des Amtes 50: Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales

□ Produktübergreifende Prüfung

Das Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales bewirtschaftet 16 Produkte, deren Abschlussergebnisse zu folgendem **Gesamtergebnis** führen.

■ Gesamtabschluss – Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	83.098	78.547	68.485	83.852	-754
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-167.124	-166.897	-149.455	-172.122	4.998
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-84.026	-88.350	-80.970	-88.270	4.244
Finanzergebnis	7	10	17	9	-2
Ordentliches Ergebnis	-84.019	-88.340	-80.953	-88.261	4.242
Außerordentliches Ergebnis	0	0	189	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-84.019	-88.340	-80.764	-88.261	4.242
Jahresergebnis (nach ILV)	-85.716	-89.670	-82.055	-89.780	4.064

Im Rahmen eines **Soll-Ist-Vergleiches** zeigt sich, dass der **Jahresfehlbetrag (vor ILV)** des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales mit 84 Mio. € im Ergebnis 4,2 Mio. € bzw. 4,8 % geringer ausgefallen ist als der geplante Wert von 88,3 Mio. €. Ursächlich für diese Entwicklung waren im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit sowohl geringere Erträge von 754 T€ als auch geringere Aufwendungen von 5 Mio. €.

Die Aufwendungen und Erträge verteilen sich wie folgt auf:

■ **Sozialamt**

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	57.921	54.423	49.953	58.563	-642
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-102.729	-103.900	-93.410	-105.613	2.884
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-44.808	-49.477	-43.457	-47.050	2.242
Finanzergebnis	7	10	17	9	-2
Ordentliches Ergebnis	-44.801	-49.467	-43.440	-47.041	2.240
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-44.801	-49.467	-43.440	-47.041	2.240
Jahresergebnis (nach ILV)	-45.312	-49.784	-43.691	-47.408	2.096

■ **Jugendamt**

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	25.177	24.124	18.532	25.289	-112
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-64.395	-62.997	-56.045	-66.509	2.114
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-39.218	-38.873	-37.513	-41.220	2.002
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-39.218	-38.873	-37.513	-41.220	2.002
Außerordentliches Ergebnis	0	0	189	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-39.218	-38.873	-37.324	-41.220	2.002
Jahresergebnis (nach ILV)	-40.404	-39.885	-38.364	-42.372	1.968

Entwicklung des Eigendeckungsgrades des Amtes 50 in %:

2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
38,51	38,25	43,35	44,26	43,61	45,96	47,07	49,72

■ **Entwicklung der Jahresabschlussergebnisse des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales**

(vor ILV)	2012 (in T€)	2013 (in T€)	2014 (in T€)	2015 (in T€)	2016 (in T€)	2017 (in T€)
Erträge*	56.292	59.389	61.369	68.691	78.557	83.105
Aufwendungen*	129.851	134.223	140.779	149.455	166.897	167.124
Ergebnis/Verlust	73.556	74.822	79.390	80.764	88.340	84.019

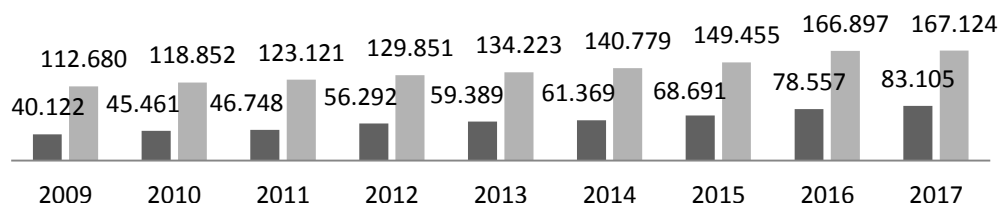
* ab 2015 inkl. BAB - Zeilen 21, 22, 25 und 26



Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr erneut um 5,8 % (Vorjahr: 14,4%) gestiegen, während die Aufwendungen im Berichtsjahr lediglich um 0,1 % zum Vorjahr zunahmen (Vorjahr: 11,7 %). Mithin verringerte sich der Jahresfehlbetrag (vor ILV) des Amtes 50 um 4,9 % bzw. um rd. 4,3 Mio. €

Jahresabschlüsse Amt 50 seit Doppikeinführung

■ Erträge in T€ ■ Aufwendungen in T€



Davon entfallen auf:

■ Sozialamt

(vor ILV)	2012 (in T€)	2013 (in T€)	2014 (in T€)	2015 (in T€)	2016 (in T€)	2017 (in T€)
Erträge*	36.536	40.684	42.870	49.970	54.433	57.928
Aufwendungen*	80.714	83.769	87.568	93.410	103.900	102.729
Ergebnis/Verlust	44.178	43.080	44.678	43.440	49.467	44.801

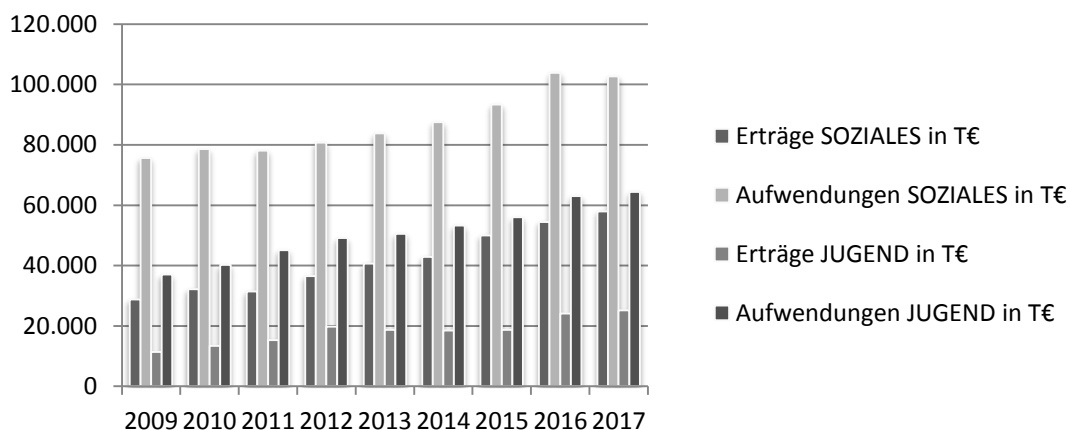
* ab 2015 inkl. BAB - Zeilen 21, 22, 25 und 26

■ Jugendamt

(vor ILV)	2012 (in T€)	2013 (in T€)	2014 (in T€)	2015 (in T€)	2016 (in T€)	2017 (in T€)
Erträge*	19.756	18.705	18.499	18.721	24.124	25.177
Aufwendungen*	49.137	50.454	53.211	56.045	62.997	64.395
Ergebnis/Verlust	29.381	31.742	34.712	37.324	38.873	39.218

* ab 2015 inkl. BAB - Zeilen 21, 22, 25 und 26

Vergleicht man die beiden Bereiche des Amtes 50, Soziales und Jugend, so lässt sich anhand des nachfolgenden Diagramms darstellen, dass die Aufwendungen im Jugendbereich weiterhin kontinuierlich, wenn auch in einem deutlich geringerem Tempo ansteigen. Im Sozialbereich ist demgegenüber erstmals seit Einführung des doppischen Haushaltswesens in 2009 eine Verringerung des Aufwandes, und zwar um rd. 1,2 Mio. € zu verzeichnen.



■ Entwicklung der Aufwendungen für die soziale Sicherung

Jahr	Aufwand für die soziale Sicherung
2011	105.304.243
2012	112.551.790
2013	116.394.575
2014	122.391.116
2015	130.025.777
2016	143.685.366
2017	142.945.535

Der in Zeile 17 der Ergebnisrechnung dargestellte Aufwand für die soziale Sicherung hat sich erstmals seit Einführung des doppischen Haushaltswesens geringfügig verringert und stagniert im Berichtsjahr bei rd. 143 Mio. €.

■ Entwicklung der Personalkosten

Jahr	Personal- und Versorgungsaufwand
2011	12.435.843
2012	11.284.001
2013	12.164.154
2014	12.795.793
2015	13.263.707
2016	14.420.289
2017	16.130.034

Die Personalaufwendungen des Amtes 50 fielen im Vorjahresvergleich erneut um 1.710 T€ (Vorjahr: 1.157 T€) höher aus. Im Jahresvergleich wird der stetige Anstieg seit 2012 deutlich.

■ Aufwendungen für Soziales pro Kopf der Bevölkerung

Jahr	Zuschuss in € vor ILV	Einwohnerzahl	Ø Zuschuss je Einwohner / €
2006	60.057.427	106.655	563,10
2007	57.900.221	106.529	543,52
2008	61.348.793	106.656	575,20
2009	72.567.227	106.562	680,99
2010	73.388.888	106.742*	687,54
2011	76.367.726	106.962*	713,97
2012	73.556.468	108.900*	675,45
2013	74.822.231	109.922*	680,68
2014	79.390.550	110.677*	717,32
2015	80.764.166	111.870*	721,95
2016	88.339.584	113.197*	780,41
2017	84.018.871	113.586*	739,69

Stand zum 31.12. * Quelle: Statistikstelle Stadt Koblenz

Gegenüber 2016 verringerte sich der Zuschussbetrag für Sozialleistungen bei einer um 389 Personen höheren Einwohnerzahl zum 31.12.2017 erfreulicherweise um **40,72 €/ Einwohner** (Vorjahr: Erhöhung um 58,46 €/ Einwohner).

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	35.068	33.698	32.647	33.895	1.173
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-62.047	-60.909	-56.378	-62.881	834
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-26.979	-27.211	-23.731	-28.986	2.007
Finanzergebnis	7	10	17	9	-2
Ordentliches Ergebnis	-26.972	-27.201	-23.714	-28.977	2.005
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-26.972	-27.201	-23.714	-28.977	2.005
Jahresergebnis (nach ILV)	-27.115	-27.292	-23.801	-29.115	2.000

Das Produkt umfasst die Gewährung von Hilfen zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Hilfen zur Gesundheit. Weiterhin beinhaltet es die Eingliederungshilfen für behinderte Menschen sowie Hilfen zur Pflege und zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten.

Die Entwicklung des Produktes im Zeitablauf ergibt folgendes Bild:

(vor ILV)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Erträge*	28.125.707	31.033.361	32.663.504	33.707.926	35.075.251
Aufwendungen*	53.260.753	56.030.582	56.377.606	60.909.037	62.046.723
Ergebnis/Verlust	25.130.107	24.997.221	23.714.102	27.201.111	26.971.472

* ab 2014 inkl. BAB - Zeilen 21, 22, 25 und 26

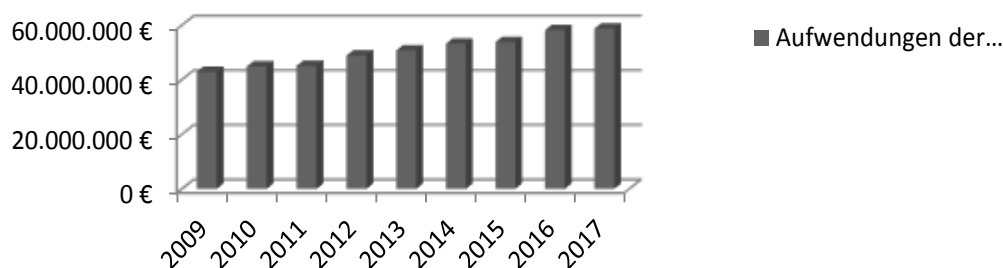
Der Jahresfehlbetrag des Produktes 3111 hat sich zum Vorjahr um rd. 230 T€ verringert. Mehrerträge von 1.367 T€ überstiegen die Mehraufwendungen von 1.138 T€.

Bei den Erträgen sind es vor allem die **Erträge der sozialen Sicherung**, die rd. 1.006 T€ über dem Ansatz und 1.371 T€ über dem Vorjahreswert liegen. Dies liegt insbesondere an einer Erhöhung der Pflegekassenleistungen nach dem SGB XI.

Im Bereich der Aufwendungen sind es neben den gestiegenen **Personal- und Versorgungsaufwendungen** (+ 570 T€) die **Aufwendungen der sozialen Sicherung**, die rd. 574 T€ über dem Wert aus 2016 liegen. Dies ist vorwiegend auf kontinuierliche Kostensteigerungen im Bereich der Hilfen nach dem SGB XII zurückzuführen.

Die Abweichung der Zeile 17 zum Ansatz in Höhe von 1.190 T€ ist, trotz der allgemein gestiegenen Sozialaufwendungen, auf die Erhöhung der Pflegekassenleistungen nach dem SGB XI im Bereich der Hilfe zur Pflege zurückzuführen.

Nachfolgendes Diagramm verdeutlicht die Entwicklung der Aufwendungen der sozialen Sicherung im Jahresverlauf.



Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Künftig werden die Aufwendungen der sozialen Sicherung wahrscheinlich weiter steigen. Hierfür lassen sich zahlreiche Gründe heranziehen. Die Zuwanderung nach Deutschland sei an dieser Stelle genauso exemplarisch erwähnt wie die demographische Entwicklung der Bevölkerung. Dies bedeutet, dass einer steigenden Zahl von Rentenempfängern einer stetig geringeren Anzahl an Einzahlern in die gesetzliche Rentenversicherung gegenübersteht. Diese und weitere Faktoren legen die Prognose nahe, dass die sozialen Belastungen der Kommunen in Deutschland nicht zurückgehen werden. Vielmehr stellt dieses demographische Ungleichgewicht eine der zentralen Herausforderungen der heutigen Zeit dar. Da seitens des Fachamtes nur in geringem Maße Handlungsspielraum besteht, ist es aus Sicht der Kommunen umso erfreulicher, dass z. B. die Aufwendungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung seit 2014 zu 100 % vom Bund getragen werden.

Produkt 3121

Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	13.577	10.543	8.913	13.293	284
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-27.584	-24.358	-22.293	-26.144	-1.440
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-14.007	-13.815	-13.380	-12.851	-1.156
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-14.007	-13.815	-13.380	-12.851	-1.156
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-14.007	-13.815	-13.380	-12.851	-1.156
Jahresergebnis (nach ILV)	-14.035	-13.831	-13.395	-12.878	-1.157

Das Produkt umfasst die Leistungen zum Lebensunterhalt für erwerbsfähige Personen und deren Angehörige auf Grundlage des SGB II.

Der Jahresfehlbetrag des Produktes 3121 hat sich zum Vorjahr geringfügig um 192 T€ erhöht. Zwar wurden Mehrerträge von 3.034 T€ erzielt, diese konnten aber die Mehraufwendungen von 3.226 T€ nicht kompensieren.

Die Erträge in Form von **Steuern und ähnlichen Abgaben** liegen zwar rd. 67 T€ unter dem Ansatz, aber rd. 97 T€ über dem Vorjahreswert. Diese Abweichung begründet sich

vorwiegend durch die Personalkostenabrechnung mit dem Jobcenter der Stadt Koblenz und den diesbezüglich zugrundeliegenden variablen Berechnungsfaktoren.

Bei den **Erträgen der sozialen Sicherung** ist ebenfalls eine Steigerung zum Vorjahr um enorme 2.925 T€ zu verzeichnen. Dies ist vorwiegend der gestiegenen Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung geschuldet.

Im Bereich der Aufwendungen fällt die Steigerung der **Aufwendungen der sozialen Sicherung** um 2.609 T€ zum Vorjahr besonders auf. Dies ist auf den erneuten Anstieg der Bedarfsgemeinschaften durch anerkannte Asylbewerber zurückzuführen.

Übersicht über die Bedarfsgemeinschaften

	Anzahl im Durchschnitt					
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Bedarfsgemeinschaften	4.787	4.619	4.606	4.794	5.082	5.399
Personen in Bedarfsgemeinschaften	9.319	8.955	8.912	9.308	9.565	10.312
Personen je Bedarfsgemeinschaft	1,95	1,94	1,93	1,94	1,88	1,91
Quelle: Geschäftsberichte des Jobcenters Koblenz der Jahre 2012- 2017						

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Der Fehlbetrag hat sich in 2017 gegenüber dem Vorjahr erhöht. Unter anderem durch die stark gestiegene Anzahl an Asylbewerbern ist in Zukunft aber mit weiteren Kostensteigerungen zu rechnen, wenn diese nach Abschluss des Verfahrens nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in die Sozialhilfe übergehen.

Es wird, wie bereits in den Vorjahren, empfohlen, sämtliche Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen und Leistungsgewährungen nach wie vor kritisch zu hinterfragen.

Produkt 3131 Hilfen für Asylbewerber

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	7.519	8.712	5.257	9.627	-2.108
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-8.845	-14.259	-8.338	-12.227	3.382
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-1.326	-5.547	-3.081	-2.600	1.274
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-1.326	-5.547	-3.081	-2.600	1.274
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-1.326	-5.547	-3.081	-2.600	1.274
Jahresergebnis (nach ILV)	-1.576	-5.679	-3.130	-2.714	1.138

Das Produkt umfasst die Versorgung und Betreuung von Asylbewerbern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Der Jahresfehlbetrag fällt im Vergleich zum Ansatz rd. 1.274 T€ besser aus als geplant. Diese Verbesserung resultiert aus Mindererträgen i.H.v. 2.108 T€ einerseits und Minderaufwendungen von 3.382 T€ andererseits.

Der Jahresfehlbetrag liegt rd. 4.221 T€ unter dem Vorjahreswert. Zwar wurden im Haushaltsjahr 2017 **Mindererträge der sozialen Sicherung** i. H. v. 1.193 T€ erzielt, allerdings hat der Rückgang insbesondere der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** um 551 T€, der **Aufwendungen der sozialen Sicherung** um 4.962 T€ sowie der **Sonstigen laufenden Aufwendungen** um 615 T€ diese Mindererträge deutlich kompensiert.

Bei den Erträgen sind es vorwiegend die **Erträge der sozialen Sicherung**, die 2.029 T€ unter dem geplanten Wert und 1.483 T€ unter dem Vorjahreswert liegen. Grund hierfür sind vorwiegend die geringeren Erstattungsleistungen des Landes nach dem Landesaufnahmegesetz aufgrund rückläufiger Fallzahlen.

Im Bereich der **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** sind Mehrerträge zum Vorjahr in Höhe von rd. 288 T€ (+ 100%) angefallen. Dabei handelt es sich um die Erstattung der Herrichtungskosten der BIMA-Wohnungen.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen sind insgesamt zum Vorjahr um 707 T€ gestiegen. Die Gründe hierfür liegen in der vermehrten Zahl an Mitarbeiter, die für die Betreuung der Asylbewerber abgestellt sind.

In den Zeilen 13, 17 und 18 konnten jedoch Minderaufwendungen erzielt werden. Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** liegen rd. 551 T€ unter dem Vorjahreswert (- 32,1 %), was hauptsächlich auf die Inbetriebnahme und Einrichtung des 2. Bauabschnittes der Gemeinschaftsunterkunft Fritsch-Kaserne in 2016 zurückzuführen ist.

Die **Aufwendungen der sozialen Sicherung** liegen 2.596 T€ unter dem geplanten Wert und 4.962 T€ unter dem Vorjahreswert. Dies liegt einerseits an einer geringeren Anzahl an Leistungsbeziehern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und andererseits an dem Ausbleiben einer erwarteten Erhöhung der Leistungssätze.

Auch die **Sonstigen laufenden Aufwendungen** liegen 256 T€ unter dem angesetzten Betrag und 615 T€ (mithin 34 %) unter dem Wert des Jahres 2016. Diese Minderaufwendungen begründen sich mit der Absenkung der Vertragsleistungen an die Koblenzer Wohnbau im Zusammenhang mit der Erst- und Ersatzbeschaffung von Einrichtungsgegenständen der BIMA-Wohnungen.

(vor ILV)	2012 (in €)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Erträge*	483.998	871.731	1.205.887	5.257.012	8.711.722	7.518.842
Aufwendungen*	1.913.006	3.193.206	4.318.064	8.337.834	14.258.825	8.845.158
Ergebnis/Verlust	1.429.008	2.321.475	3.112.177	3.080.822	5.547.103	1.326.316

* ab 2015 inkl. BAB - Zeilen 21, 22, 25 und 26

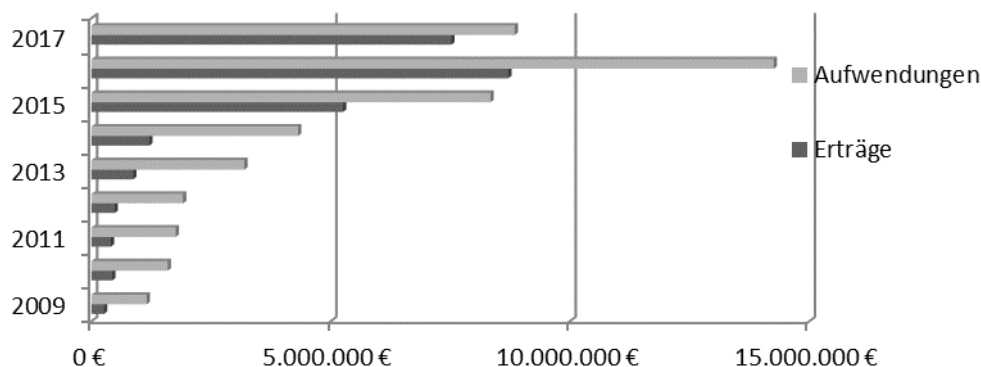
Der Rückgang an Hilfeempfängern ist der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen.

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Hilfeempfänger zum 31.12. d.J.	240	260	272	459	644	1.234	1.739	1.109

Quelle: Jahresberichte des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales

Das nachfolgende Schema verdeutlicht das Verhältnis der Erträge und Aufwendungen des Produktes 3131 im Zeitverlauf.





Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Zwar ist die Anzahl an Flüchtlingen in Koblenz im Jahr 2017 deutlich gesunken. Durch die weltweit steigende Zahl der Flüchtlinge aus immer mehr Krisen- und Kriegsgebieten besteht aber weiterhin eine erhöhte Wahrscheinlichkeit der Zunahme an Asylbegehrenden.

Aus der Sicht der Rechnungsprüfung ist erneut nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass sicherzustellen ist, dass sämtliche abrechnungsfähigen Sachverhalte geltend zu machen sind, um die Aufwendungen im Rahmen der Möglichkeiten zu kompensieren.

Positiv ist anzumerken, dass zum Zeitpunkt der Berichtserstellung die Abrechnung nach dem AsylBewLG für das zweite Halbjahr bereits erstellt, geprüft und dem Land vorgelegt wurde. Die Abrechnung beinhaltet auch die Verrechnung der in den Jahren 2016 bis erstes Halbjahr 2017 durch einen Abrechnungsfehler zu viel erhaltenen Zuwendungen i.H.v. rd. 1,7 Mio. €. Entsprechend wird das Ergebnis 2019 im Produkt 3131 schlechter ausfallen.

Produkt 3611 Förderung v. Kindern in Tageseinricht. u. -pflege

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	15.433	14.255	13.066	15.257	176
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-31.390	-29.881	-28.114	-31.823	433
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-15.957	-15.626	-15.048	-16.566	609
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-15.957	-15.626	-15.049	-16.566	609
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-15.957	-15.626	-15.049	-16.566	609
Jahresergebnis (nach ILV)	-15.973	-15.647	-15.060	-16.581	608

Das Produkt umfasst die Übernahme von Elternbeiträgen/Essensbeiträgen, die Sach- und Personalkosten (Förderung anderer Träger), die Zuschüsse an freie Träger, die Sprachförderung, den Betreuungsbonus des Landes und die Tagespflege.

Eine Übersicht der bestehenden Einrichtungen und Plätze zeigt nachfolgende Tabelle.

Einrichtungsform	Anzahl	TZ- Plätze	Ganztags- Plätze	Hort- Plätze	Krippen- Plätze	Plätze gesamt
Kindergarten	54	1.880	1.700	249	339	4.168
Kinderhort	3	0	0	90	0	90
Kinderkrippe	4	0	0	0	61	61
Haus f. Kinder	4	25	137	100	88	350
Einrichtungen/Plätze gesamt	65	1.905	1.837	439	488	4.669

Quelle: Jahresbericht 2017, Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales, Seite 104

Insgesamt haben sich die Plätze geringfügig um 19 gegenüber dem Vorjahr erhöht, wobei die Steigerung insbesondere im Bereich der Ganztagsplätze zu verzeichnen ist.

Das **Jahresergebnis** vor ILV des Produktes fällt 609 T€ besser aus als geplant. Im Vergleich zu 2016 fällt der **Jahresfehlbetrag** 331 T€ höher aus. Damit liegt der Jahresfehlbetrag im Mehrjahresvergleich auf dem bislang höchsten Wert.

(vor ILV)	2012 (in €)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Erträge*	14.932.571	13.830.383	12.618.414	13.065.509	14.255.224	15.432.496
Aufwendungen*	24.139.260	25.441.856	26.418.609	28.114.297	29.881.478	31.389.852
Ergebnis/Verlust	9.206.689	11.605.182	13.800.195	15.048.788	15.626.254	15.957.356

* ab 2015 inkl. BAB - Zeilen 21, 22, 25 und 26

Dies ist Mehraufwendungen von 1.508 T€ geschuldet, die durch ein Plus an Erträgen von 1.177 T€ nicht kompensiert werden konnten.

Im Bereich der Erträge sind es insbesondere die **Erträge der sozialen Sicherung**, die 1.457 T€ über dem Vorjahreswert liegen. Dies begründet sich vorwiegend durch die Kostenbeteiligung des Landes an den Personalkosten in Kindertageseinrichtungen.

Bei den Aufwendungen sind es insbesondere die **Aufwendungen der sozialen Sicherung**, die zwar 542 T€ unter dem geplanten Betrag liegen, allerdings 1.443 T€ über dem Wert des Jahres 2016. Ursächlich hierfür sind entsprechende Zahlungen aus dem Bereich der Sach- und Personalkostenzuschüsse sowie entsprechende Abschlagszahlungen an freie Träger.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Der Jahresfehlbetrag liegt mit knapp 16 Mio. € erneut über dem Vorjahreswert und damit auf dem bisherigen Höchststand. Gesetzliche Vorgaben erschweren es, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Das Hauptaugenmerk des Amtes 50, den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz zu erfüllen, erachtet die Rechnungsprüfung ebenfalls als enorm wichtig. Da seit dem 01.08.2010 Zweijährige und ab dem 01.08.2013 Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres einen Anspruch auf einen Kita-Platz haben, wird es von Seiten der Rechnungsprüfung als unwahrscheinlich erachtet, dass sich der Jahresfehlbetrag des Produktes ohne vermehrte Förderungen des Bundes oder des Landes RLP in künftigen Jahren reduziert. Auch die verstärkte Zuwanderung von Flüchtlingsfamilien ist hier ein wesentlicher Kostenfaktor.

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	5.553	6.176	3.502	6.048	-495
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-22.415	-23.112	-20.432	-23.792	1.377
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-16.862	-16.936	-16.930	-17.744	882
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-16.862	-16.936	-16.930	-17.744	882
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-16.862	-16.936	-16.930	-17.744	882
Jahresergebnis (nach ILV)	-16.968	-16.995	-17.009	-17.849	881

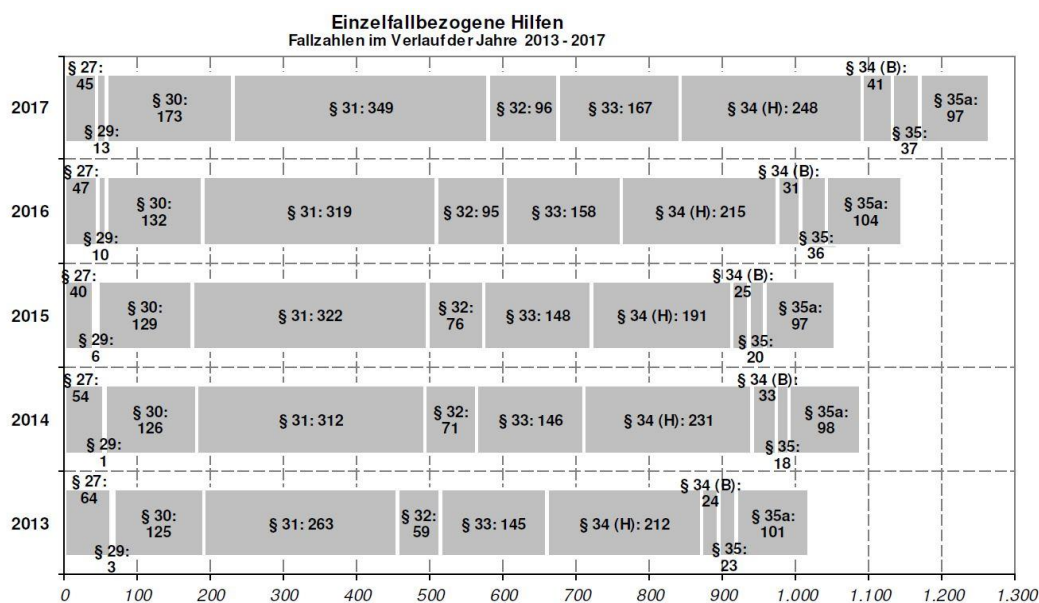
Das Produkt umfasst die Jugendsozialarbeit, den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz, die allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie, die Hilfen zur Erziehung, die vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und die Jugendgerichtshilfe.

Der **Jahresfehlbetrag** vor ILV des Produktes ist 882 T€ geringer ausgefallen als geplant, bedingt durch Mindererträge von 495 T€ sowie Minderaufwendungen von 1.377 T€. Im Vergleich zu 2016 fällt der Fehlbetrag von 16.862 T€ (vor ILV) 74 T€ geringer aus. Grund hierfür sind Mindererträge von 623 T€ sowie Minderaufwendungen von 697 T€.

Die **Erträge der sozialen Sicherung** sind zum Ansatz um rd. 518 T€ niedriger und zum Vorjahr um rd. 620 T€ niedriger ausgefallen, was auf eine Abschlagszahlung im Rahmen der Kostenbeteiligung des Landes im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer zurückzuführen ist, die erst im nachfolgenden Haushalt 2018 abgebildet wird.

Die **Aufwendungen der sozialen Sicherung** liegen 1.420 T€ unter dem Ansatz und 768 T€ unter dem Vorjahrwert. Dies ist auf Minderausgaben in den Bereichen Vollzeitpflege, sozialpädagogische Familienhilfe sowie der Heimerziehung zurückzuführen.

Die **Fallzahlentwicklung** im Bereich Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe (§§ 27-35, 35a SGB VIII) zeigt die folgende Abbildung des Jahresberichtes 2017 des Amtes 50:



Abschließendes Urteil & Empfehlung:

In 2017 sind die Fallzahlen deutlich gestiegen und liegen damit auf dem bisherigen Rekordhoch. Positiv ist allerdings festzustellen, dass die Entwicklung der Fallzahlen im Berichtsjahr konträr zur Finanzentwicklung, die im Bereich der sozialen Sicherung mit 768 T€ unter dem Vorjahresergebnis liegt. Ein möglicher Grund hierfür könnte eine kürzere Verweildauer im Einzelfall in der Vollzeitpflege, der sozialpädagogischen Familienhilfe oder in der Heimerziehung sein. Hierzu bedarf es in den Folgejahren einer detaillierten Betrachtung.

Veränderungen begründen sich jedoch nicht im Handeln des Jugendamtes, sondern sind vielmehr das Ergebnis sozialer Entwicklungen. Für die Folgejahre existieren keine Anhaltspunkte, die erkennen lassen, dass sich die Fallzahlen spürbar rückläufig entwickeln werden, was entsprechend bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigen ist. Umso wichtiger sind daher weiterhin Bestrebungen, Einsparpotentiale zu identifizieren und zu realisieren.

Produkt 3651

Tageseinrichtungen für Kinder

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	2.154	1.966	1.660	1.795	359
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-4.816	-4.539	-4.207	-4.708	-108
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-2.662	-2.573	-2.547	-2.913	251
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-2.662	-2.573	-2.547	-2.913	251
Außerordentliches Ergebnis	0	0	189	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-2.662	-2.573	-2.358	-2.913	251
Jahresergebnis (nach ILV)	-3.422	-3.258	-3.035	-3.656	234

Das Produkt umfasst die städtischen Kindertagesstätten Metternich, Neuendorf, Rübenach und Güls sowie die Kindertagesstätten in städtischer Bauträgerschaft. Ferner beinhaltet es den Sozialfond Mittagessen.

Die wesentlichen **Kennzahlen der Einrichtungen** werden nachfolgend dargestellt.

	Eulenhorst, Metternich	Pustblume, Neuendorf	Zauberland, Rübenach	Rappelkiste, Güls
2011				
Aufwand	914.604 €	1.072.899 €	732.435 €	759.164 €
Kapazität Ø	110	140,33	95	82
Belegung Ø	106	135	93,25	80,92
Kosten/Belegung	8.628 €	7.947 €	7.855 €	9.382 €
Auslastung	96,36 %	96,20 %	98,16 %	98,68 %
2012				
Aufwand	936.024 €	1.062.884 €	705.622 €	767.340 €
Kapazität Ø	110	152	95	82
Belegung Ø	105,67	139,58	87,25	76,83
Kosten/Belegung	8.858 €	7.615 €	8.087 €	9.988 €
Auslastung	96,06 %	91,83 %	91,84 %	93,70 %



2013				
Aufwand	924.328 €	1.097.410 €	717.054 €	783.044 €
Kapazität Ø	115	152	95	82
Belegung Ø	107,25	144,5	86	72,58
Kosten/Belegung	8.618 €	7.595 €	8.338 €	10.789 €
Auslastung	93,26 %	95,07 %	90,53 %	88,51 %
2014				
Aufwand	740.634 €	1.047.062 €	643.089 €	842.587 €
Kapazität Ø	125	162	95	97
Belegung Ø	111,25	156,67	93,08	82,42
Kosten/Belegung	6.657 €	6.683 €	6.909 €	10.223 €
Auslastung	89,00 %	96,71 %	97,98 %	84,97 %
2015				
Aufwand	929.022 €	1.301.365 €	754.809 €	1.267.735 €
Kapazität Ø	125	162	95	127
Belegung Ø	100,67	155	90,75	88,25
Kosten/Belegung	9.228 €	8.396 €	8.317 €	14.365 €
Auslastung	80,54 %	95,68 %	95,53 %	69,49 %
2016				
Aufwand	902.319 €	1.231.927 €	736.738 €	1.228.982 €
Kapazität Ø	125	155,33	95	127
Belegung Ø	101,92	150,58	92,42	108,25
Kosten/Belegung	8.853 €	8.181 €	7.972 €	11.353 €
Auslastung	81,54 %	96,94 %	97,28 %	85,24 %
2017				
Aufwand	973.928 €	1.410.990 €	767.667 €	1.283.351 €
Kapazität Ø	111,25	132,83	100	137
Belegung Ø	104,33	129,75	93,42	123,17
Kosten/Belegung	9.335 €	10.875 €	8.217 €	10.419 €
Auslastung	93,78 %	97,68 %	93,42 %	89,91 %

Quelle: Datenangaben des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales

Der Jahresfehlbetrag vor ILV des Produktes ist zum Ansatz 251 T€ geringer ausgefallen, zum Vorjahr allerdings um 89 T€ gestiegen.

Die Ergebnisentwicklung im Zeitablauf ergibt folgendes Bild:

(vor ILV)	2012 (in €)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Erträge*	1.295.476	1.474.176	1.681.676	1.849.611	1.965.972	2.153.947
Aufwendungen*	3.937.753	4.015.437	4.340.059	4.207.506	4.539.270	4.815.866
Ergebnis/Verlust	2.642.277	2.541.262	2.658.383	2.357.895	2.573.298	2.661.919

* ab 2015 inkl. BAB - Zeilen 21, 22, 25 und 26

Die **Erträge der sozialen Sicherung** liegen rd. 363 T€ über dem geplanten Wert und 200 T€ über dem Vorjahresbetrag. Dies ist auf Mehrerträge aus der Zuweisung des Betreuungsgeldes und eine gestiegene Kostenerstattung des Landes im Bereich der Personalkosten für die städtischen Kindertagesstätten zurückzuführen.

Neben gestiegenen **Personalaufwendungen** sind es die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**, die 104 T€ über dem angesetzten Betrag und 130 T€ über dem Vorjahreswert liegen. Diese Mehraufwendungen sind vorwiegend auf eine Erhöhung der laufenden Geldleistung für Kindertagespflegepersonen zurückzuführen.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Das Ergebnis 2017 hat sich zum Vorjahr um rd. 89 T€ verschlechtert. Betrachtet man das Jahresergebnis nach ILV ergibt sich eine Verschlechterung um rd. 164 T€.

Aus der Sicht der Rechnungsprüfung sind die vorhandenen Gruppen nach wie vor, wenn nicht schon geschehen, mit der höchstmöglichen Zahl von Kindern zu besetzen, sofern dies nicht der Betreuungsqualität entgegensteht. Wie die dargestellte Statistik zeigt, wurden die Kapazitätsgrenzen der vier Kitas noch nicht gänzlich ausgeschöpft.



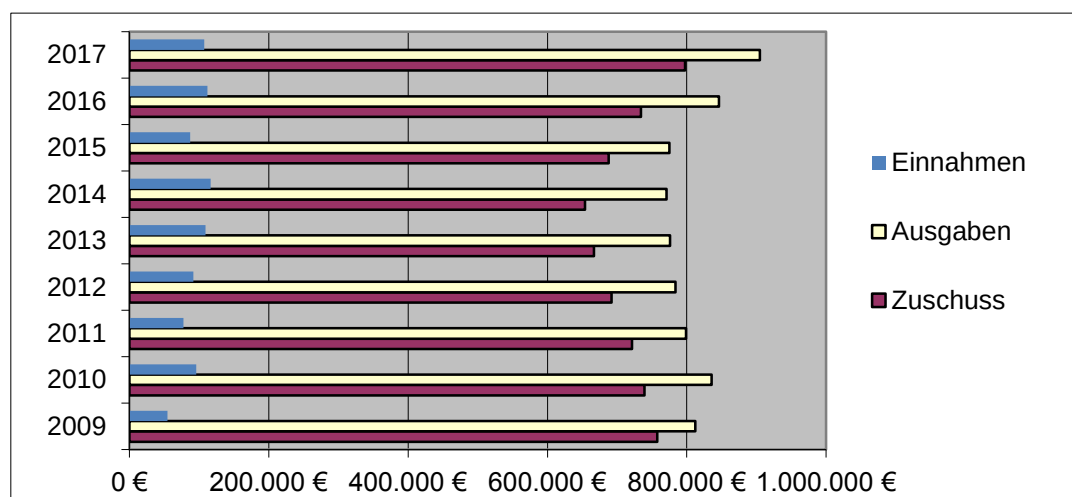
Produkt 4211 Förderung des Sports

Ergebniskennzahlen	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	108	112	106	104	4
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-905	-846	-871	-892	-13
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-797	-734	-765	-788	-9
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-797	-734	-765	-788	-9
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-797	-734	-765	-788	-9
Jahresergebnis (nach ILV)	-800	-736	-767	-791	-9

Dieses Produkt umfasst die Sportverwaltung und die Sportförderung.

Der **Eigendeckungsgrad** des Produktes hat sich nach den deutlichen Rückgängen der Vorjahre mit einem Tiefststand von 9,3 % auf 14,1 % in 2014 erholt und fällt im weiteren Verlauf kontinuierlich wieder bis auf **11,9 %** in 2017.

Insgesamt niedrigere Erträge bei höheren Aufwendungen prägen das Bild.



Die **Erträge** aus Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonst. Transfererträgen weisen im Berichtsjahr mit 58 T€ (Vorjahr: 64 T€) einen leichten Rückgang von 10 % auf. Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen bleiben mit 47 T€ konstant zum Vorjahr.

Der Anteil der **Personalaufwendungen** einschließlich der Versorgungsaufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit beträgt **25,4 %**. Mit einem Aufwand von 230 T€ im Berichtsjahr (Vorjahr 203 T€) wird der Vorjahreswert im Wesentlichen durch gestiegene Pensionsrückstellungen deutlich um 27 T€ übertroffen. Der Anteil der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** am Jahresergebnis bewegt sich mit 1,6 % exakt auf dem Vorjahresniveau.

Die **sonst. laufenden Aufwendungen** liegen im Berichtsjahr mit 75 T€ deutlich über dem Haushaltsansatz von 55 T€. Hauptkostenfaktor hierfür ist ein Mietvertrag zwischen der Stadt Koblenz und der Koblenzer Wohnbau GmbH über die Anmietung einer Containeranlage (Nutzung als Umkleide mit Duschen) auf dem Sportplatz Scharwiesenweg. Seit dem 01.05.2009 werden jährliche Mieten i. H. v. 36.955,70 € zzgl. Nebenkosten an die Koblenzer Wohnbau GmbH gezahlt. Das Mietverhältnis ist auf die Dauer von 20 Jahren geschlossen und frühestens nach 10 Jahren kündbar.

Die Rechnungsprüfung kritisiert den Abschluss dieses Mietvertrages als Inhouse-Geschäft aufgrund der frühestmöglichen Kündigungsmöglichkeit nach 10 Jahren. Durch diesen Umstand wurden bereits Mietzahlungen von mindestens 370 T€ zzgl. Nebenkosten geleistet, obwohl man von lediglich 214.100 € an Baukosten für diese Anlage ausgegangen war. Ein direkter Kauf wäre hier die bessere Option gewesen.

Die Stadt Koblenz übernimmt mit dem Auslaufen der Abschreibungen die Containeranlage ab dem 30.04.2019 und erstattet der Wohnbau GmbH im Gegenzug rd. 30 T€ für die restlichen Baukosten (Erschließungskosten, Fundamente, etc.)

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Die Wirtschaftsführung des zuständigen Fachamtes entspricht im Berichtsjahr den ursprünglich anvisierten Haushaltsplanungen. Nennenswerte Planabweichungen haben sich nicht ergeben.

Als größte Position der Aufwendungen stehen neben den Zuwendungen, Umlagen und sonst. Transferaufwendungen die **Personalkosten** an erster Stelle. Somit würden strukturelle Einsparbemühungen unweigerlich in den Bereich der Personalkosten führen.

An dieser Stelle wird **erneut** die Einschätzung des Vorjahres wiederholt, dass zu hinterfragen wäre, ob sich die Gewährung der Sportförderung an Vereine/Sportler vom Verfahrensablauf her (organisatorisch) vereinfachen ließe, um so **strukturelle Einsparungen** erzielen zu können.

Synergien könnten sich nach Ansicht der Rechnungsprüfung insb. durch eine Bündelung artverwandter Aufgaben innerhalb der Verwaltung ergeben, die auf **organisatorischen (strukturellen) Veränderungen** aufbauen.

Produkt 4241 Sportstätten und Bäder

Ergebniskennzahlen	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	676	1.257	2.031	1.814	-1.138
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-4.593	-4.325	-4.485	-4.674	81
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-3.917	-3.067	-2.454	-2.860	-1.057
Finanzergebnis	-9	0	0	0	-9
Ordentliches Ergebnis	-3.926	-3.068	-2.454	-2.860	-1.066
Außerordentliches Ergebnis	0	0	78	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-3.926	-3.068	-2.376	-2.860	-1.066
Jahresergebnis (nach ILV)	-5.402	-4.455	-3.519	-4.467	-935

Das Produkt umfasst alle Sportstätten, insb. das Stadion Oberwerth, die Sporthallen, -plätze und Sporteinrichtungen, die Hallen- und Freibäder sowie die Freizeitanlagen und den Hilfsbetrieb Sportstättenunterhaltung.

Mit einer Halbierung im Berichtsjahr verzeichnet der **Eigendeckungsgrad** gerade noch **14,7 %** vor ILV.

(Vor ILV)	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eigendeckungsgrad	14,32%	15,63%	49,99%	47,04%	29,07%	14,71%

Die Einschätzung der Rechnungsprüfung, dass sich der Eigendeckungsgrad des Produktes trotz der Besonderheiten der Jahre 2014/15 durch den Verkauf des Stadtbades langsam aber sicher an die Werte der Vorjahre anpassen wird, hat sich an bewahrheitet und wird auch für die Zukunft unverändert angenommen.

Die **Ergebnisse der Jahre 2012 – 2017** unterliegen im Betrachtungszeitraum einer deutlichen Schwankungsbreite. Der Verlust von 3.917 T€ im Berichtsjahr liegt rd. 28 % über dem Vorjahreswert und 30 % über dem Mittelwert der Jahre 2011 bis 2017.

Legt man jedoch den Mittelwert (Ergebnis nach ILV der Jahre 2011 - 2017) von 4,719 Mio. € als Maßstab an, so zeigt sich, dass der Verlust im Berichtsjahr mit 5.402 T€ oder 14 % deutlich darüber notiert.

(nach ILV)	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ergebnis/Verlust	6.271.919	5.134.357	3.534.886	3.518.611	4.455.173	5.402.009

Insgesamt zeigt sich, dass die Jahre 2011 – 2017 in Ihrer Ausprägung ein gemischtes Bild aufzeigen, indem drei Berichtsjahre über bzw. unter dem Mittelwert rangieren. Tendenziell lässt die Entwicklung der vergangenen drei Jahre eine negative Entwicklung erkennen.

(vor ILV)	2012 (in €)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Erträge	1.046.243	954.385	3.548.440	2.109.757	1.257.407	675.577
Aufwendungen	7.303.967	6.106.204	7.097.722	4.485.387	4.324.925	4.601.381
Ergebnis/Verlust	6.257.724	5.151.819	3.549.282	2.375.630	3.067.518	3.925.804

Das **Ergebnis** vor ILV hat sich gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich um 28 % oder 858 T€ verschlechtert. Das Ergebnis nach ILV hat sich ebenfalls um 21,3 % oder 947 T€ verschlechtert.

Die **Ertragsseite** befindet sich seit dem Jahr 2015 in einer sehr negativen Entwicklung. Bereits im Jahr 2015 verzeichnen die Erträge einen ersten Einbruch von 1,517 Mio. € gegenüber dem Jahr 2014. Im Folgejahr ist ein weiterer Rückgang von 774 T€ zu verzeichnen und im aktuellen Berichtsjahr musste eine weitere Minderung von 581 T€ oder 46,2 % auf nunmehr lediglich 676 T€ hingenommen werden.

Im Berichtsjahr sind im Wesentlichen rückläufige **Erträge** für die Verschlechterung des Ergebnisses verantwortlich. Maßgeblich sind hier die sonstigen laufenden Erträge zu nennen, die 440 T€ unter dem Vorjahresergebnis liegen (Vorjahr: 480 T€). Während die Vorjahre durch die anteilige ertragswirksame Auflösung der im Jahr 2014 gebildeten Rücklage bis in das Jahr 2016 geprägt waren (Rücklage gem. § 62 Abgabenordnung (AO) im Bereich der BgA's „Bäder“) trägt dieser Umstand nicht mehr zu einem positiven Ertrag im Berichtsjahr bei.

Die **sonstigen laufenden Erträge** liegen mit 39 T€ weit hinter dem Haushaltsansatz von 1,006 Mio. €. Dies liegt daran, dass der erwartete Ertrag aus der Übertragung des Eigentums am Sportplatzes "Steinstraße" an die Koblenzer Wohnbau im Wert von rd. 1,0 Mio. Euro zwar im Haushaltsansatz abgebildet wurde, aber der



Eigentumsübergang tatsächlich im Berichtsjahr nicht stattgefunden hat. Nach Auskunft des Sportamtes wurde eine Nutzung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus durch die Koblenzer Wohnbau GmbH in Erwägung gezogen, jedoch aufgrund vorgefundener Altlasten auf dem Grundstück bislang nicht realisiert. Eine abschließende Entscheidung ist in dieser Angelegenheit noch nicht getroffen worden.

Auch der Bereich der **Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträge** bricht von 211 T€ auf nunmehr 69 T€ im Berichtsjahr ein. Dieser Rückgang von 142 T€ beruht auf der verzögerten Erneuerung der Lichtbänder der CGM-Arena, für die Landesmittel als Zuwendung bereitgestellt und abgerufen werden können.

Die **Aufwendungen** des Berichtsjahres verzeichnen insgesamt einen leichten Anstieg um 6,2 % oder 268 T€ und tragen damit zu einer weiteren Verschlechterung des Ergebnisses bei.

Maßgeblich sind hier die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** zu nennen, die mit 1,015 Mio. € rd. 130 T€ über dem Vorjahreswert liegen. Ursächlich dafür ist die Instandsetzung der Regeltechnik der Heizung vor Beginn der Heizperiode.

In den **Bereichen Personal- und Versorgungsaufwendungen** sind nur geringe Abweichungen festzustellen, die keine signifikanten Auswirkungen darstellen. Wie auch schon in den Vorjahren festgestellt, haben wesentliche Veränderungen der Vergangenheit in der Zuordnung von Mitarbeitern auf Kostenstellen und der Veränderung von Verrechnungsschlüsseln bei der Verrechnung von Kostenstellen auf Produkte beruht. Im Berichtsjahr sind keine derartigen Veränderungen mehr festzustellen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass es in sämtlichen Aufwandsarten lediglich zu Verlagerungen zum zentralen Gebäudemanagement gekommen ist, die über die interne Leistungsverrechnung wieder korrigiert werden. Es kann festgestellt werden, dass die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (ILV) gegenüber dem Vorjahr eine leichte Erholung von 104 T€ aufweisen und sich bei rd. 1,5 Mio. € ein erster Stabilisierungsversuch abzeichnet. Diese Entwicklung bleibt auch zukünftig im Fokus der Rechnungsprüfung.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Die Wirtschaftsführung des zuständigen Fachamtes im Haushaltsjahr entspricht nicht den ursprünglich anvisierten Haushaltsplanungen.

Mit der Implementierung und kontinuierlichen Weiterentwicklung des **Zentralen Gebäudemanagements** verbindet die Rechnungsprüfung – neben den bereits erzielten – noch weitere **Synergieeffekte**, die durch die Aufgabenbündelung eine bessere Beurteilung, Planung und Überwachung des laufenden Unterhaltungsaufwands zulassen. Dieser Umstand ist jedoch noch nicht spürbar eingetreten, so dass der Fokus der Rechnungsprüfung auch zukünftig auf der Beobachtung dieser Entwicklung liegen wird.

Weitere **Konsolidierungsbemühungen** bei Sportstätten und Bädern würden, wie auch bei anderen Produkten, unweigerlich in den Bereich der **Personalkosten** führen, da diese einen erheblichen Anteil an den Gesamtaufwendungen ausmachen.

Auch an dieser Stelle wird die Handlungsempfehlung der Vorjahre wiederholt, dass sich Synergien nach Ansicht der Rechnungsprüfung durch eine Bündelung artverwandter Aufgaben innerhalb der Verwaltung ergeben können, die auf **organisatorischen (strukturellen) Veränderungen** aufbauen.

■ ■ Produkt des Amtes 61: Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung

Produkt 5111 Räuml. Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	317	268	176	707	-390
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-2.587	-3.068	-2.568	-3.189	602
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-2.270	-2.800	-2.392	-2.482	212
Finanzergebnis	-20	11	-5	12	-32
Ordentliches Ergebnis	-2.290	-2.789	-2.397	-2.470	180
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	
Jahresergebnis (vor ILV)	-2.290	-2.789	-2.397	-2.470	180
Jahresergebnis (nach ILV)	-2.462	-2.924	-2.519	-2.645	183

Zu den wesentlichen Aufgaben des Produktes zählt die Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen und verkehrlichen Entwicklung der Stadt Koblenz unter Berücksichtigung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Belange.

Der **Eigendeckungsgrad** beträgt 12,2 % (2016: 8,7 %, 2015: 6,9 %). Der Haushaltsansatz und das Haushaltsergebnis nach ILV stimmen weitgehend überein.

Unter den **laufenden Erträgen aus der Verwaltungstätigkeit** dominieren die **Zuwendungen, allg. Umlagen und sonstige Transfererträge**. Jedoch lagen diese im Ergebnis mit 538 T€ unter dem Ansatz von 639 T€. Dies ist im Wesentlichen dadurch begründet, dass die Städtebauliche Maßnahmen insbesondere "Soziale Stadt Neuendorf" betreffend, im Ansatz mit 1,9 Mio. € im Haushaltsjahr 2017 nicht wie geplant abgearbeitet werden konnten. Folglich konnte nur eine geringere Summe an Fördermitteln abgerufen werden, als ursprünglich geplant (rd. -1,35 Mio. €). Zudem wurde der Antrag auf ein neues Fördergebiet in der Altstadt (Initialprojekt Görlitz Stiftung) vom Land abgelehnt (450 T€).

Ein wesentlicher Grund für die Verbesserung bei den **Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit** war, wie im Vorjahr, dass die geplanten Mittel im Ansatz bei den Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen (Zeile 16) abermals nicht annähernd benötigt wurden. Hier gab es eine Einsparung von rd. 460 T€.

Die **Sonstigen laufenden Aufwendungen** sind bei einem Ansatz von 675 T€ (Vorjahr 547 T€) neben den Personalaufwendungen eine dominante Position. Hierunter fallen u.a. EDV-Aufwendungen 75 T€, Bauleitplanung 76 T€, Gutachten für Flächennutzungsplanung 67 T€, Verkehrsplanung 53 T€, Planungsmittel für integriertes Städtebauentwicklungskonzept Sanierungsgebiet "Historische Altstadt" 50 T€, Landschaftsplanung 38 T€. Die Reduzierung des Ansatzes in 2017 resultiert insb. aus einer Senkung der EDV-Aufwendungen. Vor allem aufgrund von zwei sich überlagernden Großprojekten "Mobilität in Deutschland" und "Verkehrsentwicklungsplan" ergeben sich trotzdem Mehraufwendungen durch erhöhten Abstimmungsbedarf und verbesserte



Öffentlichkeitsarbeit i.H.v. 87 T€. Darüber hinaus werden mehr Mittel für das Quartiersmanagement Neuendorf i.H.v. 63 T€ benötigt.

■ ■ Produkte des Amtes 62: Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement

Produkt 1142 Liegenschaften

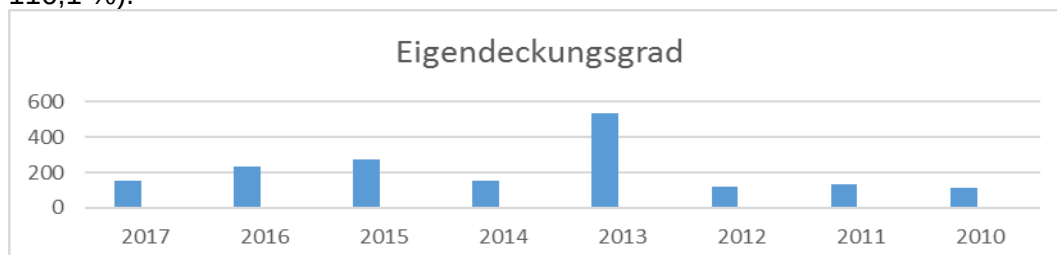
	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	1.968	2.228	2.048	4.540	-2.572
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-1.259	-966	-742	-955	-304
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	709	1.262	1.306	3.585	-2.876
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	709	1.262	1.306	3.585	-2.876
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	709	1.262	1.306	3.585	-2.876
Jahresergebnis (nach ILV)	671	1.184	1.285	3.541	-2.870

Das Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement ist für den Erwerb von Grundvermögen zuständig, welches insbesondere für städtische Maßnahmen benötigt wird oder als Tauschfläche für eigenes Grundvermögen geeignet ist. Des Weiteren gehört zu seiner Aufgabe die Veräußerung von Grundvermögen, das zur städtischen Aufgabenerfüllung nicht erforderlich ist zu vermarkten und die pflegliche und wirtschaftliche Verwaltung des sonstigen unbebauten Grundvermögens, dass keiner besonderen Zweckbestimmung unterliegt. Ferner der Abschluss und die Verwaltung der Miet-/Pachtverträgen sowie der Erbbaurechtsverträge.

Die **Entwicklung im Zeitablauf** wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

(vor ILV)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Erträge	4.434.089	1.085.806	2.048.528	2.228.073	1.968.156
Aufwendungen	-831.666	-698.515	-741.941	-965.860	-1.258.921
Ergebnis	3.602.423	387.291	1.306.587	1.262.213	709.235

Der **Eigendeckungsgrad** vor ILV beträgt im Berichtsjahr 156,3 % (Vorjahr: 230,7%) (2015: 276,1 % 2014: 155,4 % 2013: 533,2 %, 2012: 117,6 %, 2011: 131,8 %; 2010: 116,1 %).



Die mit 2.572 T€ unter dem Ansatz und mit 260 T€ unter dem Vorjahresergebnis liegenden Erträge setzen sich im Wesentlichen aus den Privatrechtlichen Leistungsentgelten und den Sonstigen laufenden Erträgen zusammen.

Im Ergebnis liegen die **sonstigen laufenden Erträge** mit 2,67 Mio. € unter dem Haushaltsansatz von 4,02 Mio. €. Der Haushaltsansatz wurde deutlich verfehlt, weil insbesondere die Verkaufserlöse aus den beiden Bunkeranlagen Nagelsgasse und Oberwerth noch nicht realisiert werden konnten.

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** verzeichnen Mehreinnahmen i.H.v. 49 T€ zum Ansatz von 460 T€. Bei den Pachten wurden 10 T€ mehr vereinnahmt als angenommen und bei den Erbbauzinsen erhöhten sich die Einnahmen um 34 T€ gegenüber dem Ansatz.

Besonders hervorzuheben sind die Differenzen bei den **sonstigen laufenden Aufwendungen**, die um 258 T€ höher ausfallen als der Ansatz von 196 T€. Darin enthalten sind zwei Grundstücke, die bereits vor Erstellung der Eröffnungsbilanz verkauft und über den periodenfremden Aufwand ausgebucht wurden (294 T€).

Bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** wurde ein Ansatz von 190 T€ gebildet. Die Abweichung von 22 T€ resultiert aus den zusätzlichen Mitteln für Abbrucharbeiten auf einem städt. Grundstück, sowie Verkehrssicherungsarbeiten am Teichert-Turm in Ehrenbreitstein.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Das Jahresergebnis hat sich zum Vorjahr um 513 T€ nach ILV und um 553 T€ vor ILV verschlechtert; gegenüber dem Ansatz ergibt sich ein Saldo von -2,9 Mio.€. Im Jahr 2015 wurde eine realistischere Planaufstellung angemahnt, dass Amt ist 2016 diesem weitgehend nachgekommen. Im jetzigen Haushaltsjahr war diese vorrausschauende Einschätzung jedoch nicht erkennbar. Die Vereinnahmung der Gelder durch die Veräußerung der Bunkeranlagen waren aus unterschiedliche Gründe nicht planbar. Die höheren Erträge aus der Veräußerung an Grundstücken und Bauplätzen konnten ebenfalls nicht eingeplant werden. Die vom Rechnungsprüfungsamt geforderte Reaktivierung der Software „Terra Lie“ zur Verwaltung der Grundstücke wird von Amtswegen weiterhin abgelehnt.

Produkt 5112

Geoinformation

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	237	315	365	173	64
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-2.256	-2.098	-2.234	-2.229	-27
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-2.019	-1.783	-1.869	-2.056	37
Finanzergebnis	0	0	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-2.019	-1.783	-1.869	-2.056	37
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-2.019	-1.783	-1.869	-2.056	37
Jahresergebnis (nach ILV)	-1.983	-1.818	-1.882	-2.036	53



Im Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement ist u.a. die Abteilung der Geoinformation etabliert, die mit vermessungstechnischen Aufgaben betraut ist. Für die verschiedenen planenden oder bauausführenden Ämter und Eigenbetriebe der Stadtverwaltung soll die Stadtgrundkarte flächendeckend auf einem aktuellen Stand vorgehalten werden. In den kommenden Jahren sollen die bisher noch nicht erfassten Flächen im Siedlungsgebiet vollständig dokumentiert werden. Bedingt durch Baumaßnahmen veränderte Flächen werden ebenfalls in der Stadtgrundkarte integriert.

Der Eigendeckungsgrad vor ILV beträgt im Berichtsjahr 10,5 % (Vorjahr 15 %).

Im Berichtsjahr konnte zum Haushaltsansatz eine Verbesserung um 37 T€ erzielt werden. Hierzu trugen höhere Erträge (+ 64 T€) abzüglich höherer Aufwendungen (+ 27 T€) bei.

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** lag das Ergebnis um 17 T€ über dem Ansatz von 69 T€. Die Mehreinnahmen resultieren aus vermehrten Vermessungseinheiten und die damit verbundenen Kostenerstattungen der Eigenbetriebe; ferner wurden Reproleistungen für externe vermehrt abgerechnet.

Die **Anderen aktivierten Eigenleistungen** von 88 T€ (2016: 103 T€, 2015: 107 T€) übersteigen den Ansatz um 37 T€. Der Ansatz war mit 51 T€ zu gering bemessen. Als Dienstleister für die städtischen Ämter und Eigenbetriebe hat das Amt keinen Einfluss auf das Auftragsvolumen, sei es auf zu aktivierende Eigenleistungen oder auf Interne Leistungsverrechnungen. Die Forderungen einiger Fachämter auf Abschluss verschiedener Projekte zum Jahresende haben zum guten Ergebnis beigetragen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden im Berichtsjahr im Ansatz mit 28 T€ geführt; dies entspricht auch weitestgehend dem Ergebnis und dem der letzten Haushaltsjahre. Zu den Aufwandspositionen zählen u. a. Arbeitsmittel für Reprodienste, Unterhaltung der Vermessungsfahrzeuge und Kostenerstattungen an das Katasteramt Rheinland-Pfalz.

Produkt 5551 Kommunalen Forstbetrieb

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	868	854	967	754	114
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-1.443	-1.352	-2.383	-1.477	34
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-575	-498	-1.416	-723	148
Finanzergebnis	0	0	1	0	0
Ordentliches Ergebnis	-575	-498	-1.415	-723	148
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-575	-498	-1.415	-723	148
Jahresergebnis (nach ILV)	-621	-533	-1.448	762	141

Innerhalb des Amtes für Stadtvermessung und Bodenmanagement führt die Abteilung Kommunalen Forstbetrieb eine naturgemäße nachhaltige Forstwirtschaft unter Berücksichtigung der Erholungs- und Schutzfunktion des Waldes aus. Ferner werden allen Benutzern des Waldes zielgruppenspezifische Angebote unterbreitet.

Der **Eigendeckungsgrad** vor ILV beträgt im Berichtsjahr 60,1 % (Vorjahr: 63,2 % 2015: 40,6 %).

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** liegen im Ergebnis 65 T€ über dem Ansatz von 654 T€. Dies ist im Wesentlichen auf die Erlöse aus dem Holzverkauf im laufenden Haushaltsjahr, welche sowohl durch starken Borkenkäferbefall als auch durch größere Sturmschäden beeinflusst wurden, zurückzuführen. Ferner fallen darunter Jagdentgelte 10 T€, Wildbreterlöse 5 T€, Miete Funkturm 10 T€ und Einnahmen von Motorsägensschulungen und Ökokontomaßnahmen.

Die **sonstigen laufenden Erträge** schließen in 2017 mit 16 T€ höher ab als der Ansatz von 17 T€. Das Amt begründet dies zum einen mit den bereits eingeplanten Einnahmen aus der Jagdpacht mit 17.600 €, als auch Versicherungserstattungen für Kaskoschäden i.H.v. 10 T€ sowie Anteile aus dem Finanzfonds „Kommunale Versorgungsrücklage“.

Die positive Differenz von 30 T€ bei der Position **Kostenerstattung und Kostenumlage** zum Ansatz von 67 T€ resultiert aus dem Verkauf von alten Bäumen auf der Schmidtenhöhe an das Amt 36, die zum Anbringen von Nistkästen ausgewählt wurden.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** bilden neben den Ausgaben für Personal den zweithöchsten Posten. Mit 23 T€ blieben sie unter dem Ansatz von 461 T€.

■ ■ Produkte des Amtes 65: Zentrales Gebäudemanagement

Produkt 1144 Zentrales Gebäudemanagement

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	3.236	4.837	4.390	3.481	-245
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-28.219	-25.287	-24.307	-30.254	2.035
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-24.983	-20.450	-19.917	-26.773	1.790
Finanzergebnis	-85	0	0	-97	12
Ordentliches Ergebnis	-25.068	-20.450	-19.917	-26.870	1.802
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-25.068	-20.450	-19.917	-26.870	1.802
Jahresergebnis (nach ILV)	-561	-872	-490	-687	126

Die Aufgabe des zentralen Gebäudemanagements besteht in der ordnungsgemäßen, wirtschaftlichen und betriebssicheren Bewirtschaftung der bestehenden Gebäude und technischen Anlagen der Stadt Koblenz. Das Ziel ist, für die Substanz- und Werterhaltung der Immobilien zu sorgen. Es wird eine Kostenoptimierung der Energieverbräuche um 1% jährlich angestrebt. Bei der Gebäudereinigung sollen bei gleichbleibenden Reinigungsstandards die Reinigungskosten pro qm jährlich um nicht mehr als 2% steigen. Ziel des Prozesses ist die Ausrichtung des Zentralen Gebäudemanagements hin zu einem

serviceorientierten Dienstleister, der gebäudebezogene Anforderungen von Politik und Bedarfsträgern wirtschaftlich abwickeln kann.

Der Ergebnisvergleich zwischen den Jahren 2015 und 2017 ist von großen Differenzen geprägt. Im Zuge der Einrichtung des ZGM musste auch eine haushalterische Anpassung vorgenommen werden. Bis 2014 erfolgte eine Verrechnung der Gebäudekostenstelle direkt in die Fachprodukte, nunmehr wird eine Belastung der Fachprodukte durch die ILV erreicht.

(vor ILV)	2015 (in T€)	2016 (in T€)	2017 (in T€)
Erträge	4.390.185	4.837.047	3.235.837
Aufwendungen	-24.307.121	-25.286.974	-28.304.076
Ergebnis/Verlust	-19.916.927	-20.444.927	-25.068.239

Der **Eigendeckungsgrad** bei Zugrundelegung des Ergebnisses vor interner Leistungsverrechnung beträgt 11,5 % (2016: 19,2 % 2015: 18,1 % 2014: 19,9 %). Nach ILV weist das Produkt eine Unterdeckung von rd. 561 T€ aus.

Bei den **Zuwendungen, allg. Umlagen und sonstigen Transfererträgen**, darunter fallen insbesondere Zuwendungen des Landes für die Gebäudesanierung waren 1.866 T€ im Ansatz eingeplant. Im Ergebnis kam es zu einer Abweichung von -707 T€ auf 1.159 T€ (Vorjahr: 3.103 T€). Zuwendungen waren für folgende Maßnahmen geplant: Werkstattdsanierung BBS Technik, Brandschutzsanierung Grundschule Schenkendorf, Umbau Grundschule Schenkendorf, Brandschutz- und Elektrosanierung Grundschule Neukarthause ferner Brandschutz in: Grundschule Metternich Oberdorf, Grundschule Metternich Rohrerhof, Grundschule Pfaffendorf, Grundschule Pfaffendorfer Höhe, Brandschutz- und Fassadensanierung Comeniusschule, Clemens-Brentano-Overberg-Realschule-Plus, Eichendorff-Gymnasium, Hilda-Gymnasium, Görres-Gymnasium, Gymnasium a.d. Karthause, Gymnasium a.d. Asterstein.

Aus dem Förderprogramm Kommunales Investitionsförderprogramm - KI 3.0 erfolgt für folgende Maßnahmen eine Förderung in 2017:

Sanierung: Eichendorff-Gymnasium, Hilda-Gymnasium, Clemens-Brentano-Realschule, Sanierung Görres-Gymnasium, Dachstuhlisanierung Grundschule Wallersheim, Sanierung BBS Technik 2. BA

Darüber hinaus werden für die energetischen Sanierungen an der IGS Pollenfeld und Realschule Plus a.d. Karthause Fördergelder gezahlt. Die Maßnahmen wurden über den Schulbausanierungsvertrag finanziert. Auf eine Weiterleitung der Fördergelder wird mit Verweis auf § 5 Nr. 5 des Schulbausanierungsvertrags verzichtet. Demnach wurden der Koblenzer Wohnbau max. 1,5 Mio. € an Fördergeldern weitergeleitet. Darüber hinaus gehende Beträge wurden auf die Vergütung angerechnet. Die Umsetzung erfolgte jedoch dergestalt, dass die Vergütung nicht verändert wurde, etwaige Zuschüsse jedoch einbehalten wurden

Es ergeben sich folgende Mindererträge insbesondere infolge der Verzögerungen/ Verschiebungen von Baumaßnahmen:

- Carl-Benz-Schule (850 T€)
- GS Wallersheim (621 T€): Dachstuhlisanierung
- GS Neukarthause (20 T€): Brandschutzsanierung
- GS Metternich-Oberdorf (50 T€): Brandschutzsanierung
- GS Metternich-Rohrerhof (60 T€): Brandschutzsanierung
- GS Pfaffendorf (100 T€): Verzögerungen in Planungsphase Brandschutzsanierung
- Eichendorff-Gymnasium (500 T€)
- Hilda-Gymnasium (240 T€)

- Görres-Gymnasium (605 T€):
- Clemens-Brentano-Realschule Plus (600 T€):
- Gymnasium auf der Karthause (61 T€): Anschaffung/Installation der Lüftungsanlage

Die Mehreinnahmen von 81 T€ bei den **Privatrechtlichen Leistungsentgelten** (Ansatz 702 T€) resultieren im Wesentlichen aus Mieten und dem Generalpachtvertrag mit der Koblenzer Wohnbau für diverse städtische Gebäude (71 T€). Ferner Mietentgelte der Sparkasse Koblenz für Räumlichkeiten im Rathaus II (51 T€), Miete Funkanlagen auf dem Schängel-Center (19 T€), Eintritt für die Dachterrasse im Forum Confluentes (15 T€), Eintritt Wehrtechnische Studiensammlung (9 T€), Erträge aus dem Stromverkauf des Blockheizkraftwerkes im Forum Confluentes (20 T€), Pacht des Cafe Hahns für die Festungsbühne (10 T€), Stellplatzentgelte für Mitarbeiter (80 T€), Stellplatzentgelte für Lehrer an den Schulen (113 T€), Erträge aus der Vermietung von Räumlichkeiten der Grundschule Pfaffendorfer Höhe an das staatl. Studienseminar (50 T€), Erträge aus der Mensaverpachtung an den Schulen (20 T€).

Bei den **aktivierten Eigenleistungen** ist eine leichte negative Abweichung (- 10 T€) zum Ansatz in Höhe von 115 T€ zu verzeichnen. Betrachtet man den Zeitverlauf, so ist eine wechselnde Entwicklung festzustellen. Nach 132 T€ in 2014, 121 T€ in 2015 und nur noch 79 T€ 2016 ist der Trend mit 105 T€ an Erträgen aus aktivierten Eigenleistungen etwas ansteigend. Mit Blick auf den immensen Investitions- und Sanierungsumfang den das ZGM in den letzten Jahren abgeleistet und in der Folge noch abzuarbeiten hat (Stichwort kommunales Investitionsförderprogramm 3.0 – 1. u. 2. Kapitel sowie viele energetische Sanierungsmaßnahmen) erscheint die Summe an anderen aktivierten Eigenleistungen sowohl mit Blick auf die Umsätze als auch zu den Vorjahren als sehr gering.

Die Erträge bei den **Sonstigen laufenden Erträgen** betrugen rd. 388 T€ (Ansatz: 0€), wobei die deutliche Ergebnisverbesserung im Wesentlichen auf folgende Gründe zurückzuführen ist: Die Auflösung einer Rückstellung für die Bodenbefestigung Tierheim (296 T€) und die Auflösung einer Rückstellung zum Abriss des Tierheims (60 T€). Auch wenn eine exakte Berechnung bzw. genaue Schätzung des Ansatzes nicht möglich erscheint, sollte sich aufgrund der seit Jahren festzustellenden hohen Einnahmen der Planansatz an den Vorjahresergebnissen ausrichten. Ein Planansatz über mehrere Jahre von 0 € entspricht nicht den jährlichen anfallenden Erträgen. 2014: 320 T€, 2015: 300 T€, 2016: 505 T€.

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** sind kaum Abweichungen zum Ansatz von 879 T€ (Vorjahr: 494 T€) zu verzeichnen, Der frühere Eigenbetrieb Koblenz-Touristik muss für seine anteilige Fläche im Kulturbau einen Kostenanteil von 218 T€ erstatten und der Eigenbetrieb KGRZ erstattete 118 T€ für die Nutzung der Räumlichkeiten im Schängel-Center. Weiterhin wurden Erträge für Raummiete vom EB Stadtentwässerung im Hochhaus am Bahnhof in Höhe von 36 T€ erzielt.

Der Haushaltsansatz für die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** wurde gegenüber dem Vorjahr von 12 Mio. € auf 17 Mio. € erhöht. Er schließt mit einer Differenz von -1.894 T€ im Ergebnis mit 15,1 Mio. € ab. Nennenswert Minderaufwendungen gegenüber dem Ansatz ergaben sich bei der Hauptfeuerwache Koblenz (500.000 Euro, Sanierung wird zurückgestellt und im Vordergrund stehen zunächst die Neubauten der Feuerwachen), der Carl-Benz-Schule (865.000 Euro, Sanierung der Sporthallenräume verzögert sich und die energetische Sanierung 2. BA kann nicht umgesetzt werden, da kein Förderbescheid KI 3.0 vorliegt) und der GS Wallersheim (430.000 Euro, Dachstuhl-sanierung aus Förderprogramm KI 3.0 wird erst 2018 durchgeführt.)



Der Sanierungsvertrag mit der Koblenzer Wohnbau GmbH wurde zum 31.12.2016 aufgehoben. Bis zum 31.12.2016 erfolgten regelmäßige investive wie konsumtive Zahlungen an die Wohnbau. Dabei war der Vertrag so angelegt, dass es kontinuierlich zu vertraglich vereinbarten Mehrleistungen seitens der Wohnbau kam, die zum sukzessiven Aufbau einer Verbindlichkeit bei der Stadt Koblenz führten. Diese Mehrleistungen wurden bei der Koblenzer Wohnbau über die Aufnahme von Darlehen finanziert, so dass dort Zins- und Tilgungsleistungen anfallen. Bei der Stadt Koblenz erfolgt ab 2017 die schrittweise Auszahlung der o. g. Verbindlichkeit (jeweils mit einem investiven und einem konsumtiven Anteil). Der Gesamtbetrag von jährlich 1.827.704 Euro wird ab dem Haushaltsjahr 2017 mit einem Anteil von 1.370.778 Euro im Finanzhaushalt Produkt 1144 dargestellt (bis einschließlich 2016 Abwicklung Sanierungsvertrag über Teilhaushalt 08 "Schulen" - Produkt 2012).

Die Restsumme von 456.926 Euro findet sich ab dem Jahr 2017 im investiven Haushalt bei Projekt Z401001 "Aufhebungsvertrag mit der Koblenzer Wohnbau" wieder (bisher Abwicklung über Teilhaushalt 08 "Schulen" - Projekt P401001 "Sanierungsvertrag mit der Koblenzer Wohnbau").

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Im Amt ist immer noch eine erhebliche Personalbewegung festzustellen. Freie Stellen wurden mittlerweile fast vollständig besetzt. Eine interne Besetzung und Aufstockung der Ingenieursstellen hat jedoch **nicht** dazu geführt, dass die Leistungen im Amt verblieben sind. Erhebliche Ausgaben für die Beauftragung von externen Architekten und Ingenieure mit ansteigender Tendenz ist zu verzeichnen, Ausgaben i.H.v. 2,8 Mio. € für 38 Aufträge wurden getätigt.

Die anderen aktivierten Eigenleistungen erscheinen angesichts des Investitions- und Sanierungsumfangs als zu gering. Seitens der Amtsleitung sollten die Mitarbeiter auf eine konsequente Darstellung und Abrechnung der Eigenleistung hingewiesen werden.

■ ■ Produkte des Amtes 66: Tiefbauamt

□ Produktübergreifende Prüfung

Das Tiefbauamt bewirtschaftet 9 Produkte, deren Abschlussergebnisse zusammengefasst folgenden **Gesamtabschluss** aufweisen:

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	20.836	18.052	20.499	16.948	+3.888
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-44.952	-37.364	-37.991	-44.306	-646
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-24.116	-19.312	-17.492	-27.358	+3.242
Finanzergebnis	-11	-31	-148	0	-11
Ordentliches Ergebnis	-24.127	-19.343	-17.640	-27.358	+3.231
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-24.127	-19.343	-17.640	-27.358	+3.231
Jahresergebnis (nach ILV)	-24.416	-19.635	-17.927	-27.651	+3.235

Der **Eigendeckungsgrad** aller vom Tiefbauamt bewirtschafteten Produkte beträgt vor ILV 46 % (2016: 48 %, 2015: 54 %, 2014: 50 %, 2013: 66 %).

Der **Zuschussbedarf** hat sich von geplant 27,4 Mio. € auf 24,1 Mio. € im Ergebnis reduziert. Ursächlich für diese Entwicklung waren höhere Erträge (3,9 Mio. €) denen gestiegene Aufwendungen (rd. 0,6 Mio. €) gegenüberstehen.

■ Entwicklung der Jahresabschlussergebnisse

(vor ILV)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (€)
Erträge	30.939.544	17.640.160	20.498.393	18.051.599	20.837.620
Aufwendungen	46.466.096	35.130.594	37.988.463	37.363.925	44.963.685
Ergebnis/Verlust	15.526.552	17.490.434	17.490.070	19.312.326	24.126.065

Gegenüber den Vorjahren hat sich das Jahresergebnis erheblich verschlechtert. Im Vergleich zum Vorjahr sind zwar mit Ausnahme der beiden Produkte 1233 und 5461 höhere Erträge zu festzustellen, deren Verbesserung aus Mehrerträgen (3,0 Mio. €) bei den **Sonstigen laufenden Erträgen** bei den Produkten 5411, 5421, 5431 und 5441 resultiert. Demgegenüber stehen erhebliche Mehraufwendungen aus **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** (5,4 Mio. €) insb. bei den Produkten 5411 und 5441.

■ Entwicklung der Personalkosten

(vor ILV)	2013 (in €)	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
Personalaufwand	4.219.449*	4.437.216*	4.281.225*	4.489.166*	5.245.286*

*Zeilen 11 und 12 der Ergebnisrechnung

Die Steigerung bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen beträgt 756.120 T€ (+ 16,84 %); sie bewegt sich damit deutlich über den allgemeinen Lohn- und Besoldungssteigerungen und sind im Wesentlichen auf neu geschaffene Stellen bei der Straßenverkehrsbehörde sowie der Abgaben- und Brückenbauabteilung zurückzuführen.

■ Entwicklung der Parkgebühren

Im Produkt 5461 wird die Bereitstellung, Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb von Parkuhren, Parkscheinautomaten, Parkleitsystem und anderen Parkeinrichtungen erfasst. Im Stadtgebiet sind 17 Parkzonen eingerichtet; wobei rd. 250 Parkscheinautomaten und 7 Parkuhren (Standort Rizzastraße) in Betrieb sind.

	Ergebnis (in €)					
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Parkgebühren	2.944.438	2.945.236	3.090.667	3.387.998	3.385.625	3.208.988

Gegenüber dem Vorjahr ist eine Verminderung von rd. 177 T€ eingetreten. Dies ist mit dem Wegfall von Parkplätzen (Peter-Altmeier-Ufer) oder durch temporäre Baumaßnahmen (Weißer Gasse) zu begründen. Auch mussten durch vermehrte Veranstaltungen am Deutschen Eck Parkplätze gesperrt werden, sodass auch hierdurch weniger Parkgebühren vereinnahmt werden konnten.

Nachfolgend werden für ausgewählte Produkte die wesentlichen Entwicklungen bei den Jahresabschlussergebnissen erläutert.

Produkt 5411	Gemeindestraßen
Produkt 5421	Kreisstraßen
Produkt 5431	Landesstraßen
Produkt 5441	Bundesstraßen

Das zusammengefasste Ergebnis im Straßenwesen, d. h. der Gemeinde-, Kreis-, Land- und Bundesstraßen, ergibt folgendes Bild:

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	16.662	13.632	16.106	12.749	+3.913
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-42.192	-35.020	-35.822	-41.645	-547
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-25.530	-21.388	-19.716	-28.896	+3.366
Finanzergebnis	-3	-31	-148	0	-3
Ordentliches Ergebnis	-25.533	-21.419	-19.864	-28.896	+3.363
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-25.533	-21.419	-19.864	-28.896	+3.363
Jahresergebnis (nach ILV)	-25.786	-21.676	-20.118	-29.151	+3.365

Die Produkte umfassen die Bereitstellung, Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb von öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen inklusive Straßenmarkierungen, Rad- und Fußwegen, Signalanlagen, Verkehrszeichen und Ingenieurbauwerken.

Der **Eigendeckungsgrad** der 4 Produkte bei Hinzuziehung des Ergebnisses vor interner Leistungsverrechnung beträgt 39 % (2016: 39 %, 2015: 45 %, 2014: 41 %, 2013: 61 %). Unter Außerachtlassung der Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO würde dieser jedoch 60 % betragen.

Der **Jahresfehlbetrag** aus der Verwaltungstätigkeit von 25,5 Mio. € verbessert sich zum Ansatz um rd. 3,4 Mio. €, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Abschreibungsaufwendungen rd. 14,5 Mio. € beinhalten.

Ursächlich für die Verbesserung sind im Wesentlichen höhere Erträge bei den Sonstigen laufende Erträge (2,9 Mio. €).

Die **laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit** betragen 16,7 Mio. € und ergaben sich aus **Zuwendungen** von 3,3 Mio. €, **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** von 1,4 Mio. € und den **Sonstigen laufende Erträge** von 11,2 Mio. €.

Bei den Erträgen aus **Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstigen Transfererträgen** handelt es sich im Wesentlichen um Erträge aus der Auflösung von Sonderposten. Im Haushaltsplan sind keine nachträglichen Korrekturen erfolgt, so dass gegenüber dem Planansatz Abweichungen von 20 T€ entstanden sind. Für das Haushaltsjahr 2018 wurde erneut eine Anpassung der Urbudgets vorgenommen. Bei den Erträgen aus **Zuwendungen** handelt es sich um allgemeine Straßenzuweisungen durch das Land für die Unterhaltung der Kreis-, Landes- und Bundesstraßen durch das Tiefbauamt (Ergebnis: 962 T€).

Bei den **aktivierten Eigenleistungen** (Abrechnung von Planungsleistungen sowie Bauleitgebühren) ergab sich eine Abweichung von + 267 T€ entgegen dem Planansatz. Die Erträge der aktivierten Eigenleistungen betrugen in 2017 mit 764 T€ ca. 116 T€ weniger als gegenüber dem Vorjahr. Die Entwicklung der aktivierten Eigenleistungen ist seit 2015 rückläufig (2016: 880 T€, 2015: 907 T€, 2014: 753 T€). Nach Mitteilung des Fachamtes ist diese Negativentwicklung auf den Rückgang des „Umsatzes“ bei den konsumtiven Maßnahmen zurückzuführen. Hier ist insbesondere die Fertigstellung des Projektes „Vorlandbrücke Europabrücke“ zu erwähnen.

Entwicklung der Anderen aktivierten Eigenleistungen

	2014 (in €)	2015 (in €)	2016 (in €)	2017 (in €)
5411 Gemeindestraßen	322.156	369.865	358.504	311.263
5421 Kreisstraßen	119.892	141.945	137.893	119.759
5431 Landesstraßen	74.339	97.672	94.800	82.323
5441 Bundesstraßen	236.780	297.036	288.715	250.765

Unter die **Sonstigen laufenden Erträge** fallen u. a. auch die Konzessionsabgaben für die Wasser-, Gas- und Elektroversorgung. Es ergaben sich höhere Erträge von 1,9 Mio. € (Budgetansatz von rd. 1,8 Mio. €) bei den Konzessionsabgaben „Wasser“ (Konten 46251) von 5 T€ (Budgetansatz von 620 T€) bei den Konzessionsabgaben „Gas“ (Konten 46252) und 114 T€ (Budgetansatz von 4,7 Mio. €) bei den Konzessionsabgaben „Elektro“ (Konten 46253). Die Erhöhung bei der Konzessionsabgabe Wasser ist darauf zurückzuführen, dass ab dem Berichtsjahr neben der Zahlung des Vorjahres aufgrund des Testates erstmalig unterjährige Abschläge des laufenden Jahres angefordert wurden.

Im Bereich der periodenfremden Erträge ergaben sich rd. 1,0 Mio. € Mehreinnahmen gegenüber dem Planansatz. Der Anstieg ergab sich aus Nachaktivierungen für Straßen- und Gehwegflächen, die bei der Eröffnungsbilanz fertiggestellt aber noch nicht erfasst waren (392 T€) sowie dem Ausbuchen von falsch bzw. doppelt erfassten Zuwendungen im Rahmen des Projekts „Industriegebiet an der A 61“ (612 T€).

Die **Personalaufwendungen** von 3,5 Mio. € (ohne Versorgungsaufwendungen) überschritten den Planansatz um 204 T€. Gegenüber 2016 mit 3,0 Mio. € erhöhte sich der Personalaufwand um 577 T€. Festzustellen ist, dass die Personalaufwendungen seit der Ausgliederung der Straßenunterhaltung zum EB 70 (Aufwendungen von 5,2 Mio. €) erstmals 3,5 Mio. € (bisher 3,0 Mio. €) betragen. Die Erhöhung der Personalaufwendungen in 2017 um 600 T€ resultiert aus Stellenbesetzungen und neu geschaffenen Stellen bei der Straßenverkehrsbehörde, der Abgaben- und Brückenbauabteilung.

Bei einem Planansatz von 23,0 Mio. € (2016: 17,5 Mio. €, 2015: 15,0 Mio. €, 2014: 14,4 Mio. €) wurden 22,1 Mio. € (2016: 16,9 Mio. €, 2015: 15,9 Mio. €, 2014: 14,1 Mio. €) an **Sach- und Dienstleistungsaufwendungen** verausgabt. Im Wesentlichen trugen Minderaufwendungen für die Unterhaltung der Brücken, Tunnel und ingenieurtechnischen Anlagen von 174 T€, für die Unterhaltung der Straßen von 152 T€ sowie Kostenerstattungen an den Kommunalen Servicebetrieb Koblenz (EB 70) für die Unterhaltung der Straßen von 347 T€ hierzu bei. Für die Unterhaltung der Straßen werden bei den Konten 5253170 (Deckungskreis T 5411) an den Kommunalen Servicebetrieb Koblenz (EB 70) Kostenerstattungen i. H. v. 8,4 Mio. € bei einem Ansatz von 8,8 Mio. € ausgewiesen.

Für die Unterhaltung der Brücken, Tunnel und ingenieurtechnischen Anlagen wurden für den Berichtszeitraum 2017 erhebliche Mehraufwendungen für die Unterhaltung eingeplant. Gegenüber dem Planansatz von 2,7 Mio. € in 2016 betrug der Ansatz für



2017 rd. 8,0 Mio. € von denen 7,9 Mio. € verausgabt worden sind. Im Produkt 5411 wurden für das Projekt Gehweg Eisenbahnbrücke Güls 600 T€ verbucht sowie gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO eine Rückstellung in Höhe von 1,5 Mio. € gebildet. Die Mehraufwendungen bei dem Produkt 5441 von rd. 4,0 Mio. € sind der Tatsache geschuldet, dass u. a. für die Projekte Stadtdurchfahrt B 9 BW 46 (700 T€), Instandsetzung Trogbauwerk Saarkreisel (3,0 Mio. €), Instandsetzung Fußgängerbrücke Moselring (500 T€) und Instandsetzung Rollverschluss Europabrücke – stadtauswärts – (200 T€) weitere Rückstellungen neu gebildet wurden.

Die **Überprüfung des Deckungskreises** A 660000000 (gegenseitige Deckungsfähigkeit der Zeilen 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ und 18 „Sonstige laufende Aufwendungen“ innerhalb des Amtes 66/Tiefbauamt) ergab eine Überschreitung von 246.890 € in der Ergebnisrechnung. Bei einem Haushaltsansatz von 15.716.544 € wurden 15.963.434 € verausgabt.

Die hierfür notwendigen Mehraufwendungen waren bei Erstellung dieses Berichtes noch nicht durch die zuständigen städtischen Gremien legitimiert, so dass ein Verstoß gegen den Haushaltsgrundsatz der größtmäßigen Bindung festzustellen ist.

Bei dem Deckungskreis T 5411 (Aufwendungen der Straßenunterhaltung – Konto 5253170 -) wurden bei einem Haushaltsansatz von 8.837.000 € 8.490.489 € verausgabt, sodass hier keine Überschreitung in der Ergebnisrechnung festzustellen ist.

Einem Planansatz von 14,13 Mio. € (2016: 14,31 Mio. €, 2015: 14,6 Mio. €, 2014: 15,1 Mio. €, 2013: 13,2 Mio. €) an Aufwendungen für **Abschreibungen** stehen 14,51 Mio. € (2016: 14,25 Mio. €, 2015: 14,8 Mio. €, 2014: 14,7 Mio. €, 2013: 13,6 Mio. €) gegenüber.

Für **sonstige laufende Aufwendungen** wurden bei einem Planansatz von **842 T€** (2016: 740 T€, 2015: 1,86 Mio. €, 2014: 375 T€) tatsächlich 1,65 Mio. € (2016: 615 T€, 2015: 1,93 Mio. €, 2014: 937 T€) verausgabt. Der Anstieg der periodenfremden Aufwendungen begründet sich im Wesentlichen durch die Neubewertung des Festwertes „Straßenbäume“ sowie den Abgangsverlusten von Restbuchwerten im Rahmen des Projektes „Zentralplatz“.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Der Jahresfehlbetrag der Produkte des Amtes 66/Tiefbauamt als auch bei den Produkten der Straßen hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht.

Negativ festzustellen sind die gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufigen Erträge der Parkgebühren.

Die dargestellte **Mittelüberschreitung** in Höhe von insgesamt 246.890 € ist zu kritisieren. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen sind zulässig, wenn ein begründetes Bedürfnis vorliegt und die Deckung gewährleistet ist. Dies entspricht der Verpflichtung zum Haushaltsausgleich (§ 97 (4) GemO). Erforderlich ist ein konkret nachvollziehbarer Deckungsnachweis innerhalb desselben Haushaltsjahres. Ein pauschaler Hinweis oder eine spätere Prüfung, ob Mittel zur Deckung zur Verfügung stehen wird diesem Anspruch nicht gerecht.

In den Fällen des Jahres 2017 ist beabsichtigt, die Mittelüberschreitungen den zuständigen städtischen Gremien in einer der nächsten Sitzungen zur **nachträglichen** Legitimation vorzulegen. Dieses Verfahren ist als Verstoß gegen die geltenden haushaltsrechtlichen Bestimmungen zu beanstanden.

Aus Sicht der Rechnungsprüfung ist seitens der Verwaltung ein rechtskonformes Verfahren sicherzustellen.

■ ■ Produkt des Eigenbetriebes 67: Grünflächen- und Bestattungswesen

Produkt 5511 Öffentliches Grün

	Ergebnisvergleich			Soll-Ist-Vergleich	
	2017	2016	2015	Plan	Differenz
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
Ergebniskennzahlen					
Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit	4.602	1.214	5.658	1.186	+3.416
Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit	-7.434	-7.119	-7.546	-8.393	+959
Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-2.832	-5.905	-1.888	-7.207	+4.375
Finanzergebnis	0	0	-4	0	0
Ordentliches Ergebnis	-2.832	-5.905	-1.892	-7.207	+4.375
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor ILV)	-2.832	-5.905	-1.892	-7.207	+4.375
Jahresergebnis (nach ILV)	-2.832	-5.905	1.892	-7.207	+4.375

Zu den wesentlichen Aufgaben des Produktes zählen die Planung, Neubau, Pflege und Unterhaltung der städtischen Grün- und Freianlagen. Hinzu kommt die Gestaltung des Stadtbildes mit Wechsel Flor sowie die Weiterentwicklung und Pflege des städtischen Baumbestandes. Insoweit ist der Eigenbetrieb „Grünflächen und Bestattungswesen“ für die Stadt Koblenz als Dienstleister tätig.

Der **Eigendeckungsgrad** beträgt 61,9 % (2016: 17,1 %, 2015: 75 %, 2014: 16,7 %, 2013: 6,5 %, 2012: 6,5 %).

Die „**Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge**“ lagen mit einem Ergebnis von 1,090 Mio. € geringfügig über dem Ansatz von 1,086 Mio. €.

Hierbei handelt es sich zum einen um die jährliche Zuweisung der ADD für die Unterhaltung der Kriegsgräber auf den städtischen Friedhöfen i. H. v. 76 T€. Die weitaus höhere Summe beinhaltet mit rd. 1,0 Mio. € die Auflösung der Sonderposten. Durch die von der BuGa GmbH übernommenen Vermögensgegenständen haben sich die Erträge zum Vorjahr um rd. 2 T€ erhöht.

Die „**Sonstigen laufenden Erträge**“ ergaben im Berichtsjahr ein Plus von 3,4 Mio. € bei einem Ansatz von 0 €. Es handelt sich um die Nachaktivierung des Festwertes „Bäume“ für den Zeitraum Mai 2015 bis Dezember 2017.

In Abstimmung mit der Finanzbuchhaltung wurde die Vereinbarung getroffen, dass ab dem Jahresabschluss 2015 die **aktivierten Eigenleistungen** nicht mehr in den Erlösen, sondern auf dem Aufwandskonto „Kostenerstattung an EB 67“ als Reduzierung des Aufwands gebucht wird.

Bei einem Planansatz von 7,1 Mio. € (2016: 6,5 Mio. €, 2015: 6,3 Mio. €) wurden 6,1 Mio. € (2016: 5,8 Mio. €, 2015: 6,2 Mio. €) an „**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**“ verausgabt. Hauptsächlich werden hier die Erstattungen des Kernhaushaltes an den EB 67 abgebildet (4,5 Mio. €). Hinzu kommen die Aufwendungen für den Anteil der Grünanlagen auf den städt. Friedhöfen (806 T€), Ingenieurleistungen (376 T€) und Leistungen Stadtgärtnerei (168 T€).



Im Berichtsjahr wurden die aktivierten Eigenleistungen als Reduzierung des Aufwands (- 206 T€) gebucht. Auf dem Aufwandskonto 5231267 für Außenanlagen werden die konsumtiven Anteile von Investitionen gebucht (Planansatz 50 T€). Da im Berichtsjahr nur das Globalprojekt Q670000 angemeldet war (in diesem Projekt sind keine konsumtiven Anteile enthalten) wurden hier keine Buchungen getätigt.

Die **Überprüfung des Deckungskreises** A670000001 (gegenseitige Deckungsfähigkeit der Zeilen 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ und 18 „Sonstige laufende Aufwendungen“ innerhalb des Amtes 67/Grünflächen- und Bestattungswesen) ergab eine Überschreitung von 19.475 € in der Ergebnisrechnung. Bei einem Haushaltsansatz von 206.950 € wurden 226.425 € verausgabt.

Die hierfür notwendigen Mehraufwendungen waren bei Erstellung dieses Berichtes noch nicht durch die zuständigen städtischen Gremien legitimiert, so dass ein Verstoß gegen den Haushaltsgrundsatz der größtmöglichen Bindung festzustellen ist.

Bei dem Deckungskreis ZT55110001 (Mehrerträge aus Zuwendungen Konto 414429 fließen den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Konto 5253167 Aufwendungen Kriegsgräber zu) war keine Überschreitung in der Ergebnisrechnung festzustellen.

Abschließendes Urteil & Empfehlung:

Die Wirtschaftsführung des Fachamtes weicht auf Grund der Nachaktivierung des Festwertes „Bäume“ sehr stark vom Vorjahresergebnis ab. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein höherer Aufwand von 315 T€ zu verzeichnen. Der Mehraufwand betraf im Wesentlichen die Erstattungen des Kernhaushaltes an den Eigenbetrieb 67.

Die dargestellte **Mittelüberschreitung** in Höhe von insgesamt 19.475 € ist zu kritisieren. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen sind zulässig, wenn ein begründetes Bedürfnis vorliegt und die Deckung gewährleistet ist. Dies entspricht der Verpflichtung zum Haushaltsausgleich (§ 97 (4) GemO). Erforderlich ist ein konkret nachvollziehbarer Deckungsnachweis innerhalb desselben Haushaltsjahres. Ein pauschaler Hinweis oder eine spätere Prüfung, ob Mittel zur Deckung zur Verfügung stehen wird diesem Anspruch nicht gerecht.

In den Fällen des Jahres 2017 ist beabsichtigt, die Mittelüberschreitungen den zuständigen städtischen Gremien in einer der nächsten Sitzungen zur **nachträglichen** Legitimation vorzulegen. Dieses Verfahren ist als Verstoß gegen die geltenden haushaltsrechtlichen Bestimmungen zu beanstanden.

Aus Sicht der Rechnungsprüfung ist seitens der Verwaltung ein rechtskonformes Verfahren sicherzustellen.

Kapitel 3

Prüfung der Zahlungsabwicklung





Die **Prüfung der Zahlungsabwicklung** richtet sich nach § 26 GemHVO RLP auf die dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung der Gemeinde und Eigenbetriebe sowie die Vornahme regelmäßiger und unvermuteter Kassenprüfungen.

Im Berichtsjahr lassen sich folgende Prüfungshandlungen und -ergebnisse anführen:

Fakturierungsprogramm und Kassenmodul

Seit dem Jahr 2009, nach dem Bekanntwerden eines Untreuefalles, fordert die Rechnungsprüfung die Einführung eines **nicht manipulierbaren Fakturierungsprogrammes**, das im Falle einer Vorgangsbearbeitung unmittelbar eine entsprechende Buchung und Sollstellung erzeugt. Dieser Forderung, die vor allem aus den Erkenntnissen einer festgestellten Veruntreuung im Bereich der Straßenverkehrsbehörde resultierte, konnte lange Zeit nicht nachgekommen werden.

Nachdem nach einer langwierigen Pilotphase und sich anschließenden erfolgreichen Tests konnte eine erste vorläufige Freigabe des Programms im Sachgebiet „Gaststättenwesen“ beim Ordnungsamt erteilt werden. Ein sukzessiver „Roll-out“ zunächst über das Ordnungsamt und darauf folgend über alle Ämter der Verwaltung konnte wegen fehlender Personalressourcen bei Amt 31 bisher nicht erfolgen.

Die Rechnungsprüfung weist nachdrücklich darauf hin, dass es sich bei der Einführung eines revisionssicheren Fakturierungsprogrammes um ein Projekt allerhöchster Priorität handelt, mit dem Sicherheitslücken im Bereich der Rechnungsstellung geschlossen werden und dem Grundsatz der ordnungsgemäßen Buchführung Rechnung getragen werden soll. Hinzu kommt, dass eine manuelle Erfassung von vielen tausend Einzelbuchungen pro Jahr bei der Finanzbuchhaltung entfällt, was zusätzlich aus wirtschaftlichen Gründen zu befürworten ist.

Hierbei ist es aus Sicht der Rechnungsprüfung unerheblich, ob das zuvor beschriebene Fakturierungsprogramm zum Einsatz gelangt oder ein bestehendes Fachverfahren um ein Kassenmodul erweitert wird.

■ ■ Amt 12 – Bürgeramt

Zahlstelle	Datum	Ergebnis
Barkassen Bürgeramt	15.11.2017	Keine Beanstandung

■ ■ Amt 21 – Stadtkasse

Zur Überwachung der Zahlungsabwicklung wurde am 22. Juni und 07. November 2017 die Stadtkasse einer unvermuteten Kassenprüfung durch die Rechnungsprüfung unterzogen. Dabei erfolgte eine **Kassenbestandsaufnahme** hinsichtlich der Finanzmittelkonten und der Finanzmittelbestände. Als weitergehende Prüfung wurden die Bareinzahlungen, abgerechnet über die Quittungsblöcke 12.951 – 13.050 und 13.801 – 13.900, eingesehen und hinsichtlich der vollständigen und korrekten Verbuchung der Beträge überprüft.

Insgesamt ergaben sich **keine Beanstandungen**. Kassensoll- und Kassensistbestand stimmten überein und es resultierten dementsprechend keine Differenzen bezüglich der Barkasse und den Buchungen und Beständen im Mach-System.



Zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen kann die Gemeinde Kredite zur Liquiditätssicherung bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag (250 Mio. €) aufnehmen, soweit keine anderen Mittel zur Verfügung stehen (§ 105 GemO). Mit diesen Krediten soll lediglich der verzögerte Eingang von Deckungsmitteln überbrückt werden.

Das Kontogegenbuch weist zur letzten Prüfung im Berichtsjahr (07. November 2017) insgesamt **94,1 Mio.** Euro an Tagesgeld zur Liquiditätssicherung aus. Davon müssen kurzfristige Geldanlagen in Höhe von **20,0 Mio.** Euro abgesetzt werden, so dass per Saldo ein Betrag von **74,1 Mio.** Euro an kurzfristigen Verbindlichkeiten verbleibt.

Im Arbeitskreis „Derivate“ wurde beschlossen, einen Teil der kurzfristigen Liquiditätskredite über insg. 60 Mio. Euro in Schuldscheindarlehen mit einer Laufzeit bis zu zehn Jahren umzuwandeln. Der Beschluss wurde zum Teil (Prüfungszeitpunkt 07. November 2017) durch die Aufnahme von drei Einzelkrediten umgesetzt. Der Zinssatz variiert je nach Darlehen zwischen **1,54 %** und **1,84 %**. Die Rückzahlung ist je nach Laufzeit zwischen dem **31.12.2021** und dem **31.12.2026** terminiert. Insgesamt wurden Angebote von 16 verschiedenen Banken eingeholt. Weiterhin dienen die auf dem Konto 240 befindlichen Kassenbestände der Eigenbetriebe sowie des Kommunalen Studieninstituts der Liquiditätssicherung. Diese Summe belief sich bei der letzten Prüfung auf rd. **38,0 Mio.** Euro. Die Verzinsung der in Anspruch genommenen Beträge erfolgt zum Jahresende durch die Stadtkämmerei und errechnet sich aus den gemittelten Zinssätzen und der Höhe des in Anspruch genommenen Betrages.

Durch die in den letzten Jahren so nicht erwartete merkliche Verbesserung der Liquiditätssituation kam es in der Folge teils zu erheblichen Kassenbeständen auf den Girokonten der Stadt. Zur Vermeidung von Negativ- bzw. Strafzinsen bei der Hausbank wurden im **Mai 2017** durch die Kämmerei **25 Mio.** Euro für die Stadtentwässerung Koblenz und **2,5 Mio.** Euro für den Koblenzer Entsorgungsbetrieb bei drei verschiedenen Banken festgelegt. Hierbei beträgt der Zinssatz bei der ersten Bank für **12,5 Mio.** Euro **0,33 %**, bei der zweiten Bank für **10 Mio.** Euro **0,30 %** und bei der dritten Bank für **5 Mio.** Euro **0,18 %**. Die Laufzeiten dieser Finanzanlagen betragen insgesamt 18 Monate und endeten am **30.11.2018**. Weiterhin hat die Stadt Koblenz sog. „Verwarentgeltverträge“ mit zwei Kreditinstituten abgeschlossen, die im beschränkten Umfang ein zinsfreies Guthaben ermöglichen. Darüber hinaus gehende Guthaben werden mit Negativ- bzw. Strafzinsen belegt.

Aufgrund des weiterhin zu erwartenden hohen Liquiditätszuflusses und der Änderung bei der Einlagensicherung (Wegfall der Einlagensicherung für Kommunen ab dem 01. Oktober 2017) wurden im August 2017 **20 Mio.** Euro als Festgeld bei zwei Banken zu Tranchen von je 10 Mio. € angelegt. Der Zinssatz bewegt sich zwischen **minus 0,02 %** und **plus 0,05 %**.

Mithin betrug der Gesamtbetrag an Kassenkrediten zum Prüfungszeitpunkt 07. Nov. 2017 per Saldo rd. 112,1 Mio. Euro; er bewegt sich damit im unteren Bereich der Haushaltssatzung. Die gute Position der Stadt Koblenz bei dieser Kennzahl im interkommunalen Vergleich der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte in RLP bleibt unverändert.

Als **Fazit** der Prüfung des Bereiches „Liquiditätsplanung“ bleibt festzustellen, dass

- der in der Haushaltssatzung festgelegte Höchstbetrag an Kassenkrediten zu keinem Zeitpunkt überschritten wurde,
- nahezu täglich eine Anpassung des Kreditrahmens mit Abfrage der aktuellen Konditionen erfolgt,

- die aufgenommene Summe an Kassenkrediten angesichts der Kassenlage plausibel erläutert wurde und
- eine angemessene Verzinsung für die von den Eigenbetrieben im Rahmen der Einheitskasse zur Verfügung gestellten Finanzmitteln erfolgt.

Weiterhin wurden im Bereich der **Vollstreckungsstelle** die Bareinnahmen, die ebenfalls mittels Quittungsblöcken erhoben werden, geprüft. Das interne Kontrollsystem der Stadtkasse sieht vor, dass bei Rückgabe beschriebener und vor Ausgabe neuer Blöcke eine umfassende Kontrolle durch Abteilungsleiter bzw. den stellvertretenden Abteilungsleiter erfolgt. Hierbei wird die Vollständigkeit der Quittungen sowie die korrekte Ablieferung der Barbeträge an die Kasse geprüft und durch Unterschrift und Dienstsiegel bestätigt.

Die Rechnungsprüfung hat sich bei seiner Prüfung darauf beschränkt, die Wirksamkeit und Funktionalität sowie die konsequente und lückenlose Umsetzung der Vorgaben zu überprüfen. Auch hierzu waren keine Beanstandungen zu treffen.

■ ■ Amt 31 – Ordnungsamt

Zahlstelle	Datum	Ergebnis
Ordnungsamt	09.05.2017	Keine Beanstandung
Ordnungsamt	06.12.2017	Keine Beanstandung
Zulassungsstelle	06.04.2017	Keine Beanstandung
Zulassungsstelle	06.12.2017	Keine Beanstandung

■ ■ Amt 34 – Standesamt

Zahlstelle	Datum	Ergebnis
Standesamt	20.04.2017	Keine Beanstandung
Standesamt	21.11.2017	Keine Beanstandung

■ ■ Amt 37 – Amt für Brand- und Katastrophenschutz

Zahlstelle	Datum	Ergebnis
Amt Brand- u. Katastrophenschutz	08.11.2017	Keine Beanstandung

■ ■ Amt 42 – Stadtbibliothek

Zahlstelle	Datum	Ergebnis
Stadtbibliothek	16.11.2017	Keine Beanstandung

■ ■ Amt 43 – Volkshochschule

Zahlstelle	Datum	Ergebnis
VHS-Kasse	06.04.2017	Keine Beanstandung
VHS-Kasse	08.11.2017	Keine Beanstandung

■ ■ Amt 44 – Musikschule

Zahlstelle	Datum	Ergebnis
Handvorschuss	06.04.2017	Keine Beanstandungen

■ ■ Amt 45 – Städtische Museen

Zahlstelle	Datum	Ergebnis
Mittelrhein-Museum	25.04.2017	Keine Beanstandung
Mittelrhein-Museum	16.11.2017	Keine Beanstandung
Ludwig-Museum	25.04.2017	Keine Beanstandung
Ludwig-Museum	22.11.2017	Keine Beanstandung

■ ■ Amt 46 – Stadttheater

Zahlstelle	Datum	Ergebnis
Forum Confluentes	25.04.2017	Keine Beanstandung
Forum Confluentes	07.12.2017	Keine Beanstandung

■ ■ Amt 50 – Amt für Jugend, Familie, Senioren u. Soziales

Zahlstelle	Datum	Ergebnis
Jubüz Karthause	22.11.2017	Keine Beanstandung
Jugendtreff „Maulwurf“	22.11.2017	Keine Beanstandung
Jugendbegegnungsstätte Haus Metternich	22.11.2017	Geringfügige Differenzen zwischen Kassen-Ist und -Soll

■ ■ Amt 52 – Sport- und Bäderamt

Zahlstelle	Datum	Ergebnis
Freibad Oberwerth	30.08.2017	Keine Beanstandung
Beatusbad	06.04.2017	Keine Beanstandung
Beatusbad	08.11.2017	Keine Beanstandung

■ ■ Dezernatsbüro FB 04

Zahlstelle	Datum	Ergebnis
Bauberatungszentrum	09.05.2017	Keine Beanstandung
Bauberatungszentrum	14.11.2017	Keine Beanstandung

■ ■ Eigenbetriebe

Zahlstelle	Datum	Ergebnis
Grünfl. u. Bestattungsw. (EB 67)	08.11.2017	Keine Beanstandung
Entsorgungsbetrieb (EB 70)	09.05.2017	Keine Beanstandung
Entsorgungsbetrieb (EB 70)	14.11.2017	Keine Beanstandung
Problemmüllsammelstelle (EB 70)	06.04.2017	Keine Beanstandung
Problemmüllsammelstelle (EB 70)	08.11.2017	Keine Beanstandung
Wertstoffhof Niederberg (EB 70)	09.05.2017	Keine Beanstandung
Wertstoffhof Niederberg (EB 70)	14.11.2017	Keine Beanstandung
Forum Confluentes	25.04.2017	Keine Beanstandung
Forum Confluentes	07.12.2017	Keine Beanstandung



Kapitel 4

Prüfung von Vergaben





Die gemäß der Organisationsverfügung übertragene **Prüfung der Vergaben** basiert auf der Dienstanweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen bei der Stadt Koblenz.

Im Berichtsjahr lassen sich folgende Prüfungshandlungen und -ergebnisse anführen:

■ ■ Amt 10 – Haupt- und Personalamt

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
Rathaus, Konferenzzanlage	33.641	Keine Beanstandung
Versicherungen	996.059	Keine Beanstandung

☐ Erläuterungsbedürftige Vergaben

Schängel Center, Ingenieurleistungen	67.100 €	HOAI
Die Leistungsphase 7 wurde von 2 % auf 1,75 % durch die Rechnungsprüfung gekürzt.		

■ ■ Amt 31 – Ordnungsamt

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
2 Leasingfahrzeuge für den ruhenden Verkehr	18.579	Freihänd. Verg. (nach Aufhebung beschr. Ausschr.)
Leasingfahrzeug Vollzugsdienst	22.382	Keine Beanstandung

■ ■ Amt 37 – Amt für Brand- und Katastrophenschutz

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
Waldbrandtanklöschfahrzeug mit Beladung	238.042	Offenes Verfahren
Integrierte Leitstelle, e-Call - Anbindung	48.076	Freihändige Vergabe
Berufsbekleidung	65.670	Offenes Verfahren
3 Rettungsboote (RTB 3)	149.761	Keine Beanstandung
Beschaffung von Kleinfahrzeugen	161.741	Keine Beanstandung





Amt 40 – Kultur- und Schulverwaltungsamt

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
BBS Technik, Architekten	59.900	HOAI
BBS Technik, Drehmaschine	29.631	Freihändige Vergabe
BBS Technik, ELA Anlage	19.957	Keine Beanstandung
BBS Technik, Elektro	43.286	Keine Beanstandung
BBS Technik, Gerüst	15.170	Keine Beanstandung
BBS Technik, Heizung	61.210	Keine Beanstandung
BBS Technik, Ingenieurvertrag	119.352	HOAI
BBS Technik, Küche	60.392	Keine Beanstandung
BBS Technik, Lüftung	71.857	Keine Beanstandung
BBS Technik, PC Ausstattung	21.637	Keine Beanstandung
BBS Technik, Sanitär	61.272	Keine Beanstandung
BBS Technik, Software	16.921	Keine Beanstandung
BBS Technik, Trockenbau	34.959	Aufhebung (Unwirtschaftl.)
BBS Wirtschaft, BMA	19.670	Freihändige Vergabe
BBS Wirtschaft, Elektro	68.204	Keine Beanstandung
BBS Wirtschaft, Ingenieurvertrag	22.588	HOAI
BBS Wirtschaft, Ingenieurvertrag	27.729	HOAI
BBS Wirtschaft, Metallbau	38.827	Keine Beanstandung
BBS Wirtschaft, Trockenbau	45.579	Keine Beanstandung
Breitbachpreis, Catering	17.162	Keine Beanstandung
Bischöfliche RS, Elektroarbeiten	35.837	Keine Beanstandung
Clemens Brentano-Schule, Architektenvertrag	52.803	HOAI
Clemens-Brentano-Schule, Elektro	17.343	Keine Beanstandung
Clemens-Brentano-Schule, Heizung	69.669	Keine Beanstandung
Clemens-Brentano-Schule, Ingenieurvertrag	23.195	HOAI
Clemens-Brentano-Schule, Küche	30.655	Keine Beanstandung
Clemens-Brentano-Schule, Lüftung	86.514	Keine Beanstandung
Clemens-Brentano-Schule, Maler	17.774	Keine Beanstandung
Clemens-Brentano-Schule, Sanitär	47.859	Keine Beanstandung
Clemens-Brentano-Schule, Sanitär	29.660	Keine Beanstandung
Diesterweg, Gerüstbau	33.422	Keine Beanstandung
Diesterweg, Metallbau	44.600	Keine Beanstandung

Eichendorff Gymnasium, RLT Gerät	19.616	Keine Beanstandung
Goethe RS, Container	232.602	Keine Beanstandung
Görres Gymnasium, Abbruch	21.336	Keine Beanstandung
Görres Gymnasium, Architekten	173.298	HOAI
Görres Gymnasium, Aufzug	66.973	Keine Beanstandung
Görres Gymnasium, Dachdecker	15.982	Keine Beanstandung
Görres Gymnasium, Elektro	24.938	Keine Beanstandung
Görres Gymnasium, Ingenieurvertrag	48.573	HOAI
Görres Gymnasium Lüftung	109.951	Keine Beanstandung
Görres Gymnasium, Maler	49.978	Keine Beanstandung
Görres Gymnasium, Metallbau	65.131	Keine Beanstandung
Görres Gymnasium, Sanitär	39.000	Keine Beanstandung
Görres Gymnasium, Schlosser	29.121	Keine Beanstandung
Görres Gymnasium, Trockenbau	46.202	Keine Beanstandung
Görres Gymnasium, Verdunklung	52.070	Keine Beanstandung
Grundschulen, Betreuung	862.465	Keine Beanstandung
GS Freiherr v Stein, Architekten	234.605	HOAI
GS Freiherr v. Stein, Ingenieurleistungen	130.276	HOAI
GS Freiherr v. Stein, Tragwerk	94.908	Keine Beanstandung
GS Güls, Architekten	153.722	HOAI
GS Güls, Ingenieurleistungen	109.720	HOAI
GS Güls, Tragwerksplanung	55.149	HOAI
GS Güls, Versetzen Spielgeräte	22.344	Freihändige Vergabe
GS Lützel, Außenanlagen	64.611	Keine Beanstandung
GS Lützel, Lieferung/Einbau von Spielgeräten	56.845	Keine Beanstandung
GS Neuendorf, Baugrund	36.256	Keine Beanstandung
GS Pfaffendorf, Architekten	27.469	HOAI
GS Pfaffendorf, Ausbaugewerke	15.000	Keine Beanstandung
GS Pfaffendorf, Gerüstbau	39.674	Keine Beanstandung
GS Pfaffendorf, Heizung	12.967	Keine Beanstandung
GS Pfaffendorf, Ingenieur	17.314	HOAI
GS Pfaffendorf, Ingenieur	29.606	HOAI
GS Pfaffendorf, Ingenieur	47.088	HOAI
GS Pfaffendorf, Metallbau	131.868	Keine Beanstandung



GS Pfaffendorf, Metallbau	223.276	Keine Beanstandung
GS Pfaffendorf, Reinigung	18.300	Keine Beanstandung
GS Pfaffendorf, Trockenbau	19.901	Keine Beanstandung
GS Neukarthause, Metallbau	108.990	Keine Beanstandung
GS Neukarthause, Stahlbau	54.775	Keine Beanstandung
GS Neukarthause, Rohbau	35.001	Keine Beanstandung
GS Rübenach, Architekt	82.941	HOAI
GS Rübenach, Ingenieurvertrag	101.581	HOAI
GS Rübenach, Ingenieurvertrag	100.945	HOAI
GS Schenkendorf, Architektenvertrag	25.962	HOAI
GS Schenkendorf, Architektenleistung	26.685	HOAI
GS Schenkendorf, Essen	105.998	Keine Beanstandung
GS Schenkendorf, Ingenieurleistung	31.100	HOAI
GS Schenkendorf, Mensa Möbel	27.556	Keine Beanstandung
GS Schenkendorf, Errichtung Mensa, Tiefbau	68.963	Keine Beanstandung
GS Wallersheim, Container	82.780	Keine Beanstandung
GS Wallersheim, Schülertransport	21.184	Keine Beanstandung
GS Willi Graf, Dach	157.362	Keine Beanstandung
GS Willi Graf, Elektro	33.932	Keine Beanstandung
GS Willi Graf, Elektro	293.428	Keine Beanstandung
GS Willi Graf, Estrich	42.146	Keine Beanstandung
GS Willi Graf, Gerüstbau	80.809	Keine Beanstandung
GS Willi Graf, Metallbau	209.316	Keine Beanstandung
GS Willi Graf, Rohbau	999.712	Keine Beanstandung
GS Willi Graf, Rückbau	233.465	Keine Beanstandung
GS Willi Graf, Trockenbau	82.655	Keine Beanstandung
Gymnasium Asterstein, Abbruch	144.612	Keine Beanstandung
Gymnasium Asterstein, Trockenbau	66.136	Keine Beanstandung
Gymnasium Karthause, Reinigungsarbeiten	22.585	Keine Beanstandung
Gymnasium Karthause, Lüftung	86.405	Keine Beanstandung
Gymnasium Karthause, Trockenbau BT 3,5	78.219	Keine Beanstandung
Gymnasium Karthause, Trockenbau BT 4	54.165	Keine Beanstandung
Gymnasium Karthause, Trockenbau	30.316	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Architektenvertrag	63.074	HOAI



Hilda Gymnasium, Architektenvertrag	70.288	HOAI
Hilda, Gymnasium Container	68.850	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Elektro	288.777	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Erd.-Rohbau	1.154.872	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Gerüstbau	59.514	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Heizung	132.707	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Kesseltausch	85.352	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Malerarbeiten	40.661	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Metallbauarbeiten	43.040	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Nachtrag	91.469	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Rohbauarbeiten	183.219	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Rückbau	129.174	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Sanitär	15.237	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Schreinerarbeiten	63.248	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Spezialtiefbau	143.431	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Stühle	18.659	Keine Beanstandung
Hilda Gymnasium, Trockenbau	122.788	Keine Beanstandung
Max v Laue Gymnasium, Glasfaser	18.378	Keine Beanstandung
Max v Laue Gymnasium, WLAN	28.227	Keine Beanstandung
RS Albert Schweitzer, Trockenbau	35.434	Keine Beanstandung
RS Asterstein, Ingenieurleistung	34.316	HOAI
RS Clemens, Ingenieurvertrag	25.513	HOAI
RS Karthause, Elektro	19.970	Keine Beanstandung
RS Karthause, Elektro	22.182	Keine Beanstandung
RS Karthause, Lüftung	50.637	Keine Beanstandung
RS Karthause, Ingenieurvertrag	21.167	HOAI
RS Karthause, Sanitär	31.537	Keine Beanstandung
Schulen, Aktivboard	69.000	Keine Beanstandung
Schulen, Mittagsverpflegung	531.617	Keine Beanstandung
Schulen, Schülertransport	40.446	Keine Beanstandung
Schulen, Winterdienst	25.136	Keine Beanstandung
Sporthalle Asterstein, Aufzug	56.687	Keine Beanstandung
Sporthalle Asterstein, Dachabdichtung	560.322	Keine Beanstandung
Sporthalle Asterstein, Gefahrenm.	122.337	Keine Beanstandung



Sporthalle Asterstein, Heizung	421.132	Keine Beanstandung
Sporthalle Asterstein, Lüftung	174.997	Keine Beanstandung
Sporthalle Asterstein, Metallbau	198.019	Keine Beanstandung
Sporthalle Asterstein, Nachtrag	30.288	Keine Beanstandung
Sporthalle Asterstein, Rohrleitung	38.012	Keine Beanstandung
Sporthalle Asterstein, Sanitär	300.038	Keine Beanstandung
Sporthalle Asterstein, Stahlbau	422.939	Keine Beanstandung
Stadtgebiet, Schulbuchausleihe	63.000	Keine Beanstandung

☐ Erläuterungsbedürftige Vergaben

BBS Technik, Architektenvertrag	22.588 €	Zugestimmt
Der Architektenvertrag mit Honorarvorschlag eines Büros nebst Kostenschätzung eines weiteren Büros für den Umbau der Sporthallennebenräume in der BBS Technik wurden der Rechnungsprüfung zur Prüfung vorgelegt. Die vorgelegte Honorarsumme von rd. 275 T€ wurde seitens der Rechnungsprüfung um rd. 4.400 € nach unten korrigiert und durch das Fachamt umgesetzt. Gründe hierfür waren die Nichtberücksichtigung einiger bereits erbrachter Vorleistungen durch die Koblenzer WohnBau, die Nichtberücksichtigung der ZVS an der Durchführung der Vergaben und die Reduzierung der Nebenkosten von 5 % auf 3 %. Weiterhin wurde die im Honorarvorschlag vorgesehene Honorarzone III nach der Anlage 10.2 (Objektteile Gebäude) auf die Honorarzone II reduziert.		

BBS Technik, Ingenieurvertrag	90.774 €	
Ein Vergabevorschlag des ZGM für Ingenieurleistungen an der BBS Technik (Sanierung WC-Anlagen) an ein Ingenieurbüro wurde der Rechnungsprüfung zur Prüfung vorgelegt. Hierbei gab es nach der HOAI keine Beanstandungen festzustellen. Allerdings wurde mit dem neuerlichen Auftrag die VgDA § 3, III, Abs. (4) der Stadt Koblenz nicht beachtet. Der Verstoß begründet sich darin, dass dieses Büro in den letzten beiden Jahren bereits 10 Aufträge mit einer Auftragssumme von über 562 T€ durch den gleichen Mitarbeiter erhielt. Auch wenn die Kapazitäten der freiberuflichen Ingenieurbüros derzeit durch die anhaltend hohe Auslastung eingeschränkt sind und es im Einzelfall aus wirtschaftlichen Gründen und Gründen eines effektiven Arbeitsablaufes geboten erscheint, die Aufträge an dieses Ingenieurbüro zu vergeben, sollte die vom Landesgesetzgeber verlangte Streuung solcher Aufträge auf möglichst viele Büros konsequenter umgesetzt werden.		

Görres Gymnasium, Ingenieurvertrag	18.781 €	
Die Rechnungsprüfung hat die Nebenkosten im Angebot des Büros von 5 % auf 3 % gekürzt. Der Einsparbetrag betrug rd. 300 €.		

GS Rübenach, Ingenieurvertrag

130.686 €

Die Prüfung ergab, dass ein 20 %-iger Modernisierungszuschlag für die Anlagengruppe 4 aufgrund der Beschreibung der bereits sanierten Elektroverteilungen durch das Amt 65 zu hoch ist. Der Vorschlag der Rechnungsprüfung eines Minderzuschlages von 10 % führte zu einer Einsparung von ca. **5 T€**.

GS Schenkendorf, Architektenvertrag

38.549 €

Im vorgelegten Honorarvorschlag wurde angeführt, dass ein Büro bereits die Ausführung des Aufzuges (22.03.17) im Rahmen einer barrierefreien Erschließung des Gebäudes in Auftrag hat (27 T€). Der Rechnungsprüfung ist bekannt, dass dieses Büro in den letzten Jahren weitere Planungsaufträge für bauliche Ausführungen in diesem Gebäude erhielt und demzufolge über umfangreiches Detailwissen und Planunterlagen verfügt.

In diesem Auftrag waren besondere Leistungen für das Aufmaß und die Nachprüfung von Randbedingungen (Bestand) i.H.v. 3.320 € (58 Stunden) enthalten, die nach Auffassung der Rechnungsprüfung überhöht und nicht ausreichend begründet waren. Ebenso zählen diese Leistungen zur Leistungsphase 1 und sind dort entsprechend zu vergüten.

Das ZGM folgte der Empfehlung der Rechnungsprüfung, sich erneut mit dem Büro abzustimmen und anschließend einen modifizierten Vertragsentwurf der Rechnungsprüfung vorzulegen.

Hilda Gymnasium, Verkehrssicherung

74.271 €

Bei diesem Vorhaben wurden für die notwendigen Baumschutzmaßnahmen und Verkehrssicherungsarbeiten in der Südallee eine beschränkte Ausschreibung gem. § 3a Abs. 2 VOB/A bzw. nach § 3 I Nr. 1 b) VgDA durchgeführt. Hierbei wurden aus der Vorschlagsliste acht Firmen aufgefordert, ein Angebot abzugeben.

Nach der Kostenkalkulation waren für diese Leistungen Aufwendungen von 57 T€ netto veranschlagt. Zum Eröffnungstermin ging bei der Zentralen Vergabestelle (ZVS) nur ein geprüftes und gewertetes Angebot mit einem Angebotspreis von 186.254,74 € brutto ein.

Da dieses Angebot deutlich über der Kostenschätzung lag, konnte dem Vergabevorschlag seitens des Rechnungsprüfungsamtes aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nicht zugestimmt werden.

Zwischen Vertretern des Amtes 65, eines Architektenbüros sowie der Rechnungsprüfung wurde nach vorheriger Abstimmung mit dem Gartenamt eine veränderte Vorgehensweise bei den Verkehrssicherungs- und Baumschutzmaßnahmen besprochen. Die erneute Durchführung einer beschränkten Ausschreibung ergab nunmehr einen Angebotspreis von 74.271 €; mithin eine Reduzierung um rd. **112 T€**.



Außenerschließung Neubau Sporthalle u. Kita Asterstein, Obj.-Planung Freianlagen (Architekt)	27.064 €	Beanstandung
---	----------	--------------

Für die Erschließung der Außenanlage Kindertagesstätte und Sporthalle in Koblenz-Asterstein wurde der Rechnungsprüfung über die Objektplanung Freianlagen ein Honorarangebot über rd. 30 T€ zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt. Grundlage der Honorarberechnung sind u. a. die anrechenbaren Kosten gemäß § 4 HOAI. Der dem Honorarangebot beiliegende Auszug aus der Kostenberechnung nach DIN 276 betrug ca. 670 T€.

Im Rahmen der Prüfung war jedoch festzustellen, dass die Ermittlung der anrechenbaren Kosten fehlerhaft war und durch die Rechnungsprüfung auf rd. 600 T€ korrigiert werden musste. Mit der Folge, dass die Honorarberechnung nunmehr rd. 27 T€ betrug. Die Einsparung beläuft sich auf **rd. 2.700 € brutto**.

■ ■ Amt 46 – Stadttheater

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
Stadttheater, Garderobenpersonal	25.730	Keine Beanstandung
Theater, Lastenaufzug	76.895	Freihändige Vergabe
Stadttheater, Ingenieurvertrag	63.581	HOAI
Theater, Türen	17.034	Keine Beanstandung
Theater, Bühnenboden	17.481	Freihändige Vergabe
Theater, Warmwasserbereiter	24.891	Keine Beanstandung

☐ Erläuterungsbedürftige Vergaben

Stadttheater, Lüftung Reinigung	33.450 €	Freihändige Vergabe
--	----------	---------------------

Für die Reinigung der Lüftungskanäle im Stadttheater wurden zwei Angebote zur Prüfung vorgelegt. Nach Sichtung des TÜV-Prüfberichtes vom 21.03.17 kam die Rechnungsprüfung zu der Kenntnis, dass die Verunreinigungen der Lüftungskanäle sich in den letzten Jahren kontinuierlich aufgebaut haben. Insofern wäre bei einer zeitnahen Abarbeitung der Prüfberichte des TÜV eine Reinigung mit vorgeschalteter fachgerechter Ausschreibung möglich gewesen.

Mit Blick auf die nunmehr gegebene „Eilbedürftigkeit“ (Bauausführung bis August 2017) und die ansonsten vom TÜV aufgrund der Gesundheitsmängel angedachte Schließung des Theaters stimmte die Rechnungsprüfung der freihändigen Vergabe ausnahmsweise zu. Im Übrigen wird auf die entsprechenden Prüfungshandlungen des Rechnungsprüfungsausschusses im Rahmen der Prüfung von freihändigen Vergaben verwiesen.



Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
Spielplätze, Lieferung/Montage Spielgeräte	51.993	Keine Beanstandung
Spielplätze, Lieferung/Montage Spielgeräte	33.976	Keine Beanstandung
Mittagsverpflegung Kindertagesstätten	315.951	Offenes Verfahren
Transport Kinder Tagesstätte „Wilde Löwen“	26.750	Keine Beanstandung
Asylbewerberunterkünfte Schlachthofstraße und Fritsch-Kaserne, Sicherheitsdienst	78.118	Freihändige Vergabe
Kita „Eulenhorst“, Landschaftsbauarbeiten	23.701	Keine Beanstandung
Kita Löwentor, Tragwerkplanung	77.691	Keine Beanstandung
Kita „Pustebume“, Objektplanung Freianlage	27.025	Keine Beanstandung
Rhein-Kaserne, Küche	65.245	Keine Beanstandung
Schängel Center, Trockenbau	48.861	Keine Beanstandung
Kita „Am Löwentor“, Objektplanung Freianlage	43.785	Keine Beanstandung
Kita Asterstein, Gerüstbau	24.105	Keine Beanstandung
Kita Asterstein, Rohbau	641.747	Keine Beanstandung
Kita Asterstein, Heizung	159.681	Keine Beanstandung
Kita Asterstein, Metallbau	223.526	Keine Beanstandung
Kita Asterstein, Dachdecker	248.529	Keine Beanstandung
Kita Asterstein, Sanitär	132.440	Keine Beanstandung
Kita Asterstein, Estrich	22.494	Keine Beanstandung
Kita Asterstein, Lüftung	145.836	Keine Beanstandung
Kita Asterstein, Außenputz	50.730	Keine Beanstandung
Kita Asterstein, Innenputz	39.441	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Rohbau	598.925	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Gerüstbau	16.592	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Heizung	184.018	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Trockenbau	52.462	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Estricharbeiten	25.305	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Innenputzarbeiten	41.611	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Metallbau	256.388	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Außenputz	76.790	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Fliesenarbeiten	55.531	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Bodenbelag	59.332	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Sanitär	148.011	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Lüftung	124.083	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Elektro	347.670	Keine Beanstandung

Kita Neuendorf, Dachdecker	321.217	Keine Beanstandung
Kita Neuendorf, Maler	69.694	Keine Beanstandung
Kita Karthause, Wärmepumpe	12.433	Keine Beanstandung
Kita Karthause, Metallbau	343.333	Keine Beanstandung
Kita Karthause, Dachdecker	361.052	Keine Beanstandung
Kita Karthause, Rohbau	921.731	Keine Beanstandung
Kita Karthause, Gerüstbau	23.380	Keine Beanstandung
Kita Karthause, Lüftung	184.484	Keine Beanstandung
Kita Karthause, Sanitär	231.293	Keine Beanstandung
Kita Karthause, Heizung	199.862	Keine Beanstandung
Kita Pfarrer Friesenhahn, Machbarkeit	19.377	Keine Beanstandung
Kita Karthause, Innenputz	55.378	Keine Beanstandung
Kita Karthause, Aussenputz	50.954	Keine Beanstandung
Kita Karthause, Estrich	32.775	Keine Beanstandung
Kita Karthause, Fliesen	66.383	Keine Beanstandung
Kita Asterstei, Fliesen	41.696	Keine Beanstandung
Rheinkaserne, Zaun	6.211	Keine Beanstandung
Rheinkaserne, Stahlbau	58.460	Keine Beanstandung
Rheinkaserne, Rampe	28.955	Keine Beanstandung
Rheinkaserne, Metallbau	21.289	Keine Beanstandung
Rheinkaserne, Erdbau	27.169	Keine Beanstandung
Kita Asterstein, Trockenbau	51.055	Keine Beanstandung
Kita Karthause, Trockenbau	68.455	Keine Beanstandung

■ ■ Amt 52 – Sport- und Bäderamt

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
Sportpark Oberwerth, 4. BA, Kanal-/Tiefbau	1.993.652	Keine Beanstandung
Stadion Oberwerth, Erneuerung Kunststofflaufbahn; Entwässerung	1.125.264	Keine Beanstandung
Beschaffung Großflächenmäher	45.355	Keine Beanstandung
Sportplatz „In der Kaul“, Hybridrasen	16.807	Freihändige Vergabe
Lieferung eines Kompaktschleppers	23.490	Keine Beanstandung
Stadion Oberwerth, Mängelbeseitigung Elektro	33.900	Keine Beanstandung
Stadion Oberwerth, Kameraertüchtigung	39.713	Keine Beanstandung
Beatusbad, Sanitär	76.928	Keine Beanstandung

Beatusbad, Heizung	12.782	Keine Beanstandung
Beatusbad, Sicherheitslicht	24.264	Keine Beanstandung

☐ Erläuterungsbedürftige Vergaben

Sportpark Oberwerth, 4. BA, Erneuerung Kunststofflaufbahn inkl. leichtathletische Einbauten u. Stadionentwässerung	81.518 €	Beanstandung
Über die Objektplanung Freianlagen (Leistungsphasen 6 - 8) der Erneuerung der Kunststofflaufbahn wurde der Rechnungsprüfung ein Honorarangebot über rd. 84 T€ zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt. Die Prüfung des Honorarangebotes hat ergeben, dass die Grundleistung „Mitwirkung bei der Vergabe“ - Leistungsphase 7 - des § 39 der HOAI 2013 mit 2 v. H. statt mit 1 v. H. bewertet und angeboten wurde. Die Kürzung dieser Leistungsphase ist damit zu begründen, dass Teilgrundleistungen durch die Zentrale Vergabestelle und das Fachamt erbracht werden. Vergabeunterlagen versenden, das Vergabeverfahren betreffende Auskünfte erteilen, Angebote entgegennehmen oder öffnen, den Eröffnungstermin durchführen sind ureigene Bauherrenaufgaben und dürfen nicht von dem in das Vergabeverfahren eingeschalteten freiberuflich Tätigen erbracht werden. Nach Prüfung des Angebotes betrug die Honorarberechnung 81.518 € gegenüber 83.692 €. Die Honorarkürzung betrug somit 2.174 €.		

Freibad Oberwerth, Beschichtung der Großrutschbahn	19.952 €	Beanstandung
Ein ortsansässiges Malerunternehmen hatte im Juni 2017 den Auftrag zur Beschichtung der Großrutschbahn im Freibad Oberwerth zum Preis von 19.952,14 EUR erhalten. Die Firma war einziger Anbieter einer über die ZVS durchgeführten beschränkten Ausschreibung. Noch vor Ausführungsbeginn der Arbeiten reichte die Firma am 11.09.2017 ein Nachtragsangebot über 11.900 EUR ein. In diesem wies sie darauf hin, dass im Ausschreibungstext nur ein Anstrich vorgesehen war, nach Herstellerangaben aber zwei Anstriche (Beschichtungen) erforderlich seien. Nach Rücksprache mit dem Rechtsamt wurde die Ausschreibung aufgehoben. In einem neuen Verfahren wurde der Text konkretisiert.		

■ ■ Amt 61 – Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
Fördergebiet Soziale Stadt Neuendorf; Plankenweg, Beweissicherung, Überwachung (Ing.)	39.930	Freihändige Vergabe
Großfestung Koblenz, Fort Asterstein, Herstellung/Lieferung/Einbau einer Toranlage	17.999	Freihändige Vergabe
Fördergebiet Soziale Stadt Neuendorf; Ausbau Plankenweg, Straßen- und Tiefbauarbeiten	1.287.158	Geringf. Beanstandung



Großfestung Koblenz, freiraumplanerische Leistung, Besondere Leistungen (Architekt)	32.937	Freihändige Vergabe
Neugestaltung Südallee, Wettbewerbsbetreuung	38.150	Keine Beanstandung
„Gewerbegebiet an der B 9 – Bubenheim“ Ausgleichsflächen, Landschaftsbauarbeiten	107.822	Keine Beanstandung
FNP Koblenz, Fortschreibung	25.964	Keine Beanstandung
Stadtgebiet, Entwicklungsmaßnahme	23.690	Keine Beanstandung
Südallee, Parkraumbewirtschaftung	19.802	Freihändige Vergabe

☐ Erläuterungsbedürftige Vergaben

Freiraumplanerische Leistungen Projekt Großfestung Koblenz, Objektplanung	233.265 €	Beanstandung
Die Prüfung des Honorarangebotes „Objektplanung Freianlagen“ hatte ergeben, dass die Grundleistungen „Vorbereitung der Vergabe“ – Leistungsphase 6 – mit 7 v. H. statt mit 6,5 v. H. und „Mitwirkung bei der Vergabe“ – Leistungsphase 7 - des § 39 der HOAI 2013 mit 3 v. H. statt mit 1 v. H. bewertet und angeboten wurde. Die Kürzungen dieser Leistungsphasen sind damit zu begründen, dass Teilgrundleistungen durch die Zentrale Vergabestelle und das Fachamt erbracht werden. Das der Rechnungsprüfung vorgelegte Angebot über 239.901 € wurde durch die Prüfung auf 233.265 € gekürzt und somit eine Einsparung von ca. 6.600 € erzielt.		

Parkraumerhebung Südallee	18.251 €	Freihändige Vergabe
Die Vergabeempfehlung für die PKW-Parkraumerhebung der Bewirtschaftungszonen 6 A,B, 8 A,B, 9 A,B, 11 und 12 B (künftig Zone 2) wurde der Rechnungsprüfung zur Prüfung vorgelegt. Die ADD wünschte eine räumliche Ausdehnung der Untersuchung zu den bereits untersuchten Zonen 7A,B, 10A,B (künftig Zone 1) im Bereich der Südallee. Einer Nachtragsvergabe an das bereits früher beauftragte Büro hat das Rechnungsprüfungsamt nicht zugestimmt, da auch die ADD aus förderrechtlicher Sicht eine erneute Anfrage bei verschiedenen Büros gefordert hat. Dem kam das Amt 61 nach und es ging neben dem Nachtragsangebot des früher beauftragten Büros über 41.933 € ein weiteres Angebot einer Firma über 18.251 Euro ein. Ausweislich des Leistungsverzeichnisses entfallen der weitaus überwiegende Teil auf die Erfassung und des Zählens der Fahrzeuge bei Tag und in der Nacht. Insoweit war eine derart große Preisdiskrepanz zwischen den beiden Angeboten zunächst nicht plausibel. Das Rechnungsprüfungsamt stimmte der Vergabe an den mindestfordernden Bieter daher nur unter der Maßgabe zu, dass - der Bieter die Auskömmlichkeit des Angebotes schriftlich bestätigt, - der Bieter die „Mustererklärung zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes“ unterzeichnet und - die Verwaltung zur Gewährleistung eines objektiven und rechtssicheren Untersuchungsergebnisses die Qualität des eingesetzten Personals überwacht.		

Nachverkehrsplan

44.000 €

Freihändige Vergabe

Die Stadt Koblenz beabsichtigt, nach Ablauf der Liniengenehmigungen im Dezember 2020, im innerstädtischen öffentlichen Personennahverkehr die Folgeleistungen als Direktvergabe nach Artikel 5, Absatz 2 der Verordnung (EG) 1370/2007 an einen internen Betreiber zu vergeben. In 2015 wurde der Nahverkehrsplan beschlossen und somit die Rahmenbedingungen zur Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs für die nächsten 5 Jahre festgelegt. Mit der Begleitung des gesamten Entscheidungs- und Vergabeprozesses hat das Amt 61 ein Büro, bei dem es sich um ein anerkanntes Beratungsunternehmen im ÖPNV handelt, betraut. Zum Zeitpunkt der Vorlage dieses Auftrages hatte dieses Unternehmen bereits vier Aufträge mit einem Gesamtvolumen von 28.500 € erhalten.

Nun beabsichtigte Amt 61, auf der Basis eines abgeschlossenen Rahmenangebotes aus dem Jahr 2015, einen weiteren Auftrag über ca. 44.000 Euro zu vergeben. Die Beschreibung des Leistungsumfangs gestaltete sich sehr differenziert und die jeweiligen Anforderungen, die von Seiten der Stadt an das Büro gestellt werden, lassen sich nicht hinreichend beschreiben. Die Leistungen werden zudem im Detail von dem Büro abgerufen, insofern kann die Auftragssumme von der Angebotssumme abweichen.

■ ■ Amt 62 – Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
GNSS Empfänger	16.900	Keine Beanstandung
Stadtgebiet, Luftbilder	15.827	Keine Beanstandung
Stadtplan, Stadtportal	20.000	Keine Beanstandung
Stadtverwaltung, Laserscanner	86.379	Keine Beanstandung
GNSS Empfänger	16.900	Keine Beanstandung
Stadtgebiet, Luftbilder	15.827	Keine Beanstandung
Stadtplan, Stadtportal	20.000	Keine Beanstandung
Stadtverwaltung, Laserscanner	86.379	Keine Beanstandung

☐ Erläuterungsbedürftige Vergaben

Waldspielplätze, Instandhaltung

33.470 €

Die freihändige Vergabe von Instandsetzungsarbeiten an 7 Waldspielplätzen wurde der Rechnungsprüfung zur Zustimmung vorgelegt. Das Amt 62 in Person des zuständigen Revierleiters hat in Zusammenarbeit mit einem Kollegen eine Begehung und Bestandaufnahme dieser Waldspielplätze vorgenommen und für jeden Spielplatz die erforderlichen Arbeiten und Materialien in einem „Leistungsverzeichnis“ zusammengestellt. Es wurden vier potentielle Bieter aus dem Umkreis ausgewählt, die alle ein Angebot eingereicht hatten.

Die Rechnungsprüfung stellte hierzu zahlreiche Verstöße gegen das Vergaberecht fest. Hierzu zählten unter anderem: aufgrund der Vergabesumme hätte keine freihändige



Vergabe, sondern eine beschränkte Ausschreibung nach VOB/A erfolgen müssen (VgDA §3, I, Abs. 1d). Ebenso wäre ab 5 T€ brutto die ZVS in das Vergabeverfahren einzubinden gewesen. Die Angebote wären an die ZVS zu richten gewesen und nicht, wie im Anschreiben gefordert, an die Privatadresse des Revierleiters. Durch die Art des aufgestellten Leistungsverzeichnisses gingen vier unterschiedliche Angebote ein, die in der Form nicht vergleichbar sind. Im Angebot Nr. 4 fehlten Massenangaben und Gesamtpreise. Im Angebot Nr. 1 wurden Stunden und Löhne eingetragen, die alle bei den Arbeiten erforderlichen Gerätschaften enthalten. Außerdem wurden im Angebot 1 und 4 keine Stundenanzahlen und Löhne für händisches Schachten eingetragen. Das Angebot Nr. 4 enthielt keine Maschinenstunden etc. Insgesamt gesehen handelte es sich um ein intransparentes Verfahren.

Nach Sichtung der Unterlagen mit Leistungsverzeichnis und Angebote kam die Rechnungsprüfung zur Auffassung, dass eine erneute beschränkte Ausschreibung kein anderes Ergebnis erwarten lässt und die hierdurch entstehende Zeitverzögerung dazu führen wird, dass die zu sanierenden Waldspielplätze einen Großteil des Sommers gesperrt werden müssten. Die vorgeschlagene und mindestfordernde Fa. Jakoby war dem Amt bekannt und konnte entsprechende Referenzen vorweisen. Der zu vergebende freihändige Auftrag ist mit über 30 T€ gem. VgDA dem zuständigen Vergabeausschuss vorzulegen. Sofern die entsprechenden Mittel genehmigt werden, stellt das RPA auf Grund der vorgenannten Aspekte seine Bedenken gegen die Vergabe des Auftrags an den Mindestfordernden zum Angebotspreis von 33.470 € zurück.

Aus Sicht der Rechnungsprüfung machte die beabsichtigte Vergabe deutlich, dass die fachlichen Kapazitäten im Amt nicht gebündelt oder nicht vorhanden sind, um derartige Tiefbaumaßnahmen fachgerecht auszuschreiben. Aus diesem Grund erging an das Amt die Forderung, dass zukünftig Reparatur- und Erdarbeiten an Spielplätzen nach DIN-EN 1176 dem Amt 66 oder besser dem EB 67 übertragen werden.

Forststützpunkt, Nachtrag Heizung	22.656 €	
Für die Versorgung des Forststützpunktes wurde ein Nachtrag über Heizungs-, und Sanitärversorgung zur Prüfung eingereicht. Die ursprüngliche Auftragssumme betrug 9.841 Euro. Der Nachtrag einschließlich des Ursprungsauftrages schließt nunmehr mit einer Summe von 22.656 Euro ab. Im Rahmen einer Ortbesichtigung konnte festgestellt werden, dass der Nachtrag sachlich gerechtfertigt ist. Allerdings ist festzustellen, dass der gesamte Nachtrag schon ausgeführt war. Nach § 14 (2) VgDA sind Nachtragsangebote wie Hauptaufträge zu behandeln, d.h. der Auftrag hätte vor Auftragserteilung der Rechnungsprüfung zur Prüfung vorgelegt werden müssen.		

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
Dienstwagen	20.683	Keine Beanstandung
Hochhaus Bahnhof, Industriekletterer	37.293	Keine Beanstandung
Jahresvertrag Elektro	133.052	Keine Beanstandung
Jahresvertrag Elektro	280.149	Keine Beanstandung
Kurt-Esser-Haus, Heizung	60.479	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Dachdecker	67.245	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Dachdecker	51.896	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Dachdecker	119.408	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Rohrreinigung	13.536	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Glasarbeiten	33.102	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Glasarbeiten	14.760	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Glasarbeiten	24.856	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Fliesen	52.442	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Fliesen	29.326	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Fliesen	26.960	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Lüftung	50.029	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Maler	24.733	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Maler	49.008	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Maler	26.768	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Jalousien	41.007	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Jalousien	19.426	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Jalousien	24.236	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Gerüstbau	32.219	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Gerüstbau	25.976	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Gerüstbau	60.070	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Roh- und Rückbau	40.390	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Roh- und Rückbau	37.250	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Rohrisolierung	29.196	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Schlosserarbeiten	13.486	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Schlosserarbeiten	11.565	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Schlosserarbeiten	23.921	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Sanitär	25.292	Keine Beanstandung

Rahmenvertrag, Sanitär	34.918	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Sanitär	45.539	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Schreiner	12.683	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Schreiner	11.125	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Schreiner	24.530	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Trockenbau	61.302	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Trockenbau	62.501	Keine Beanstandung
Rahmenvertrag, Trockenbau	102.863	Keine Beanstandung
Stadtgebiet, Gaslieferung	42.291	Keine Beanstandung
Stadtgebiet, Strom	71.704	Keine Beanstandung
Trierer Str. 333, Abbruch	57.041	Keine Beanstandung
Wartung RLT	35.318	Keine Beanstandung
Wartung Trinkwasser	25.164	Keine Beanstandung
Wartung Gebläse Wärme	28.127	Keine Beanstandung
Wartung Gasleitungen	16.580	Keine Beanstandung

☐ Erläuterungsbedürftige Vergaben

Stadt, Schließsysteme	16.000 €	Freihändige Vergab
Die Beschaffung der zentralen Komponenten bedurften der Zustimmung der EDV-Lenkungsgruppe. Insofern erfolgte die Genehmigung zur Vergabe vorbehaltlich der Zustimmung dieses Gremiums.		

Rahmenvertrag, Roh- und Rückbau	69.562 €	
Der Rechnungsprüfung wurde die Vergabe Roh- und Rückbau zur Prüfung am 07.02.2017 vorgelegt. Zwei Firmen hatten bei der öffentlichen Ausschreibung (in drei Losen) ein Angebot abgegeben. Der Ausschreibungstext sah vor, dass jeder Bieter für jedes Los ein Angebot abgeben, er aber nur maximal zwei Lose als Auftrag erhalten kann. Es war vorgesehen, an Bieter 2 das Los 1 und das Los 3 und an Bieter 1 das Los 2 zu vergeben. Im Leistungsverzeichnis wurden zudem Zuschläge für Lohn <u>und</u> Material u.a. für Nachtarbeit-, Sonn- und Feiertage abgefragt, die sich nicht im Angebotsendpreis und in der Vergabesumme niederschlagen, sondern nur bei einem konkreten Arbeitseinsatz aufgrund eines Vorkommnisses angewendet werden. Die Bieter hatten unterschiedliche Eintragungen auf die Zuschläge vorgenommen, im Einzelnen wie folgt:		
	<i>Bieter 1</i>	<i>Bieter 2</i>
Für Arbeiten zw. 17.00 – 06.00 Uhr	15%	50%
Für Arbeiten Sonn.-Feiertagen zw. 06.00 – 17.00 Uhr	15%	100%
Für Arbeiten Sonn.-Feiertagen zw. 17.00 – 06.00 Uhr	15%	100%

Wie erwähnt, haben die geforderten Preiszuschläge keine direkte Auswirkung auf die Angebotspreise und damit auch nicht auf die Wirtschaftlichkeit des Angebotes. Gleichwohl sieht die Rechnungsprüfung hier einen finanziellen Risikofaktor, da nach den Ausführungen im Leistungsverzeichnis die Aufschläge auch auf den Materialwert erhoben werden können. Dies ist nicht der Regelfall, sondern dem Umstand geschuldet, dass im Leistungsverzeichnis eine missverständliche Textform gewählt wurde.

Nach dem Beschluss des OLG Düsseldorf (Beschl. Verg 9/13 v. 27.05.2013) muss bei unzureichender Leistungsbeschreibung vor Aufhebung einer Vergabe geprüft werden, ob es weniger einschneidende Alternativen gibt. Kann das Vergabeverfahren durch die Änderung einer Leistungsbeschreibung oder durch Streichung von Anforderungen aufrechterhalten werden, ist eine solche Alternative einer einschneidenden Aufhebung stets vorzuziehen (OLG Koblenz, v. 30.04.2014-1 Verg 2/14; Ingenstau /Korbion §17 VOB/A RN 23).

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile für die Stadt ist die Rechnungsprüfung der Meinung, dass eine Aufhebung der Ausschreibung nicht notwendig ist und die Anpassung des Leistungsverzeichnisses zu einem Rechtsstreit führen könnte. Zudem wird davon ausgegangen, dass die Zuschläge nur für Noteinsätze gelten und hierzu zählen die Arbeiten nach 17.00 Uhr und die Sonn- und Feiertage. Ebenso ist die Rechnungsprüfung der Ansicht, dass dieses Gewerk eher selten davon betroffen sein wird.

Daher wurde der Vergabe der drei Lose an die beiden Bieter für **ein Jahr** zugestimmt. Die Leistungen wären, sofern durch das Fachamt gewünscht, im Jahr 2017/2018 erneut auszuschreiben und die betreffenden Passagen sowie weitere verbesserungsbedürftige Passagen im Leistungsverzeichnis entsprechend abzuändern. Da im Übrigen weitere Rahmenverträge dieser Art mit gleichartigen Zuschlagskriterien ausgeschrieben wurden, wären auch diese unseres Erachtens kritisch zu betrachten.

■ ■ Amt 66 – Tiefbauamt

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
L 52 Nordentlastung Metternich, 1. BA, Straßenbau, 1. Nachtrag	28.618	Keine Beanstandung
Mayener Straße, Neubau Verkehrszeichenbrücke N 903	92.663	Geringf. Beanstandung
Europabrücke BW 1, Ersatzteile Rollverschluss	17.885	Freihändige Vergabe
FGU Rohrerhof, Instandsetzung	34.793	Geringf. Beanstandung
L 52 Nordentlastung Ko.-Metternich, 1. BA, Straßenbau, 2. Nachtrag	25.891	Keine Beanstandung
B 9, Bauwerk N 36, Ern. Fahrbahnbelag, 1. Nach.	26.674	Keine Beanstandung
Europabrücke, Ersatzneubau Vorlandbrücke Lützel, Abbruch und Erneuerung, 36. Nachtrag	89.297	Keine Beanstandung
Grabenstraße, Straßenbau	701.298	Keine Beanstandung
HWS Lützel, Neuend., Wallersheim, Deichsan. u. PW An der Bleiche Los 8, Kampfmittelsondierung	122.235	Geringf. Beanstandung



Baubüro Ehrenbreitstein, Abbruch-/Erdarbeiten	15.892	Geringf. Beanstandung
Lieferung/Montage von Parkscheinautomaten	62.118	Verhandlungsverf. o.T.
Grabenstraße, Erschütterungsmessung	16.092	Freihändige Vergabe
Emser Straße, 2. BA, Gebäudeabriss	956.340	Keine Beanstandung
Neubau Pfaffend. Brücke, Honoraranpassung	369.340	Keine Beanstandung
Gewerbegebiet Bubenheim, Josef-Funken-Str., Straßenbau	758.503	Keine Beanstandung
Eisenbahnbrücke Güls, Erneuerung Gehweg	1.491.944	Keine Beanstandung
Restausbau Gulisastr., Objektpl. Verkehrsanl.	27.212	Keine Beanstandung
Bauwerke an Bahnanlagen, Bauwerkshauptprüfung nach DIN 1076 (Ing.)	59.482	Keine Beanstandung
Lieferung Brückenfahrzeug	99.960	Freihänd. Verg. (nach Aufheb. öffentl. Aussch.)
Polleranlagen Altstadt, Einbau Transponderfunk	29.923	Freihändige Vergabe
Europabrücke, Ersatzneubau Vorlandbrücke Lützel, Abbruch und Erneuerung, 31. Nachtrag	20.953	Keine Beanstandung
Lehrhohl „Grundschule“, Austausch Steuergerät LSA u. Umrüstung auf LED	20.439	Freihändige Vergabe
Weißer Gasse / An der Moselbrücke, Ern. LSA	44.961	Freihändige Vergabe
Am Berg, Neubau Schilderbrücke N 904	214.756	Geringf. Beanstandung
Europabrücke, Ersatzneubau Vorlandbrücke Lützel, Abbruch und Erneuerung, 37. Nachtrag	16.541	Geringf. Beanstandung
Europabrücke, Ersatzneubau Vorlandbrücke Lützel, Abbruch und Erneuerung, 38. Nachtrag	40.456	Keine Beanstandung
Eisenbahnbrücke Güls, Gebührenermittlung für baustatische Prüfung (Ing.)	23.562	Keine Beanstandung
Europabrücke, Bauwerksprüfung DIN 1076	21.575	Keine Beanstandung
Römerstraße, Instandsetzung Lärmschutzwand	36.013	Keine Beanstandung
Geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen Aachener Straße, Straßenbau	167.372	Keine Beanstandung
Ausbau Bushaltestelle Hochschule Schulzentrum, Straßen- und Kanalbau	282.031	Keine Beanstandung
Überflieger Stadtdurchfahrt W 46, Erneuerung der Gussasphaltschicht	679.580	Keine Beanstandung
Stadtgebiet, Schalltechnische Untersuchung im Rahmen der Lärmaktionsplanung (Ing.)	77.707	Geringf. Beanstandung
Trogbauwerk Saarplatz, Betoninstandsetzung	2.364.814	Keine Beanstandung
Europabrücke BW 3, Verstärkung mitCFK-Lamellen, 1. Nachtrag	120.449	Geringf. Beanstandung

Brückenbauwerk Beckenkampstr., Obj.-planung	20.110	Keine Beanstandung
Europabrücke, Ersatzneubau Vorlandbrücke Lützel, Abbruch und Erneuerung, 42. Nachtrag	18.040	Keine Beanstandung
Bushaltestelle Karthause Hochschule/ Schulzentrum, Neubau Fußgänger-LSA	35.864	Keine Beanstandung
HWS Lützel, Neuendorf u. Wallersheim, Fachplanung Techn. Ausrüstung (Ing.), 20. Nachtrag	42.131	Keine Beanstandung
Brückenbauwerk Ravensteynstraße, Abriss und Neubau	1.822.182	Öffentl. Ausschreibung (nach Aufhebung einer öffentl. Ausschreibung)
Trogbauwerk Saarplatz, Betoninstands., 1. Nach.	37.937	Keine Beanstandung
Europabrücke, Ersatzneubau Vorlandbrücke Lützel, Abbruch/Erneuerung, Nachtrag 99.04	17.746	Keine Beanstandung
Bauwerke zur Nordentlastung L 52, Objektplanung, 1. Nachtrag	29.269	Keine Beanstandung
Lieferung 8 Geschwindigkeitsanzeigetafeln	21.203	Freihändige Vergabe
Erneuerung des dynamischen Parkleitsystem	314.967	Freihändige Vergabe
Trierer Straße, Abbruch	57.041	Keine Beanstandung

■ ■ Amt 80 – Wirtschaftsförderung

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
Ausgleichsflächen Wasserwerke Koblenz Weißenthurm, Landschaftsbauarbeiten	89.281	Keine Beanstandung

■ ■ Eigenbetriebe

☐ EB 17 – Kommunales Gebietsrechenzentrum

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
Rechenzentrum, EDV	72.796	Keine Beanstandung
Kitas, Software	30.529	Keine Beanstandung
Stadt, Kurvertiermaschine	46.695	Keine Beanstandung
Stadtgebiet, Lizenzen	31.504	Keine Beanstandung
Stadtgebiet, Lizenzen	82.637	Keine Beanstandung
Stadtverwaltung, CAFM-Software	205.956	Keine Beanstandung
Stadtverwaltung, Software	45.435	Keine Beanstandung



☐ Erläuterungsbedürftige Vergaben

Stadtverwaltung, Bürgerportal	160.796 €	
Die freihändige Vergabe der Internetmodule „Bürgerportal und Content Management System“ wurden dem RPA mit einem umfangreichen Vergabevermerk vorgelegt. Die Gründe für eine freihändige Vergabe sind im Vergabevermerk hinreichend ausgeführt, sodass auch aus der Sicht der Rechnungsprüfung die Leistung aus besonderen Gründen gemäß VOL/A §3, Abs. (5) I, nur ein Unternehmen zu Ausführung in Betracht kommt. Insofern wurde der freihändigen Vergabe zum Bruttopreis von 160.796,49 Euro an die KommWIS GmbH zugestimmt.		

☐ EB 67 – Grünflächen- und Bestattungswesen

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
Mietberufsbekleidung	79.344	Keine Beanstandung
Unterhaltung Grünflächen, Pflanzung Bäume	15.919	Keine Beanstandung
Neubau Kita Horchheimer Höhe; Ausgleichsfläche/Artenschutz, Landschaftsbau	21.820	Keine Beanstandung
Unterhaltung der Grünflächen, Stuppenfräsen	24.050	Keine Beanstandung
Straßenbegleitgrün, Daueranlagen BUGA 2011, Grün-/Parkanlagen, Landschafts. Pflege Lose 1-4	272.037	Keine Beanstandung
Unterhaltung Grünanl., Flüssigdüngung Bäume	23.012	Keine Beanstandung
Rhein-Mosel-Halle, Landschaftsgärtn. Pflege	37.016	Geringf. Beanstandung
Baumscheiben und Straßenbegleitgrün, Landschaftsgärtn. Pflegearbeiten Lose 1 bis 4	137.399	Keine Beanstandung
Unterhalt. Ehrenfriedhöfe, Landschaftsg. Pflege	35.709	Keine Beanstandung
Unterhaltung Schulaußenanlagen, Landschaftsgärtnerische Pflegearbeiten	284.507	Keine Beanstandung
Unterhalt. Sportpark Oberw., Landschaftsg. Pflege	26.290	Geringf. Beanstandung
Unterhaltung Spielplätze, Sandwechsel	41.990	Keine Beanstandung
Grünflächen/Parkanl., Reinigungsarb. Los 1-4	175.971	Offenes Verfahren
Friedhof Horchheim, Zaunarbeiten	12.108	Freihändige Vergabe
Unterhaltung Schulaußenanlagen, Instandhalt.	38.590	Keine Beanstandung
Unterhaltung Grünanlagen, Pflanzung Bäume	247.049	Keine Beanstandung
Europabrücke, Ersatzneubau Vorlandbrücke Lützel, Abbruch/Erneuerung, Nachtrag 99.01	21.787	Keine Beanstandung
Unterhaltung der Grünanlagen, Forstmulchen	32.642	Keine Beanstandung
Lieferung von Anbaugeräten Lose 1 bis 3	15.548	Keine Beanstandung

Beschaffung Bodeninjektionsgerät	15.637	Freihändige Vergabe
Unterhaltung Grünanlagen, Forstdienstleistung	27.977	Freihändige Vergabe (nach Aufhebung einer öffentl. Ausschreibung)
Unterhaltung Grünanlagen, Lieferung Bäume u.a	17.117	Keine Beanstandung
Unterhaltung Grünanlagen, Baumkontrollen	212.544	Nicht offenes Verfahren
Friedhöfe im Stadtgebiet, Steinmetzarbeiten	98.385	Keine Beanstandung
Krematorium, Ofen 1	99.789	Keine Beanstandung
EB 67, Baugrunderkundung	19.975	Keine Beanstandung
Neubau EB 67, Objektplanung Gebäude	222.807	Geringf. Beanstandung
Neubau EB 67, (Ing.)	165.804	Keine Beanstandung

☐ Erläuterungsbedürftige Vergaben

**Unterhaltungsarbeiten auf Koblenzer
Spielplätzen, Sandreinigung**

20.758 €

nicht zugestimmt

Für die Sandreinigung an Koblenzer Spielplätzen wurde eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt. Mit dem Nachtrag zur Niederschrift über die Verdingungsverhandlung vom 28.03.2017 wurde vom Fachamt vorgeschlagen, den Auftrag an die mindestfordernde Bieterin mit einer Bruttoangebotssumme von 20.758 € zu erteilen. Im Rahmen der Angebotsprüfung wurde durch die Rechnungsprüfung jedoch festgestellt, dass bei dem schriftlich eingereichten Angebot im Angebots-schreiben (Formblatt 213) die Unterschrift des Bieters fehlt. Gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A sind Angebote, die den Bestimmungen des § 13 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 5 nicht entsprechen, auszuschließen. Die von der Zentralen Vergabestelle erstellten Unterlagen, Niederschrift über die (Er)Öffnung der Angebote (Formblatt 313) und Wertungsmatrix wurden nachträglich korrigiert. Mindestfordernde Bieterin war somit nach Auswertung der Angebote eine Bieterin mit einer Bruttoangebotssumme von 22.869 €.

☐ EB 70 – Kommunalen Servicebetrieb Koblenz

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
Lieferung von Verkehrszeichen und Zubehör	62.364	Keine Beanstandung
Beschaffung von Streusalz	38.080	Freihändige Vergabe
Erweiterung Straßeninformationssystem, zusätzl. Lizenzen Modul BAUSTELLE	76.063	Freihändige Vergabe
Beschaffung Pritschenwagen	47.187	Freihändige Vergabe
Kompostplatz Niederberg, Absieben, Häckseln	74.494	Keine Beanstandung
Reinigung von Arbeits- u. Sicherheitskleidung	46.962	Freihändige Vergabe



Beschaffung Kehrmassch./Winterdienstf. Los 1-4	1.524.156	offenes Verfahren
2 Stück Plug-In-Hybrid PKW	73.640	Freihändige Vergabe (nach Aufhebung öffentl. u. beschr. Ausschreib.)
Zeitvertrag Instandsetzung Fugen und Risse	78.076	Geringf. Beanstandung
ZV Instandsetzung mit Nahtremixverfahren	130.864	Keine Beanstandung
Herstellung/Lieferung von Absetzkipper- u. Abrollkippermulden	47.327	Keine Beanstandung
Beschaffung Abrollkipper mit Ladekran	226.040	Freihändige Vergabe
3 Mietfahrzeuge Biotour Sommer 2017	35.218	Freihändige Vergabe
Fräs- und Deckenarbeiten 2017	1.130.039	Keine Beanstandung
Beschaffung von 2 Kleinkehrmaschinen	158.103	Keine Beanstandung
Beschaffung Zwei-Achs-Transportanhänger	29.274	Keine Beanstandung
Lagervertrag zur Notfallreserve von Streusalz	66.045	Freihändige Vergabe
Lieferung Kastenwagen	63.636	Freihändige Vergabe (nach Aufhebung einer öffentl. Ausschreibung)
Druck und Lieferung Abfallratgeber 2018	17.186	Keine Beanstandung
Beschaffung Zwei-Achs-Transportanhänger	18.504	Freihändige Vergabe
Lieferung ein leichtes Nutzfahrzeug mit Benzinmotor	43.650	Freihändige Vergabe (nach Aufhebung einer öffentl. Ausschreibung)
Lieferung 3 leichte Nutzfahrzeuge mit Elektromotor	103.879	Freihändige Vergabe (nach Aufhebung einer öffentl. Ausschreibung)
Beschaffung eines Abfallsammelfahrzeug	230.253	Freihändige Vergabe
Prüfung der Jahresabschlüsse 2017-2019	25.704	Preisanfrage
Beschaffung einer Kompaktkehrmaschine	92.511	Freihändige Vergabe
Beschaffung von Abfallgefäßen Lose 1 bis 3	94.991	Keine Beanstandung
Straßenreinigungsarbeiten „Smart-Tour“ 2018	21.154	Freihändige Vergabe
Zeitvertrag Schutzplanken- und Stahlbau	184.427	Keine Beanstandung
ZBH, Sanitär	25.958	Keine Beanstandung

☐ EB 83 – Koblenz Touristik

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
Koblenz Touristik, Weingläser	25.942	Freihändige Vergabe
RMH, Reinigungskosten	18.877	Keine Beanstandung
Rheinufer, Pavillions	11.772	Keine Beanstandung
RMH, Techn. Ausstattung	25.007	Keine Beanstandung

☐ EB 85 – Stadtentwässerung

Vergabe	Betrag (€)	Ergebnis
Klärwerk, Austausch Auslaufmengenmessung	90.746	Freihändige Vergabe
Klärwerk, Studie Prozessleittechnik Kanalnetz	23.621	Freihändige Vergabe
Klärwerk, Beschaffung Schlammzerkleinerungsaggregate für Faulschlammumwälzung	27.679	Freihändige Vergabe
Grabenstraße, Kanalbau	1.176.457	Keine Beanstandung
Klärwerk, Austausch Faulschlammischer	71.806	Freihändige Vergabe
PW Rothenlänge, Austausch Mittelspannungsanl.	25.347	Freihändige Vergabe
Abwasserkanäle im Bereich WSG Ko-Urmitz, Dichtheitsprüfung v. Rohrverbindungen (Ing.)	53.595	Keine Beanstandung
Emser Straße, 2. BA, Kanalbau	440.010	Keine Beanstandung
Klärwerk Projekt „Sus Treat“, Klärschlammverwertung, 1. Nachtrag	493.265	Keine Beanstandung
Klärwerk, Software-Pflege	20.677	Freihändige Vergabe
PW Schartwiesenweg, Instandsetzung RWP 1	36.203	Freihändige Vergabe
RÜ Trierer Straße und Johannesstr., Kanalbau und Sanierung RÜ's, 3. Nachtrag	95.350	Keine Beanstandung
Gewerbegebiet Bubenheim, Joseph-Funken-Str., Kanalbau	461.579	Keine Beanstandung
Moseldüker – Dükeroberhaupt, Objektplanung	35.088	Geringf. Beanstandung
Moseldüker – Dükeroberhaupt, Techn. Ausrüstung (Ing.)	110.169	Keine Beanstandung
Klärwerk, Lief. LKW 3 Seitenkipper mit Kran	227.409	Keine Beanstandung
Klärwerk, Beschaffung Plug-In-Hybrid PKW	36.820	Freihändige Vergabe
Spangenbergstraße und In der Hohlstadt, Kanalsanierung in geschlossener Bauweise	63.477	Keine Beanstandung
Moseldüker – Dükeroberhaupt, Betonsanierung	268.814	Keine Beanstandung
Moseldüker – Dükeroberhaupt, Sanierung Maschinen- und Elektrotechnik	484.875	Keine Beanstandung



Clemensstraße, Kanalsanierung	68.536	Keine Beanstandung
Konrad-Adenauer-Ufer, 2. BA, Kanalsanierung in geschlossener Bauweise	701.127	Keine Beanstandung
DLZ Gewerbe- u. Technologiepark Bubenheim/B9, Planstr. B4, Kanal- u. Oberflächenarbeiten	222.767	Keine Beanstandung
Rheinau, Kanalbau	383.566	Keine Beanstandung
Lindenallee, 1. BA u. Am Asterstein, Kanalbau	585.598	Keine Beanstandung
Klärwerk, Abluftreinigungsanlage, Austausch Biofiltermaterial	27.316	Keine Beanstandung
Lerchenweg, 1. BA, Kanalbau	144.578	Keine Beanstandung
Klärwerk, Anbindung Klärschlammvergasungsanlage an die NSV 23	36.222	Freihändige Vergabe
PW Ehrenbreitstein, Rohrleitungstechnik	130.764	Keine Beanstandung
Abwasserkanäle der Wasserschutzzone III, Kanalreinigung und Dichtheitsprüfung	110.052	Geringf. Beanstandung
Johannes-Müller-Straße und St.-Josef-Platz, Kanalsanierung in geschlossener Bauweise	110.014	Keine Beanstandung
Klärwerk Projekt „Sus Treat“, Bautechnik Klärschlammverwertung, 1. Nachtrag	93.718	Keine Beanstandung
Klärwerk Projekt „Sus Treat“, Bautechnik Klärschlammverwertung, 2. Nachtrag	44.898	Keine Beanstandung
RÜ Trierer Str./Johannesstr., Kanalbau/Sanierung RÜ's, 9. Nachtrag	67.176	Keine Beanstandung
Klärwerk Projekt „Sus Treat“, Neubau Klärschlammverwertung, WHG-Beschichtung	43.725	Freihändige Vergabe
RÜ Trierer Straße und Johannesstr., Kanalbau und Sanierung RÜ's, 8 Nachträge	198.011	Keine Beanstandung
DLZ Gewerbe- u. Technologiepark Bubenheim/B9, Planstraße B4, Kanal- und Oberflächenarbeiten, Auftragserweiterung	95.794	Freihändige Vergabe
Birkenweg und Eichenweg, Kanalsanierung	77.353	Keine Beanstandung
Lindenallee, Kanalsanierung	120.807	Keine Beanstandung
Eisenbahnbrücke Güls, Abwasserdruckleitung,	84.841	Keine Beanstandung
Kanäle im Stadtgebiet, Bestands- und Zustandserfassung von Anschlussleitungen	138.154	Keine Beanstandung
PW Güls, Holzbau	25.671	Keine Beanstandung
PW Güls, Dachdecker	61.812	Keine Beanstandung

☐ Erläuterungsbedürftige Vergaben

Klärwerk, Betriebsführungssoftware GS-Service	85.371 €	nicht zugestimmt
Die Stadtentwässerung als Eigenbetrieb der Stadt Koblenz unterhält in den Stadtgebieten eine Vielzahl von Bauwerken und sonstigen entwässerungstechnischen Anlagen. Um eine lückenlose Dokumentation im Bereich der Wartung und Instandhaltung zu gewährleisten, ist die Anschaffung einer Betriebsführungssoftware bzw. die Ergänzung zu dem vom SEK eingesetzten Reporting-Tool Acron beabsichtigt. Hierzu wurde der Rechnungsprüfung ein Angebot mit der Bitte um Kenntnisnahme und Zustimmung vorgelegt. Da die vorgelegte Vergabe für die Beschaffung der Betriebsführungssoftware unter der Beachtung der „Dienstanweisung für das IT-Management der Stadtverwaltung Koblenz (DITMa)“ vorab einer Entscheidung durch die Zentrale IV/IT-Steuerung bedarf, wurde der Vergabe bis zur Entscheidung durch das Amt 10 die Zustimmung verweigert. Nach Bewertung aus Sicht der Zentralen IT-Steuerung und positiver Entscheidung wurde der Vergabe im Nachhinein durch die Rechnungsprüfung zugestimmt.		



Kapitel 5

Sonder-, Auftrags- und sonstige Prüfungen





Die **Sonder-, Auftrags- und sonstigen Prüfungen** ergeben sich insbesondere aufgrund der auf die Rechnungsprüfung übertragenen weiteren Prüfungsaufgaben durch den Oberbürgermeister sowie durch die eigenständige Vornahme von besonderen Prüfungshandlungen der Rechnungsprüfung.

Im Berichtsjahr lassen sich folgende Prüfungshandlungen und -ergebnisse anführen:

■ ■ Amt 10 – Amt für Personal und Organisation

Die Rechnungsprüfung prüfte die Beauftragung und Abrechnung von Leistungen im Bereich des **Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BeGeMa)** auf Vorschriftsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit. Der Prüfungsauftrag erstreckt sich auf die Betrachtung des Vergabeverfahrens sowie die Abrechnung von Leistungen mit externen Dienstleistern (Fa. AHG Assist GmbH, jetzt AHG Gesundheitsdienste), die im Auftrage der Stadtverwaltung Koblenz tätig werden hinsichtlich der **Ausschreibung und Vergabe** sowie der **Abrechnung** (Vollzug des Vertrages).

Die Prüfung führte zu folgenden **Einwendungen und Handlungsempfehlungen**:

- es wird empfohlen, den mit der AHG Gesundheitsdienste bestehenden Vertrag fristgerecht zum 31.12.2018 zu kündigen, um eine **Neuausschreibung** herbeizuführen. Das Fachamt beabsichtigt dies ebenfalls.
- ggfls. **zu viel entrichtete Honorare** sind nach Prüfung **zurück zu fordern**.
- für die Neuausschreibung wird empfohlen, den Bereich der **„Nebenleistungen“** aus dem bisherigen Vertragstext zu streichen und diese zukünftig im Bereich Aus- und Fortbildung abzubilden.
- fehlende Berichte sind **nachzufordern**.
- sofern gesonderte Leistungen aus einem Vertrag beauftragt werden, ist die Schriftform einzuhalten.

■ ■ Amt 20 – Kämmerei und Steueramt

☐ Prüfung Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF)

Nach dem Leitfaden zum Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP) sowie dem § 5 des hierzu zwischen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier sowie der Stadt Koblenz geschlossenen Konsolidierungsvertrages einschließlich des hierzu verabredeten Änderungsvertrages haben die am KEF-RP teilnehmenden Kommunen während der Vertragslaufzeit jeweils zum 30. November eines Jahres die Aufsichtsbehörde unaufgefordert über die erreichte Umsetzung der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen und die dabei in jedem Einzelfall tatsächlich erzielten Konsolidierungsbeiträge und -ergebnisse im Haushaltsvorjahr zu unterrichten (Konsolidierungsnachweis).

Hierzu ist durch das örtliche Rechnungsprüfungsamt die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben im Konsolidierungsnachweis zu bestätigen. Auf Basis der von Kämmerei und Steueramt vorgelegten Unterlagen sowie dem vom Rechnungsprüfungsamt jeweils geprüften Jahresabschluss wurde der von der Verwaltung erstellte Konsolidierungsnachweis im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds RP geprüft. Die durch die ADD geforderten Konsolidierungsanforderungen (**2014**, geprüft



durch RPA in 2016 und **2015**, geprüft durch RPA in 2017) wurden durch das Rechnungsprüfungsamt in gesonderten Prüfungsmitteilungen bestätigt und seitens der Kämmerei der ADD vorgelegt.

■ ■ Amt 42 – Stadtbibliothek

☐ Prüfung von Landesmitteln

Im Produkt 2721 Stadtbibliothek wurden drei Verwendungsnachweise geprüft. Die Summe der Landeszuwendungen beläuft sich auf 3.800 € und wurde für die Beschaffung von Büchern für den Lesesommer sowie für den Aufbau an mehrsprachigen Medien gewährt. Hierzu waren von der Stadt Koblenz gemäß Bewilligungsbescheide Eigenleistungen i. H. v. 7.200 € zu erbringen. Die tatsächlich erbrachte Summe beläuft sich auf 7.198,64 €.

Die Prüfungen führten zu **keinen Beanstandungen**.

■ ■ Amt 43 – Volkshochschule

☐ Verwendungsnachweise

Das Schuljahr 2016/2017 betreffend wurden im Haushaltsjahr 2017 die Abrechnungen des 2. Bildungswegs geprüft und der HPF-Verwendungsnachweis 2016.

Die Abrechnungen des 2. Bildungsweges gliedern sich in Verwendungsnachweise für durchgeführte Hauptschulkurse, Realschulkurse sowie Alphabetisierungsmaßnahmen.

Die Prüfungen führten zu **keinen Beanstandungen**.

■ ■ Amt 44 – Musikschule

☐ Verwendungsnachweis

Im Berichtsjahr wurde im Produkt 2631 der Musikschule ein Finanzierungsnachweis geprüft. Hierbei handelt es sich um den Nachweis der Mittelverwendung in Form einer Aufstellung der Gesamtfinanzierung des Musikschulträgers im Berichtsbogen des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM) in Höhe von rd. 1,94 Mio. €.

Die Prüfung führte zu **keinen Beanstandungen**.

■ ■ Amt 46 – Stadttheater

☐ Verwendungsnachweis

In 2017 wurde im Produkt 2611 ein Verwendungsnachweis i. H. v. 5,52 Mio. € für die Landesförderung durch die ADD geprüft.

Die Prüfung führte zu **keinen Beanstandungen**.

□ Verwendungsnachweise

- Im Berichtsjahr wurden innerhalb des **Produktes 3111 Grundversorgung und Hilfen SGB XII** mehrere Verwendungsnachweise geprüft. Hierbei handelt es sich zum einen um die halbjährlichen summarischen Abrechnungen der Sozialhilfe im Rahmen der 1. Landesverordnung zum Landesgesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AGSGB XII) in Verbindung mit § 6 des AGSGB XII und zum anderen um die Prüfung der quartalsweisen Abrechnungen zur Bundeserstattung Grundsicherung nach den §§ 46a, 136 SGB XII.

Die summarische Abrechnung ist landesseitig in vorgegebene sog. Schlüssel gegliedert, denen entsprechende Sozialhilfeleistungen zugeordnet sind. Von Seiten des Fachamtes werden diesen Schlüsseln die jeweiligen Beträge aus den Kostenstellen des Sozialamtes zugeteilt, was durch die Rechnungsprüfung geprüft wird.

Im Rahmen der Prüfung der beiden summarischen Abrechnungen fanden einige betragsmäßig geringfügige Korrekturen statt, ebenso bei der Abrechnung der Grundsicherungsleistungen (Nachmeldung 2016), was jedoch keine Auswirkung auf die Erstattungsleistung hatte.

Hinzu kam die Prüfung der Abrechnung der Bundeserstattung nach § 136 SGB XII. Im Zuge dieser Prüfung wurde eine Korrektur der abzurechnenden Monate vorgenommen.

- Im **Produkt 3511 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen** wurden die jährlichen Abrechnungen Landesblindengeld und Landespflegegeld geprüft.

Die Prüfungen führten zu **keinen Beanstandungen**.

- Im **Produkt 3131 Hilfen für Asylbewerber** wurden die halbjährlichen Abrechnungen der Kostenerstattung nach dem Landesaufnahmegesetz geprüft. Die Abrechnung der Kostenerstattung im Rahmen der Landesverordnung über Ausnahmen von der pauschalen Erstattung nach dem Landesaufnahmegesetz für das Jahr **2016** wurde zur Prüfung vorgelegt, jedoch aufgrund der Fehlerhaftigkeit **ohne Testat** an das Fachamt zurückgesandt.

Die Abrechnung der darin enthaltenen Hochkostenfälle aus dem Jahre 2016 erfolgt nun einzelfallbezogen erst über ein Jahr später (ab Oktober 2018).

Die Abrechnung nach dem Landesaufnahmegesetz für das **1. Halbjahr 2017** wurde nach Prüfungsfeststellungen durch die Rechnungsprüfung mehrere Male korrigiert. So erhöhte sich die Erstattungssumme aufgrund der Feststellungen der Rechnungsprüfung zunächst um saldiert 71.232 €. Nach weiteren durch das Fachamt erfolgten Korrekturen der Abrechnung reduzierte sich der Erstattungsbetrag letztlich um 28.832 €.

Die Erstattungssumme der Abrechnung nach dem Landesaufnahmegesetz für das **2. Halbjahr 2017** wurde im Zuge der Prüfung leicht nach unten korrigiert. Die Erstattungssumme reduzierte sich aber um einen erheblichen Betrag, da Fallpauschalen seit dem 01.01.2016 nur noch bis zu einer ersten Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gewährt werden. Eine Korrektur des Jahres 2016 sowie des ersten Halbjahres 2017 wird auf Wunsch des Amtes 50 erst mit der Abrechnung des 2. Halbjahres 2018 erfolgen.

- Im **Produkt 3411 Unterhaltsvorschussleistungen** wurde im Haushaltsjahr der jährliche Nachweis der Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen für Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) geprüft.

Die Prüfung führte zu **keinen Beanstandungen**.

- Im **Produkt 3611 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege** wurde im Haushaltsjahr 2017 die Abrechnung der „Qualifizierungsmaßnahme Tagespflegepersonen in 2016“ geprüft.

Die Prüfung führte zu **keinen Beanstandungen**.

- Im **Produkt 3631 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe** wurden mehrere Verwendungsnachweise und Abrechnungen geprüft.

Es erfolgten die Prüfung der Verwendungsnachweise zum Projekt „Job-Fux“, die Prüfung des Verwendungsnachweises „Ferienbetreuung 2017“ sowie die Prüfung des Verwendungsnachweises zur „Woche der Kinderrechte 2017“. In allen Verwendungsnachweisen wurden im Zuge der Prüfung einzelne Korrekturen vorgenommen.

Es wurden ferner die summarische Abrechnung gem. § 26 des Landesgesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AGKJHG) Rheinland-Pfalz sowie die Innovationstitelabrechnung geprüft.

Die Prüfungen führten, bis auf die verspätete Vorlage der summarischen Abrechnung, zu **keinen Beanstandungen**.

- Im **Produkt 3651 Tageseinrichtungen für Kinder** wurde der Verwendungsnachweis Kita!Plus 2016 geprüft.

Die Prüfung führte zu **keinen Beanstandungen**.

■ ■ Amt 52 – Sport- und Bäderamt

☐ Jahresrechnung der Koblenzer Sportstiftung

Im Berichtsjahr wurde die Jahresrechnung der Koblenzer Sportstiftung geprüft.

Die Rechnungsprüfung hat die Einnahmen-/Ausgaben-Rechnung sowie die Vermögensrechnung unter Einbeziehung der Buchführung der Koblenzer Sportstiftung für das Geschäftsjahr 2017 geprüft.

Die Buchführung, die Einnahmen-/Ausgaben-Rechnung sowie die Vermögensrechnung der Stiftung entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung, den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung.

■ ■ Amt 62 – Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement

☐ Belegprüfung

Geschäftsbereich „Kommunaler Forstbetrieb“

Ein Großteil der Ausgaben bilden Aufwendungen für Stundenlohnarbeiten im Forstbezirk, deren Leistungen wie bspw. Rückearbeiten in den Forstbezirken und Instandsetzungen von Waldwegen vom Forstamt zuvor ausgeschrieben waren und von den Förstern bei Bedarf abgerufen werden.

Hierzu war festzustellen, dass sowohl zum Ende des Haushaltsjahres 2016 wie auch Ende 2017 sogenannte Abschlagszahlungen an ein Unternehmen für „begonnene Arbeiten“ i.H.v. 25 T€ (2016) und 41.650 € (2017) ohne entsprechenden Arbeitsnachweis durch Rapport- oder Stundenlohnzettel geleistet wurden. Die im Laufe der darauffolgenden Jahre – dann mit Stundenlohnzettel – vorgelegten „Schlussrechnungen“ belegen, dass die Leistungen zum weitaus überwiegenden Teil zum eigentlichen Zahlungszeitpunkt gar nicht erbracht waren und mithin die seinerzeitigen Zahlungen ohne Gegenleistung und damit ohne Rechtsgrund erfolgten.

Die Rechnungsprüfung regt daher u.a. an, die Mitarbeiter seitens der Amtsleitung darüber zu belehren, was die Erklärung „sachlich, technisch und rechnerisch richtig“ auf der Rechnung durch den Sachbearbeiter beinhaltet und welche Konsequenzen sich aus einer insb. wissentlich falschen oder grob fahrlässigen Testierung ergeben können, vor allem bei einer möglichen Insolvenz des Auftragnehmers und einem sich hieraus ergebenden Verlust der „Vorausleistung“.

■ ■ Amt 65 – Zentrales Gebäudemanagement

☐ Teilnahme an Abnahmen

Die Prüfungstätigkeit der technischen Abteilung des Rechnungsprüfungsamtes umfasst die Teilnahme an Abnahmen. Anzumerken ist, dass die Baubetreuung und i. d. R. auch die Bauleitung vom technischen Gebäudemanagement durchgeführt wurden.

Das Fachamt führte 101 Gewährleistungsabnahmen an bestehenden Projekten durch. Die Rechnungsprüfung begleitete davon 25, wobei bei 13 Abnahmen Mängel festgestellt wurden. Es ergaben sich nach 12 Mängelbeseitigungen keine weiteren Beanstandungen, so dass der jeweilige Sicherheitseinbehalt ausgezahlt wurde.

Nach Rücksprache mit dem zuständigen Sachbearbeiter im Amt 65 besteht weiterhin ein Mangel in der Hauptfeuerwache an der Heizung. Das Amt hatte es versäumt, die Mangelanzeige an die Firma weiterzuleiten.

☐ Verwendungsnachweise

Im Berichtsjahr wurden folgende Verwendungsnachweise geprüft:

Verwendungsnachweis	Abrechnungs- summe (€)	Ergebnis
Instandsetzung Balduinbrücke	7.366.601	rechnerische Richtigkeit*

* Einhaltung der Förderrichtlinien

Für das Produkt 5411 wurde im Berichtsjahr ein Verwendungsnachweis über die Instandsetzung der Balduinbrücke geprüft. Nach Korrekturen der Kostenzusammenstellung (in gemeinsamer Prüfung mit der Stadtkasse) konnte der Verwendungsnachweis abschließend geprüft werden.

Die als Bestandteil des Bewilligungsbescheides anzusehenden Hinweise und Bestimmungen sehen u. a. vor, dass für die Verfahrensweise nach Erteilung des Zuwendungsbescheides die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Gebietskörperschaften und Zweckverbände (ANBest-K – Anlage 3 zu Teil II der VV zu § 44 Abs. 1 LHO) bzw. die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P – Anlage 3 zu Teil I der VV zu § 44 Abs. 1 LHO) maßgebend sind. Diese befassen sich unter Ziffer 3 intensiv mit der Vergabe von Aufträgen, der Ausführung der Baumaßnahme sowie der Beachtung der einschlägigen vergaberechtlichen Bestimmungen. Darüber hinaus hat der Zuwendungsempfänger die Ziffer 17 der Verwaltungsvorschrift zur Bekämpfung der Korruption in der öffentlichen Verwaltung vom 07.11.2000 (MinBl. 2001, S. 86), in der Fassung der VV vom 29.04.2003 (MinBl. S. 346) sowie die Vorgaben des Landesgesetzes zur Schaffung tariftreuer Regelungen vom 01.12.2010 (GVBl. S. 426) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

Bei zwei Positionen der Kostenzusammenstellung wurden die v. g. einschlägigen Vorschriften nicht ausreichend beachtet. Hierzu lagen den Kontierungsbelegen keine Vergleichsangebote oder sonstige zahlungsbegründende Unterlagen bei. Neben den o. g. Bestimmungen zu Nr. 3 ANBest-P bzw. ANBest-K wurden die gesetzlichen Bestimmungen des § 22 Abs. 2 GemHVO i. V. mit der VV „Öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz“ sowie der zu diesem Zeitpunkt gültigen Fassung der Dienstanweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen bei der Stadt Koblenz nicht immer beachtet.

In Anbetracht, dass es sich bei der beauftragten Leuchtenlieferung um sonstige Kosten und nicht um zuwendungsfähige Kosten handelt, sah das Rechnungsprüfungsamt von entsprechenden Prüfbemerkungen auf dem Verwendungsnachweis ab.

☐ Teilnahme an Abnahmen

Die Prüfungstätigkeit der technischen Abteilung des Rechnungsprüfungsamtes umfasst die Teilnahme an Abnahmen vor Ablauf der jeweiligen Verjährungsfristen von Mängelansprüchen gemäß § 13 VOB/B dar. In 2017 hat die Rechnungsprüfung für die Produkte des Tiefbauamtes an folgenden Abnahmen teilgenommen.

Abnahme	Betrag* (€)	Ergebnis
DLZ Bubenheim B9, Johann-Baulig-Str., 1. BA, Straßenbau	4.789	Mängel festgestellt
Erschließung BG südl. Güls, 1. BA., Lärmschutzanlage	10.869	Mängel festgestellt
Schlossstraße, 2. BA., Rückbau der Pflanzbeete mit Auspflasterung	12.000	keine Beanstandung
San. Zentralplatz und angrenzende Bereiche, 2. BA, Clemens-, Görden- und Casinostr. Nord, Straßenbau	126.270	Mängel festgestellt
DLZ Bubenheim B9, 2. BA, Bubenheimer Bann / In den Weniken, Straßenbau	11.988	Mängel festgestellt
HWS Los 2 – Hochwasserschutzbauwerke Neuendorfer Straße / Gartenanlage	244.167	Mängel festgestellt
Erschließung BG südl. Güls, 1. BA., Straßenbau/Baustraße	26.707	keine Beanstandung
HWS Los 2 – Hochwasserschutzbauwerke Neuendorfer Straße / Gartenanlage, Einbau Kokosmatten und Pflanzarbeiten	0	keine Beanstandung

* Es handelt sich hierbei um eine Sicherheitsleistung

Bis auf die Mängelbeseitigung der Baumaßnahme Sanierung Zentralplatz und angrenzende Bereiche, 2. BA sind alle Mängel gem. § 13 Abs. 5 Nr. 1 VOB/B zwischenzeitlich beseitigt.

■ ■ Amt 80 – Amt für Wirtschaftsförderung

☐ Verwendungsnachweise

Im Rahmen des EU-Förderprogrammes URABCT III werden für das Projekt MAPS (Military Assets as Public Spaces) die Verwendungsnachweise über die verausgabten Mittel durch die Rechnungsprüfung geprüft und anschließend mit dem Fördermittelgeber abgerechnet.

Die Prüfungen führten zu **keinen Beanstandungen**.

■ ■ EB 67 – Grünflächen- und Bestattungswesen

☐ Teilnahme an Abnahmen

Die Prüfungstätigkeit der technischen Abteilung des Rechnungsprüfungsamtes umfasst die Teilnahme an Abnahmen vor Ablauf der jeweiligen Verjährungsfristen von Mängelansprüchen gemäß § 13 VOB/B dar.



Abnahme	Betrag* (€)	Ergebnis
Gelände der BuGa 2011, Zaun- und Toranlage	600	keine Beanstandung
Sanierung Rheinanlagen, BA 4C, Tiefbau	13.720	keine Beanstandung
Schloss, Lieferung/Montage Skaterpark; BuGa	6.647	Mängel festgestellt
Rad-/Fußgängerrampe, Eisbreche, Pflasterarbeit	2.996	keine Beanstandung
Rad-/Fußgängerrampe, Eisbreche, Landschaftsb.	0	Mängel festgestellt
Gelände der BuGa 2011, Schiebetoranlage	321	keine Beanstandung
Blumenhof, Beleuchtung; BuGa 2011	430	keine Beanstandung
Anbindung Aussichtsbauwerk Festungspark Ehrenbreitstein, Tiefbau; BuGa 2011	4.062	keine Beanstandung
Neugestaltung Platanenallee Hauptfriedhof	3.737	Mängel festgestellt
Rück- u. Endbau BuGa 2011, Zaun-/Toranlagen	2.475	keine Beanstandung
Blumenhof, Wiederaufrichtung Pergolasäulen; BuGa	588	keine Beanstandung
Spielplätze Stadtgebiet, Liefer./Montage Spielgeräte	3.445	keine Beanstandung
Friedhof Arzheim, Ausbau Grabfeld 1	1.226	keine Beanstandung

* Es handelt sich hierbei um eine Sicherheitsleistung

Alle festgestellten Mängel wurden gem. § 13 Abs. 5 Nr. 1 VOB/B zwischenzeitlich beseitigt.

☐ Belegprüfung

Modernisierung Sportpark Oberwerth, IV BA Kanal- und Tiefbauarbeiten sowie Erneuerung Kunststofflaufbahn

Im Rahmen der Belegprüfung waren folgende **Prüfungsfeststellungen** zu treffen:

Bei der Prüfung des Honorarangebotes Objektplanung Freianlagen hatte die Rechnungsprüfung die mit 2 v.H. bewertete und angebotene Leistungsphase 7 „Mitwirkung bei der Vergabe“ auf 1 v. H. gekürzt, mit dem Hinweis, dass die Kürzung dieser Leistungsphase damit zu begründen ist, dass Teilgrundleistungen durch die ZVS und das Fachamt erbracht werden. Bei den geprüften Honorarabschlagsrechnungen wurde dies jedoch nicht beachtet. Es erfolgte der Hinweis durch die Rechnungsprüfung, die Kürzung der Leistungsphase 7 bei der Schlusszahlung zu berücksichtigen.

Weiterhin war bei den Prüfungen von Abschlagsrechnungen über die „Erneuerung der Kunststofflaufbahn“ und „Kanal- und Tiefbauarbeiten“ festzustellen, dass für zusätzliche Leistungen mehrere Nachträge abgerechnet wurden, über die jedoch keine Vorlage zur Prüfung und Zustimmung bei der Rechnungsprüfung wie in der VgDA gefordert, erfolgte. Die hierzu verlangten Stellungnahmen liegen noch nicht vor.

■ ■ Eigenbetrieb 70 – Kommunalen Servicebetrieb Koblenz

☐ Teilnahme an Abnahmen

Die Prüfungstätigkeit der technischen Abteilung des Rechnungsprüfungsamtes umfasst die Teilnahme an Abnahmen vor Ablauf der jeweiligen Verjährungsfristen von Mängelansprüchen gemäß § 13 VOB/B dar. Im Berichtszeitraum hat die Rechnungsprüfung beim Eigenbetrieb 70 an folgenden Abnahmen teilgenommen:

Abnahme	Betrag* (€)	Ergebnis
Am Petersberg, Fräs-/Deckenarbeiten 2014	40.665	keine Beanstandung
Raiffeisenstraße, Fräs-/Deckenarbeiten 2014	40.665	Mängel festgestellt
Mayener Str. (Europabrücke), Asphaltarb.	0	keine Beanstandung
B 9 Römerstraße, Fräs-/Deckenarbeiten 2014	40.665	keine Beanstandung
Hohenzollernstr., Fräs-/Deckenarbeiten 2014	40.665	keine Beanstandung
B 9 Rhenser Str., Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	keine Beanstandung
Beatusstraße, Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	keine Beanstandung
Mayener Straße, Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	Mängel festgestellt
Bonner Straße, Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	Mängel festgestellt
Felbigerstraße, Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	Mängel festgestellt
Am Wöllershof, Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	keine Beanstandung
Hohenfelder Str., Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	Mängel festgestellt
Am Flugfeld/Zeisigstr., Fräs-/Deckenarb. 2015	51.024	keine Beanstandung
Niederberger Höhe, Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	Mängel festgestellt
Von-Cohausen-Str., Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	Mängel festgestellt
Hintermark, Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	Mängel festgestellt
Herberichstraße, Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	Mängel festgestellt
Hochstr./Neuendorfer Str., Fräs-/Deckenarb. 2015	51.024	keine Beanstandung
An der Eisbreche, Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	Mängel festgestellt
Werner-v.-Siemens-Str., Fräs-/ Deckenarb. 2015	51.024	Mängel festgestellt
Auf dem Forst / Silberstr., Fräs-/Deckenarb. 2015	51.024	keine Beanstandung
Fritz-von-Unruh-Str., Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	Mängel festgestellt
Kolonnenweg, Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	Mängel festgestellt
Trifter Weg, Fräs-/Deckenarbeiten 2015	51.024	keine Beanstandung

* Es handelt sich hierbei um eine Sicherheitsleistung

Bis auf die Mängelbeseitigung der Maßnahme Mayener Straße (Fräs-/ Deckenarbeiten 2015) sind alle Mängel gem. § 13 Abs. 5 Nr. 1 VOB/B zwischenzeitlich beseitigt.



☐ Belegprüfung

L 52 Nordentlastung KO-Metternich (1. BA) Knotenpunktumbau, Beleuchtung

Im Rahmen der Belegprüfung über die Bauleistungen „Straßenbau, Lärmschutzwall, Kanalbau und Versorgungsleitungen“ wurde festgestellt, dass bei der Position über Runddraht Rd10 V4A (Schlussrechnung Beleuchtung) gegenüber dem Mengenansatz im Leistungsverzeichnis von 25 m in der Schlussrechnung rd. 517 m (Einheitspreis 35,54 €/m) abgerechnet wurden. Das Fachamt wurde zu der erheblichen Massenmehrung um Stellungnahme gebeten. Wie aus dieser hervorgeht, hat die bauausführende Firma mitgeteilt, dass diese Position irrtümlich als Einziehdraht welcher zur späteren Verlegung von Leitungen im Leerrohrsystem genutzt werden kann ausgegeben. Die Rechnung wurde korrigiert und die Differenz von **20.812 €** zu Gunsten der Stadtverwaltung erstattet.

■ ■ EB 83– Koblenz-Touristik

☐ Teilnahme an Abnahmen

Die Prüfungstätigkeit der technischen Abteilung des Rechnungsprüfungsamtes umfasst die Teilnahme an Abnahmen vor Ablauf der jeweiligen Verjährungsfristen von Mängelansprüchen gemäß § 13 VOB/B dar.

Im Berichtszeitraum wurden der Rechnungsprüfung für dieses Produkt vier Abnahmen gemeldet, von denen an einer Abnahme teilgenommen wurde. Bei drei Maßnahmen konnten Mängel festgestellt werden, zwei Mängel wurden mittlerweile ohne Beanstandungen behoben. Ein Mangel an der Abwasserentsorgungs-, und Trinkwasserversorgungsanlage der Schiffsanlegestelle mit einem Einbehalt von 3.166 Euro besteht weiterhin.

Der Mangel am Campingplatz Lützel aus dem Jahr 2015 bezüglich der Tiefbauarbeiten wurde zwischenzeitlich vollständig beseitigt.

☐ Prüfung von Verwendungsnachweisen

Für die zahlreichen Kulturveranstaltungen (z.B. Gauklerfest, Weltkulturfestival Horizonte, Koblenzer Mendelssohntage etc.), für die Landesmittel als Zuwendung zur Verfügung gestellt werden, führt die Rechnungsprüfung eine Prüfung der erstellten Verwendungsnachweise durch.

Da sich die Qualität einzelner Verwendungsnachweise im Zeitablauf zunehmend verschlechterte, ergaben sich in der Vergangenheit Beanstandungen, die anstelle einer vollumfängliche Testierung der ordnungsgemäßen, wirtschaftlichen und sachentsprechenden Verwendung der Mittel nur zu einer rechnerischen Richtigkeitsbestätigung führte. Die zwischenzeitliche Umsetzung von Lösungen zur Beseitigung der Beanstandungen zeigen deutliche Fortschritte, sodass im Berichtsjahr zum Teil wieder eine vollumfängliche Testierung vorgenommen werden konnte.

■ ■ Eigenbetrieb 85 – Stadtentwässerung

☐ Teilnahme an Abnahmen

Die Prüfungstätigkeit der technischen Abteilung des Rechnungsprüfungsamtes umfasst die Teilnahme an Abnahmen vor Ablauf der jeweiligen Verjährungsfristen von Mängelansprüchen gemäß § 13 VOB/B dar. Im Berichtszeitraum hat die Rechnungsprüfung beim Eigenbetrieb 85 an folgenden Abnahmen teilgenommen:

Abnahme	Betrag* (€)	Ergebnis
Siechhaustal, Kanalbau	10.900	keine Beanstandung
DLZ Bubenheim B9, Bubenh. Bann / In den Weniken, 2. BA Kanalbau	4.842	Mängel festgestellt
Beethovenstraße / Mozartplatz, Kanal-/Oberflächenarbeiten	11.357	Mängel festgestellt
Sportpark Oberwerth, 2. BA, Kanalbau	15.094	Mängel festgestellt
Klärwerk, TV-Inspektionsfahrzeug	7.354	keine Beanstandung
San. Zentralplatz u. angrenzende Bereiche, 1. BA, Neugestaltung Casino- u. Luisenstraße, Kanalbau	11.513	Mängel festgestellt
Eifelstraße, Kanal-/Oberflächenarbeiten	1.805	keine Beanstandung
Chrubine-Willimann-Weg, Kanalsanierung	1.093	keine Beanstandung
BG südl. Güls, 1. BA., Kanalbau	13.739	Mängel festgestellt
San. Oberwerth, Laser-Pilotrohrvortrieb	4.150	keine Beanstandung
San. Zentralplatz u. angrenzende Bereiche, 2. BA, Clemens-, Görden- und Casinostr. Nord, Kanalbau	13.749	keine Beanstandung
Im Acker, Kanalbau	5.600	keine Beanstandung

* Es handelt sich hierbei um eine Sicherheitsleistung

Alle festgestellten Mängel wurden gem. § 13 Abs. 5 Nr. 1 VOB/B zwischenzeitlich beseitigt.

☐ Belegprüfung

Kanalerneuerung Mainzer Str. Nord, KO-Süd, Verlegung Hausanschlussleitung

Für die Baumaßnahme Kanal- und Oberflächenarbeiten wurde eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Das Angebot des Mindestbietenden betrug rd. 530 T€. Entsprechend den Besonderen Vertragsbedingungen - 214 war mit der Ausführung der Leistung in der 40. KW 2016 zu beginnen und in der 12. KW (mithin bis 24.03.2017) die Leistung abnahmereif fertig zu stellen. Am 30.08.2016 (35. KW) wurde der mindestbietenden Firma der Auftrag erteilt; Baubeginn war in der 41. KW 2016. Im Rahmen der Prüfung der 1. und 2. Abschlagsrechnung war festzustellen, dass für diese Baumaßnahme weitere Rechnungen für die Verlegung von Hausanschlussleitungen vorliegen, welche über den Zeitvertrag (Rahmenvertrag für Zeitvertragsarbeiten „Herstellung und Erneuerung von Anschlusskanälen“) abgewickelt



wurden. Entsprechend dem Angebot der Kanal- und Oberflächenarbeiten Mainzer Straße Nord sind im Titel 7 „Hausanschlussleitungen“ jedoch nur Positionen für das Umbinden der Grundstücks- und Straßenentwässerungsleitungen vorgesehen (Kosten hierfür 7.411,27 € brutto). Durch die nicht planmäßige Durchführung der Hausanschlussleitungen war die vereinbarte Fertigstellungsfrist der Kanalarbeiten nicht einzuhalten. Die Herstellung der Anschlussleitungen (Hausanschlüsse) erfolgte über den Zeitvertrag mit dem Zeitvertragspartner (gleichfalls mindestbietende Firma). Der Zeitvertrag beinhaltet das Los 1 – Anschlussleitungen und Los 2 – Hauptkanal und Schachtbauwerke. Der Rahmenvertrag für Zeitvertragsarbeiten ist grundsätzlich nur für Bauunterhaltungsarbeiten zulässig. Und zwar für die Leistungen

- Herstellung von Anschlusskanälen,
- Instandsetzung von Anschlusskanälen,
- Reparaturen an Haupt- und Nebensammler

entsprechend der Baubeschreibung zum Zeitvertrag auf der Seite L 24.

Gemäß der Richtlinie zu § 6 VOB/A Nr. 1.5 des VHB Ausgabe 2008 – Stand August 2011 darf die Auftragssumme für einen Einzelauftrag bei Rahmenverträgen, die im Angebotsverfahren nach § 6 Nr. 1 VOB/A zustande gekommen sind, 25.000 € einschl. Umsatzsteuer nicht überschreiten (siehe hierzu auch Ziffer 4 in der „Aufforderung zur Abgabe eines Angebots – 611.1“). Von daher kommen für die Abwicklung von Leistungen über den Zeitvertrag **nur Bauleistungen von geringem Umfang in Frage**. Anhand von Preisvergleichen (durch die Rechnungsprüfung) mit Öffentlichen Ausschreibungen von Kanalbaumaßnahmen bei denen die Hausanschlussleitungen mit der Baumaßnahme Kanalsanierung ausgeschrieben waren zeigte, dass die Abwicklung über den Zeitvertrag zu wesentlich höheren Preisen erfolgte.

Dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung wurde mitgeteilt, bei künftigen Kanalbaumaßnahmen über die Erneuerung und Sanierung die Hausanschlussleitungen in die Planungen miteinzubeziehen und nicht verspätet über den Zeitvertrag zu **erheblich höheren Einheitspreisen** auszuführen. Die vom Eigenbetrieb Stadtentwässerung gewählte Vorgehensweise wurde beanstandet.

Bei den Prüfungen der einzelnen Rechnungen für die Hausanschlussleitungen waren die Abrechnungen der Positionen „Baustelleneinrichtung und Verkehrsregelung“ und „Schutzzaun aufstellen“ zu beanstanden. Der Eigenbetrieb Stadtentwässerung hat aufgrund der Beanstandung durch die Rechnungsprüfung mit der bauausführenden Firma einzelne Positionen (Baustelleneinrichtung, Asphaltbetondeckschicht, Umbinden Anschlussleitungen) verhandelt. Der sich hieraus ergebende Erstattungsbetrag wurde von den noch zu bezahlenden Rechnungen abgezogen. Die noch zu zahlenden Rechnungen wurden entsprechend der getroffenen Vereinbarung gekürzt. Insgesamt konnten durch Rückerstattung bzw. Preisanpassung nach Beendigung der Baumaßnahme **29.566 T€** eingespart werden.

Kapitel 6

Prüfungsergebnis





Die Rechnungsprüfung hat die nach § 112 GemO neben der Prüfung des Jahresabschlusses obliegenden pflichtmäßigen sowie fakultativen Prüfungsaufgaben im Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 der Stadt Koblenz durchgeführt.

Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über die vorschriftsmäßige Haushaltsführung, über die Zahlungsabwicklung anhand regelmäßiger und unvermuteter Kassenprüfungen, über der Vergabe von Aufträgen sowie über sonstige Prüfungsobjekte, die durch den Oberbürgermeister beauftragt wurden, zu treffen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Unrichtigkeiten und Verstöße mit relevanten Auswirkungen mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen wurden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Koblenz sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung wird die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

Die Prüfungen haben zu den dargestellten Feststellungen geführt.

In den aufgezeigten Prüfungsgebieten lassen sich für die künftigen Haushaltsjahre produktbezogene Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen ableiten, die in den Ergebnissen dieses Schlussberichtes dargestellt wurden.

Koblenz, den 7.5.2019


Harald Klein
Amtsleiter



■ ■ Anlage zum Prüfbericht

Anlage Produktübersicht nach Dezernate





Dezernat 1				
Teilhaushalt 01	Teilhaushalt 02	Teilhaushalt 03	Teilhaushalt 04	Teilhaushalt 11
Innere Verwaltung	Bürgerdienste	Umwelt	Wirtschaft	Zentrale Finanzdienstleistungen
Ämter 01, 02, 03,-04, 07, 08, 09, 10, 14, 20, 21, 30, 48	Amt 12	Amt 36	Ämter 05, 80	Amt 20
<u>Ämter 01, 02, 03, 04</u> 1111 Verwaltungssteuerung 1113 Öffentlichkeitsarbeit	1223 Bürger-service	1115 Lokale Agenda 21 5374 Abfallrecht 5522 Gewässer- auf-/ Bodenschutz 5541 Naturschutz/ Landschaftspf. 5611 Umweltschutz- maßnahmen	<u>Amt 05</u> 5117 Stadtentwicklung - BUGA 2011 <u>Amt 80</u> 5711 Kommunale Wirtschaftsförderung	6111 Steuern, Allg. Zuweis. +Umlagen 6121 Sonst. Allg. Finanzwirtschaft 6129 HH-weite Sonderbuch. sachv. 6221 Nichtrechtsfähige Stiftungen 6231 Wirtsch. Untern. o. rechtsföh. EB's 6261 Beiligungen, Anteile, Wertpap.
<u>Amt 07</u> 1116 Gleichstellung				
<u>Amt 08</u> 1117 Personalvertretung				
<u>Amt 09</u> 1149 Zentrale Vergabestelle				
<u>Amt 10</u> 1114 Gremien 1121 Personal 1122 Personalentwicklung/ BGM 1131 Organisation 1145 Zentrale Dienste 1146 Versicherungen 1211 Statistik 1226 Schiedsamt 3516 Sozialversich. angeleg. 5222 Mietspiegel				
<u>Amt 14</u> 1181 Rechnungsprüfung				
<u>Amt 20</u> 1161 Finanzverwaltung				
<u>Amt 21</u> 1162 Zentrale Buchhaltung/ Vollstreckung				
<u>Amt 30</u> 1191 Recht				
<u>Amt 48</u> 2313 Kommunales Studieninstitut				

Dezernat 2

Teilhaushalt 05

Sicherheit und Ordnung

Ämter 31, 34, 37

Amt 31

1118 Integrationsbeauftragter + Beirat f. Migration und Integration
1212 Wahlen
1221 Sicherheit und Ordnung
1231 Verkehrsüberwachung
1232 Erlaubnisse Verkehr/Kfz-Zulassungswesen
1241 Veterinärwesen/Lebensmittelüberw./Tierschutz
5732 Märkte, Kirmesse

Amt 34

1227 Personenstandswesen/sonst. Beurkundungen

Amt 37

1261 Brandschutz
1262 Leitstelle
1281 Zivil- u. Katastrophenschutz

Teilhaushalt 06

Soziales und Jugend

Amt 50

3111 Grundversorgung u. Hilfen SGB XII
3121 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
3122 Leistungen zur Sicherung d. Lebensunterhalt (SGB II)
3131 Hilfen für Asylbewerber
3141 Soziale Einrichtungen

3311 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
3411 Unterhaltsvorschussleistungen
3431 Betreuungsleistungen
3511 Sonst. Soziale Hilfen u. Leistung

3521 Bildung und Teilhabe

3611 Förderung von Kindern in Tageseinricht./Tagespflege
3621 Jugendarbeit
3631 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- u. Fam.hilfe
3641 Jugendhilfeplanung
3651 Tageseinrichtungen für Kinder
3661 Einrichtungen der Jugendarbeit

Teilhaushalt 07

Sport

Amt 52

4211 Förderung des Sports
4241 Sportstätten und Bäder

Dezernat 3

Teilhaushalt 08

Schulen

Ämter 40.1, (55)

Amt 40.1

2012 Allgemeine Schulverwaltung
2111 Grundschulen
2151 Realschule plus
2171 Gymnasien
2181 Integrierte Gesamtschule
2211 Förderschulen
2311 Berufsbildende Schulen
2411 Schülerbeförderung
2431 Schulartübergreifende Maßnahmen

Amt 55

3515 Lastenausgleich

Teilhaushalt 09

Kultur

Ämter 40.2, 42, 43, 44, 45, 46, 47

Amt 40.2

2621 Musikpflege
2811 Heimat- und Kulturpflege
2911 Förderung Kirchen-u. sonst. Religionsgemeinschaft.

Amt 42

2721 Stadtbibliothek

Amt 43

2711 Volkshochschule

Amt 44

2631 Musikschule

Amt 45

2511 Mittelrhein-Museum
2512 Ludwig-Museum

Amt 46

2611 Stadttheater

Amt 47

2522 Stadtarchiv



Dezernat 4

Teilhaushalt 10

Bauen, Wohnen und Verkehr

Ämter 61, 62, 65, 66 + EB 67



Amt 61

1143 Ausgleichsflächen
5111 Räumliche Planungs-u. Entwicklungsmaßnahmen
5211 Bau- und Grundstücksordnung
5221 Wohnungsbauförderung
5231 Denkmalschutz- und -pflege
5471 ÖPNV

Amt 62

1142 Liegenschaften
5112 Geoinformation
5113 Grundstückswertermittlung
5551 Kommunalen Forstbetrieb

Amt 65

1144 Zentrales Gebäudemanagement

Amt 66

1233 Straßenverkehrsbehörde
5411 Gemeindestraßen
5421 Kreisstraßen
5431 Landesstraßen
5441 Bundesstraßen
5461 Parkeinrichtungen
5481 Fähren
5521 Gewässerunterhaltung

EB 67

5511 Öffentliches Grün





Rechnungsprüfungsamt

Hausanschrift: Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz
Postanschrift: Postfach 20 15 51, 56015 Koblenz
Telefon: 0261 / 129-1452
Fax.: 0261 / 129-1450
Email: rechnungspruefungsamt@stadt.koblenz.de

